

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Editorial	483
Essay	
FRIEDRICH W. SIXEL Rechtsextremismus in Deutschland – eine Reaktion, die mehr verlangt als Reaktion	485
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
DIETMAR WITTICH Sein als Werden. Zum Programmentwurf der PDS	497
MICHAEL CHRAPA »Handlungsstau«? Politisches Handeln in Ost und West	502
Arbeit im OECD-Kapitalismus	
CAROLA MÖLLER Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette	517
ANNELIESE BRAUN Arbeitsverhältnisse – ihre Trends und Alternativen aus feministischer Sicht	525
Dokumentierte Geschichte	
Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Weichenstellung zum Mauerbau	538
Konferenzen & Veranstaltungen	
CHRISTIANE ASZAKIES, CHRISTEL GIBAS Schöne neue Welt. Perfektion oder Perversion?	558

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 562

Bücher & Zeitschriften

Christiane Zehl Romero:
Anna Seghers.
Eine Biographie 1900-1947,
(FRANK WAGNER) 564

Walter Grab:
Zwei Seiten einer Medaille.
Demokratische Revolution und Judenemanzipation,
(MARIO KESSLER) 565

Stephen Eric Bronner:
Ein Gerücht über die Juden.
Die »Protokolle der Weisen
von Zion« und der alltägliche
Antisemitismus,
(IRENE RUNGE) 568

Hans Frambach:
Arbeit im ökonomischen Denken. Zum Wandel des Arbeits-
verständnisses von der Antike
bis zur Gegenwart,
(ULRICH BUSCH) 570

Ernest Mandel:
Macht und Geld.
Eine marxistische Theorie der Bürokratie.
(MANFRED BEHREND) 572

Summaries 574

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 576

Editorial

Vor 60 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel Deutschland die Sowjetunion. Was immer dann später auch passiert ist mit Deutschland und den Deutschen: Es ist von diesem Tage nicht zu trennen.

Hätte sich das deutsche Volk selbst vom Faschismus befreit – oder ihn gar nicht erst zugelassen –, hätte es den 22. Juni so nicht gegeben und dieses 8. Mai nicht bedurft. So aber wurde, weil die Überfallenen nach Monaten eines beispiellos opferreichen Rückzugs ungeheure Kräfte der Verteidigung und dann des Gegenangriffs zu mobilisieren vermochten und schließlich nach fast vierjährigen Kämpfen die Hauptstadt des Aggressors stürmten, dieser 8. Mai 1945 zum Tag der Befreiung. Mit jenem Gewicht der Sowjetunion, das sie im Kampf der Antihitlerkoalition als Hauptkraft der militärischen Niederringung Deutschlands erworben hatte.

Und also mit allen sich daraus ergebenden Widersprüchen. Es war, nachdem zunächst die Völker Europas vom faschistischen Joch befreit worden waren, nun auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus – und es war der Sieg eines Staates, der seinerseits vor dem Krieg Millionen von Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Landes in Lager verschleppt oder umgebracht hatte und von August 1939 bis zum 22. Juni 1941 mit Deutschland in einem Vertragsverhältnis lebte, dem unter anderem Polen geopfert worden war und das die Auslieferung deutscher Antifaschisten an die Gestapo einschloß.

Nein, einfacher ist diese komplizierte Geschichte nicht zu haben. Wahr bleibt: Die Flüchtlingsströme aus dem deutschen Osten; das sowjetische Besatzungsregime im Osten des nach dem Krieg verbliebenen deutschen Territoriums; die Spaltung Deutschlands; der alles entscheidende Einfluß der Sowjetunion auf die Entwicklung der DDR – alles ist Folge jenes 22. Juni. Und wahr bleibt auch: Den höchsten Blutzoll unter den deutschen Gegnern des Kriegskurses des faschistischen Deutschland hatten die Kommunisten entrichtet. »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg«, hatten sie schon 1932 gerufen – und waren dann dafür zu Zehntausenden in die Konzentrationslager und zu Tausenden aufs Schafott gegangen.

Dieser Tage hat der Parteivorstand der PDS den Entwurf eines neuen Parteiprogramms vorgelegt, und selbstverständlich ist auch der nicht zu trennen vom Erbe des 22. Juni. Der sehr rasch in Gang gekommene öffentliche Streit um diesen Entwurf und um die fast zeitgleich abgegebene Erklärung zur Verantwortung der sowjetischen und deutschen Kommunisten für Druck, Zwang und politische

Verfolgung bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 zeigen dies mit an die Substanz gehender Deutlichkeit.

Denn noch immer stoßen die Autoren des Programmentwurfs auf Kritiken, die zeigen, daß ihre an die Wurzel greifende – also radikale – Rückkehr zu Marxens Postulat vom Sozialismus als einer Gesellschaft, in der die Freiheit der einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist, bei weitem nicht nur Zustimmung findet. Und das hat wesentlich mit der Schwierigkeit zu tun, einer so tiefen und komplizierten Widersprüchlichkeit der Geschichte, wie sie der Sieg der Sowjetunion für die nachfolgende Entwicklung Ostdeutschlands und der DDR darstellte, im eigenen Geschichtsbild Herr zu werden. Ein diese Widersprüchlichkeit ausblendendes Geschichtsbild, wie es für die SED bis zum bitteren Ende konstitutiv gewesen ist, hat der Bewältigung dieser Schwierigkeit nur immer neue Hindernisse entgegengesetzt. Und die haben – wie sich zeigt – ein erhebliches Beharrungsvermögen.

Noch immer sind offenbar Vorstellungen von großer Anziehungskraft wie die, daß es nach der Oktoberrevolution gar nicht anders gegangen sei als mit Fortsetzung des revolutionären Terrors; oder daß die Vereinigung von KPD und SPD historisch unabänderlich war – koste es auch, was es wolle –; oder daß die Einschränkungen der Freiheit den Preis eben bildeten, der notwendig gezahlt werden mußte für soziale Sicherheit.

Wer jedoch Geschichte so alternativlos betrachtet – wie soll dem geglaubt werden können, er strebe heute nach Alternativen? »UTOPIE kreativ« hat im vergangenen Jahrzehnt eine Fülle von Beiträgen veröffentlicht, die dazu beitragen könnten, in dieses so lange eingeübte Denken in Kategorien historischer Alternativlosigkeit Breschen zu schlagen. Dabei sind wir uns der psychologischen Probleme dieses Um-Denkens sehr wohl bewußt: Es gehört zu diesem alten kommunistischen Denkgebäude ja eben auch, die persönliche Biographie untrennbar und distanzlos mit dem »Aufbau der sozialistischen Gesellschaft« in eins zu setzen. Und so wird die Veränderung der Rück-Sicht, die doch eine ganz freie und souveräne sein könnte, oft als nachträgliche Selbstzerstörung empfunden.

»UTOPIE kreativ« wird die Diskussion um diese Fragen auch künftig mit großer Ernsthaftigkeit, Offenheit und in Achtung unterschiedlicher Standpunkte befördern. Wir haben im Oktober 2000 ein – noch immer von uns beziehbares – Sonderheft zur Programmdebatte veröffentlicht, und im vorliegenden Heft eröffnen wir eine neue Runde. Eingeladen zur Einsendung von Beiträgen sind alle, die wie wir darauf setzen, daß gründliches Lesen und sachbezogene Argumentation unbedingte Voraussetzung für den Erfolg der Programmdebatte sind.

WOLFRAM ADOLPHI

FRIEDRICH W. SIXEL

Rechtsextremismus in Deutschland – eine Reaktion, die mehr verlangt als Reaktion

Kein Zweifel, der heutige Rechtsextremismus muß im Auge behalten werden; mehr noch, man muß ihm entgegenreten. Die Frage ist jedoch: wie? Hierzu hat sich *Michael Schumann* noch kurz vor seinem Tode geäußert. Seine Gedanken konnte man in Heft 123 von »UTOPIE kreativ« nachlesen. Ich möchte sie hier aufgreifen und, wenn ich kann, weiterführen.

Wie *Schumann* ausführt, ist der jetzige Rechtsextremismus kein »Wiederaufleben von Gespenstern der Vergangenheit« (S. 6). Geschichte wiederholt sich so wenig wie die in ihr gemachten Fehler. Ähnlich aber wie beim Nationalsozialismus besteht auch bei den heutigen Rechtsextremen ein »Bedürfnis nach existentieller Sicherheit und stabilen Orientierungsmustern« (S. 7), um die »Konflikthaftigkeit sozialer Existenz in zumutbaren Grenzen« (S. 7) zu halten. Insofern ist der Rechtsextremismus, wie einst der Nationalsozialismus, eine »Revolte gegen ... gemeinschaftszerstörerische Tendenzen kapitalistischer Modernisierung« (S. 7). Schließlich ist es meines Erachtens auch keine Frage, daß es darum geht, wie *Schumann* zum Schluß kommand schreibt, den »Kampf um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und ... für eine demokratische politische Kultur« mit »emanzipatorischen Zielen und Werten« zu führen. Diese Politik hat zum Ziel, »die Hegemonie der Fügsamkeit ... in angepaßte ... global-kapitalistische ›Sachzwänge‹ [zu] brechen« (S. 8). Hier erhebt sich indes die Frage, wie dieser Kampf denn zu führen sei. Ohne den Gegner genau zu kennen, wird die Linke den Kampf gegen ihn genauso verlieren, wie sie ihn durch Fehleinschätzungen des Gegners zwischen 1933 und 1989 verloren hat.

Klar ist indes: Der Rechtsextremismus ist nicht primär unser Gegner; der sich globalisierende Neoliberalismus ist es. Dieser hat auch in Deutschland, in dessen Westen er zuerst eingedrungen ist, seine willigen Helfer gefunden. Der Rechtsextremismus ist nur Reaktion darauf. Auf diese Reaktion nur zu reagieren, bedeutet selbst nur Reaktion zu sein und den eigentlichen Gegner nicht zu treffen. Wo aber steht dieser, und wie ist er gerüstet?

Um dies zu beantworten, möchte ich von zwei Äußerungen ausgehen, die *Michael Schumann* von *Jürgen Habermas* übernimmt, wie mir scheint, nicht in restloser Übereinstimmung mit ihm. Um es gleich zu sagen, ich halte diese Äußerungen von *Habermas* wenn nicht für falsch, dann doch für nicht hinreichend genau.

Zum einen ist es viel zu eng gesehen, wenn *Habermas* meint, daß die Öffnung zur politischen Kultur des Westens die intellektuelle

Friedrich W. Sixel, Jg. 1934, Dr. phil., Professor für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada. Neben zahlreichen Essays zählen folgende Bücher zu seinen Veröffentlichungen: *Crisis and Critique – on the »Logic« of Late Capitalism*, 1988; *Understanding Marx*, 1995; *Nature in Our Culture – a Study in the Anthropology and Sociology of Knowing*, 2001.

1 Aus einer Fülle von Äußerungen beschränke ich mich – und auch da selektiv – auf zwei Stellen, nämlich Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 595: »Die volle Entwicklung des Kapitals findet also erst statt ..., sobald das Arbeitsmittel ... in seiner unmittelbaren Form aufgehoben ... auftritt; ... aber ... nicht subsumiert unter die unmittelbare Geschicklichkeit des Arbeiters, sondern als technologische Anwendung der Wissenschaft. Der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben, daher die Tendenz des Kapitals ... Wie bei der Verwandlung des Werts in Kapital, so zeigt sich ..., daß es einerseits eine bestimmte gegebene historische Entwicklung der Produktivkräfte voraussetzt – unter diesen Produktivkräften auch die Wissenschaft –, andererseits (sic!) sie vorantreibt und forciert.« S. 602: »Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind.«

2 Angesichts der enormen Menge von Luhmanns Schriften seien hier nur genannt: Jürgen Habermas, Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971; Niklas Luhmann: Soziologie und Moral, in: Ders.; Stephan H. Pfürther (Hg.): Theorietechnik und Moral, Frankfurt 1978; Niklas Luhmann: Die Realität der Medien, Opladen 1996.

Leistung in der Nachkriegszeit war (Schumann, S. 5). Abgesehen davon, daß damit auch impliziert ist, daß nur Westdeutschland diese »Leistung« vollbracht hat, während der Osten sich damit immer noch schwer tut, wird in dieser Habermasschen Aussage nicht miterwähnt, daß die exhitlerischen Kapitalisten im Westen Deutschlands viel mehr übernahmen als bloß eine politische Kultur. Sie traten ihre Lehrzeit in Sachen Spätkapitalismus an. Bald wurden sie in diesem Metier Meister (indes darin nicht Weltmeister).

Zum ändern ist es unzulänglich, wengleich in lehrreicher Weise, wenn Habermas (lt. Schumann, S. 7) meint, daß Staatssozialismus und Neoliberalismus sich insofern in einer »Hintergrundsannahme« treffen, als beide »die Vorstellung einer demokratischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften aufgeben«. Dies trifft nicht zu, zumindest nicht für den Neoliberalismus. »... die Freisetzung des einzelnen ... in die freie Wildbahn des unregulierten Weltmarktes« ist, anders als Habermas zu denken scheint, gerade die Grundlage der Demokratie, jedenfalls derjenigen, die seit langem im Heimatland des Neoliberalismus, den USA, verstanden und gewollt wird. Diese Art von Demokratie ist jedoch, wie der Markt, nicht aus Prinzip unreguliert. Er ist notfalls höchst reguliert, wo und wann es den am meisten »Freigesetzten« paßt (weil nutzt). Um das schwer Voraus-sagbare, sagen wir, dieses »Kapriziöse« am Neoliberalismus und seiner Demokratie zu verstehen, muß man sich klar machen, was Kapitalismus und politische Selbststeuerung schon früh bedeutet haben und was aus ihnen inzwischen geworden ist. Um Klarheit darüber zu gewinnen, muß man ein wenig ausholen.

Dabei gehe ich von Marx, oder besser von dem ihm zeitgenössischen Kapitalismus aus, zeichne aber dessen Weg zum Hier und Heute jetzt nur in groben Zügen.

Marx sah schon im »Rohentwurf« (1857/58), daß sich den Produktionskräften des ihm geläufigen Kapitalismus, also der Arbeit und dem Kapital, eine neue Produktivkraft zugesellte, nämlich die Wissenschaft¹. Es war ihm wie wenigen (auch nach ihm) klar, daß diese Entwicklung den Stellenwert von Arbeit und Kapital veränderte und in dem Sinne »aufhob«. Wissenschaft wurde nicht nur als Produktionsmittel vom Kapitalisten angewandt, sagen wir wie Physik beim Eisenbahnbau, sondern der Arbeitsprozeß selbst wurde wissenschaftlich durchdrungen und strukturiert. Dies sah Marx lange vor Frederick Taylor kommen und sah es sich ausdehnen in alle Bereiche des Wirtschaftens weit über den Produktionsprozeß hinaus.

Nicht nur Arbeit und Kapital wandelten sich mit diesem Schritt, sondern Wissenschaft selbst nahm eine neue Seinsweise an. Im Endeffekt, und den gilt es zu verstehen, macht Wissenschaft heute jede Lebensäußerung zu ihrem Gegenstand. Als solche hat sie seit langem Politik, geschweige denn »Weltanschauungen«, Philosophie oder gar Religion aus ihren einstmaligen Führungsrollen verdrängt, nicht abgeschafft, aber umgarnt und auf rückwärtige Plätze gesellschaftlicher Bedeutung verwiesen. Dies hat wie wenige Niklas Luhmann ausgelotet². Er empfahl eine voll instrumentalisierte Vernunft als einen zum (flexiblen) »Prinzip« erhobenen Instrumentalismus. Auch hat er gesehen, daß Wissenschaftlichkeit dieses Kalibers nicht nur ungemaine Abstraktion verlangt, sondern dadurch auch den

Positivismus abstreift. Instrumentalistisches Wissen kann seine eigenen Positionen ad hoc wandeln und jederzeit Denkalternativen anbieten. Es ist, wie *Luhmann* sieht, ins »Voraussetzungslose gebaut«, per se relativ und damit auch relativ zur Jetztzeit³. Erst so wird Wissen hinreichend generell, darin nicht nur dem Geld verwandt, sondern dem Kapital. Instrumentalismus ist der generalisierte Mehrwert geistiger Arbeit und generiert als Investition ein stetiges »Mehr« an Denkmöglichkeiten. Ihm geht es kaum nur um »entweder/oder«, sondern auch um »entweder und oder«.

Der Instrumentalismus wird so zu einem kognitiven Opportunismus anscheinend unbegrenzter Flexibilität, der sich selbst, falls opportun, verleugnen kann. Marxisten, die ihrem Materialismus philosophisch den Primat geben, stoßen spätestens hier auf die Schwierigkeit, einem scheinbar nur Geistigem, als welches ja das Wissen landläufig gesehen wird, bestimmenden Einfluß auf die materielle Wirklichkeit heutigen Lebens zugestehen zu müssen.

Diese Schwierigkeit rührt daher, daß Marxisten allzu oft den Primat der Materie beziehungsweise der Natur mit dem Begriff vom Primat der Natur verwechseln. Für sie ist Marxismus die richtige Lehre (zumindest lange gewesen), ungeachtet dessen, was da zu begreifen ist, nämlich die materielle Seite der gesellschaftlichen Praxis inklusive der ihr innewohnenden Theorie. *Marx*, der den Primat der Natur über seine eigene Theorie ernstnahm, hat diesen Irrweg vermieden (zum Beispiel noch 1881 *Vera Sassulitsch* gegenüber)⁴. Uns Heutigen sollte jedoch selbst die Materialität des Wissens keine allzu großen Denkschwierigkeiten machen.

In diesem Zusammenhang will ich die offensichtliche aber wichtige Beobachtung nur erwähnen, nämlich daß man sicher leben kann, ohne zu denken, aber nicht denken, ohne zu leben. Darauf werde ich später zurückkommen. Zunächst aber möchte ich wenigstens auf ein paar materielle (was sonst?) Konsequenzen eingehen, die die Entwicklung des Wissens zur keineswegs »jenseitigen« Produktionskraft impliziert.

Bei meinem hier natürlich nur generellen Überblick über die Konsequenzen des Instrumentalismus gehe ich von folgenden Beobachtungen aus:

Entsprechend dem praktizierten Maß gesellschaftlicher Vereinzelung ist es nicht mehr als ein verbalisiertes Eingeständnis, daß Wissen und Denken nirgendwo sonst stattfinden als in den Hirnen der Individuen und daß »Ich« und »Du« dies nicht nur in verschiedenen Bahnen tun, sondern jeder auch mit beiden Augen auf egofokalen Gewinn⁵. Nicht jeder muß so um sich schauen, aber wenn nicht, »hat man auch weniger vom Leben«. Dies setzt stete Wachsamkeit voraus, nicht nur »on the job«, sondern immer, selbst im »trauten Heim«. Nur so bekommt und behält man Kontrolle über die Mittel, vom andern zu kriegen, was man will. Dies erbringt nicht nur Profit im alten Sinne, sondern schließt alles ein, was profitabel eingesetzt werden kann, etwa Loyalität, »Liebe«, »willige« Hilfe, »Für-einander-immer-da-sein« etc. etc., Macht über andere – so daß sie einem das geben, was man will: Das ist es, um was es geht. Macht in diesem auf Wachstum gerichteten Sinn ist der einzig verbleibende soziale Bezug. Alles andere ist »schöne Illusion«.

3 Habermas, Luhmann, op. cit., 1971, S. 25 f., 37, 86, 378 ff. Siehe auch Niklas Luhmann: Die Ausdifferenzierung von Erkenntnisgewinn, in: Nico Stehr, Volker Meja (Hg.): Wissenssoziologie, Opladen 1981, S. 102.

4 Karl Marx: Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. Dritter Entwurf, in: MEW, Bd. 19, S. 401 f. Siehe in demselben Band S. 111 f. die Bemerkung von Marx aus dem Jahr 1877, mit der er es ablehnt, seine Theorie über die konkrete Geschichte zu stellen. Hierzu auch Friedrich W. Sixel: *Understanding Marx*, New York, London 1995, p. XII/XIII, 18/19.

5 Auf diese Weise lassen sich Ergebnisse so unterschiedlicher Denker wie Richard N. Adams, George H. Mead, Manfred Spitzer und Gerhard Roth zusammenbringen. Siehe Friedrich W. Sixel: *Nature In Our Culture*, New York, London 2001, p. 103 – 126.

6 Sixel, op. cit., 2001, p. 73-74, 88, 98.

7 Luhmann, op. cit., 1978, S. 65ff; siehe auch Friedrich W. Sixel: *Crisis and Critique – on the ›Logic‹ of Late Capitalism*, Leiden, New York 1988, p. 104 ff.

8 Seine wichtigsten theoretischen Arbeiten sind: Richard N. Adams: *Energy and Structure – a Theory of Social Power*, London, Austin 1975 und: *The Eighth Day – Social Evolution as the Self-Organization of Energy*, Austin 1988. Adams ist der führende Kopf des amerikanischen materialistischen Monismus, wie er auf Leslie White zurückgeht und außer in Adams seine Fortsetzung gefunden hat zum Beispiel in den Schriften von F. Cottrell, R. Margaleff, H. Odum und N. E. Whitten. Ein maßgeblicher Vorläufer dieser Schule war in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts Alfred Lotka.

9 Friedrich W. Sixel: *Motivation und Wissen*, in: Stehr, Meja (Hg.): op. cit., 1981.

Diese vorherrschende Art gesellschaftlichen Umgangs führt zu Grädierungen unter den Individuen, in denen traditionelle Klassenzugehörigkeit nicht verschwindet, sondern zu einem bloß anderen Mittel zum Erwerb weiterer Macht funktionalisiert wird⁶. Das heißt, daß der Instrumentalismus die oft verhüllte, aber wirkliche Theorie »hinter« der gelebten Praxis ist. In dieses Denken nicht voll akkulturiert zu sein – dies hat die Eliten im Westen Deutschlands an die vierzig Jahre gekostet –, verweist auf niedrigere Ränge in der heutigen gesellschaftlichen Schichtung. Unten bleibt dann, wie *Luhmann* es genannt hat, nur noch »Anpassungsrationaltät«⁷, um »es wenigstens zu etwas zu bringen«. Man akzeptiert die Bedingungen und macht das Beste aus ihnen. Hadern mit, gar Revoltieren gegen anonym geforderte »Fügsamkeit« bringt nichts und entspringt nur einem sich selbst unklar bleibendem Hoffen. Dies verlangt dann nach »Regulierung« und »stabilen Ordnungsmustern«, um der »Konflikthaftigkeit ... sozialer Existenz« zu entgehen. Aber dies Hoffen zielt nicht einmal auf eine »neue Zeit«. Es ist reaktionär, und schon deswegen allein sollte linke Politik nicht einfach darauf reagieren.

Es ist oftmals herausgestellt worden, vornehmlich von dem US-amerikanischen Kulturanthropologen *Richard Adams*⁸, daß eine Sozialordnung gerade skizzierter Art, also einer, die das Individuum nirgendwo anders als auf »freier Wildbahn« sieht, ungeheuer gewinn-, sprich, machtrichtig ist. Ich lasse hier beiseite, daß das den USA 1989 zum Siege verhalf und die UdSSR auf den Boden zwang. Interessanter ist es hier, die Frage aufzuwerfen, woher die Gewinne in einem solchen System stammen, und was sie kosten.

Entsprechend der Beobachtung, daß der Instrumentalismus es dem Neoliberalismus ermöglicht, seine Ausbeutung in vorher nicht gekanntem Maße bis ins Innerste des einzelnen voranzutreiben, ist dort sowohl die Erbringung von Mehrwert wie auch dessen Erpressung zu lozieren⁹. Auch Ausbeutung hat damit eine Form angenommen, die, ganz zu schweigen von ihrer über den Arbeitsplatz hinausgehenden Ausdehnung, den Klassensatz des »klassischen« Kapitalismus überholt hat. Gleichgültig ob das Individuum sich puren Instrumentalismus leisten kann oder vornehmlich Anpassungsrationaltät zu üben hat, jeder Denkvorgang, ja jeder Augenblick hat sich »freiwillig« seiner Freiheit zu begeben. Das »Hinausgreifen der Spontaneität auf die Welt« – eine Vorstellung, die die materialistische Dialektik von *Kant* geerbt hat und ohne die es Freiheit und Identität nicht gibt – ist beim »reinen« Interesse an Mitteln weder denkbar noch opportun. Angesichts der Notwendigkeit, alles als Mittel zu sehen oder alles in diesem Sinne umzudefinieren, muß sich die Spontaneität so »in die Zucht nehmen«, daß sie als gebremste und oder »umgeleitete« Spontaneität habituell wird.

Das im Neoliberalismus praktizierte *Midas-Syndrom* hat in dieser Hinsicht nicht nur keine andere Wahl; anderes kann nicht einmal mehr gewollt werden und wird den Menschen zunehmend unbekannt. Was sollte man denn auch kaufen, wenn es einem die »ads« nicht anzeigten. In anderen Worten: Keine(r) weiß, was er/sie will, holt sich, was er/sie kriegen kann, sieht dies ausschließlich unter dem Aspekt der Nützlichkeit und hofft, daß das Erworbene sich auch als von dieser Potenz herausstellt. Individuelle Ausnahmen hiervon

bestätigen durch ihre Marginalisierung die Regel und – sind eine Reservearmee für den Rechtsextremismus. Andererseits indes, und das halte ich für wichtig, bedarf diese Reservearmee einer Art von Aufmerksamkeit seitens linker Politik, ohne die linke Politik nicht zu einer zeitgemäßen werden kann.

Zunächst sollte die Einsicht in die Herkunft der »Über«-Macht des neoliberalen Systems und dann auch die in die Ursache seiner Unkosten ein wenig tiefer getrieben werden.

Offensichtlich ist, daß instrumentalistisches Denken aus allem nur »Gold machen« kann. Dem dient die teuflische Gabe, alles umdefinieren zu können¹⁰. Dies bedeutet aber auch, daß dem *Midas*, dem unter den Händen alles zu Gold wird, nichts mehr zum frohen Genuß übrigbleibt. Wenn schon der alte Kapitalismus sich Befriedigungen so häufig im Hinblick auf Investitionen versagen mußte, dann kennt der heutige sie gar nicht mehr. Sein damit auf Permanenz angelegter »Hunger« ist natürlich über alle Maßen produktiv: Er wird nach immer neuem »Verzehr« Umschau halten, obwohl der Hungerige weiß, daß ihn nichts sattmachen wird. Das Rennen aufzustecken, macht nur noch miserabler, denn dann »hat man noch weniger vom Leben«.

Wenn im Leben schon nichts Reelles drinsteckt, dann muß das Leben wenigstens mit Schaumstoff ausgepolstert werden. Nichts anderes liegt der permanenten Wachstumstendenz unseres Wirtschaftens zugrunde. Wehe dem Politiker, der nicht Wachstum verspricht.

Im jetzigen Zusammenhang ist es weniger interessant, daß auch dieses »Auspolstern« zur rapide wachsenden Ausplünderung und Verschrottung der Natur um uns (und in uns) führt. Hier gilt es, dem weitestgehend ignorierten Zusammenhang dieser »Umweltprobleme« mit der Natur des Menschen nachzugehen¹¹. Ohne Frage: Die instrumentalistische Denkweise des Neoliberalismus steht »hinter« diesen Umweltproblemen. Aber damit ist auch klar, daß das Denken die Bedingung der Möglichkeit solcher Probleme nur sein kann, wenn das Denken selbst Teil der Natur des Menschen ist. Dies anzuerkennen und in die Praxis umzusetzen, ist Voraussetzung für das Ende des jetzt landläufigen Behandeln der Natur in uns und um uns. Wichtig ist an dieser Einsicht hier nur, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind für eine Politik, die den Neoliberalismus überwinden will und nicht nur auf seine Folgen zu reagieren versucht. Ich möchte es so sagen: Es bedarf einer materialistischen Theorie des Denkens und des Wissens¹², also der symbolischen Arbeit, von der sich aber dann herausstellt, daß es weniger wichtig ist, daß diese nur dialektisch aufgebaut werden kann, als daß man zu ihr einen anderen als nur theoretischen Zugang braucht¹³. Trotzdem nochmal nur philosophisch formuliert: Es geht darum, der Natur als Vermittlung zwischen Natur und Mensch bis in das Besondere der menschlichen Natur hinein, das heißt bis ins Denken hinein, nachzugehen.

Zur Vermeidung des Subjektivismus und des, wie ich meine, »sachfernen Meinens« in den Sozialwissenschaften hat der vorn schon erwähnte *Richard Adams* vorgeschlagen davon auszugehen, daß alles was ist, Materie beziehungsweise Energie, also Natur ist¹⁴. Um es untersuchen, verstehen und denken zu können, muß es von dieser Welt sein, oder es ist ein Unsinn. *Adams* und seine nicht zahlreichen

10 Sixel, op. cit., 2001, p. 20 f., 23, 85f, 103 ff. Die Fähigkeit des Umdefinierens ist für Adams das prinzipiell Besondere an Kultur als der Geheimwaffe des Menschen im Überlebenskampf, so wörtlich in Adams, op. cit. 1975, p. 283. Für Luhmann ist Umdefinieren das grundlegende Funktionsprinzip kognitiver Systeme, so statuiert von ihm in vielen Arbeiten seit Habermas, Luhmann, op. cit., 1971.

11 Sixel, op. cit., 2001, passim.

12 Eine solche Theorie liegt höchstens im Ansatz vor. Jüngere Versuche gehen u. a. zurück auf Hans Jörg Sandkühler: *Praxis und Geschichtsbewußtsein*, Frankfurt 1973; Alfred Schmidt: *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*, Frankfurt 1974. Versuche, sich in diesem Zusammenhang der Naturwissenschaft Goethes zu erinnern, dringen selten weiter vor. Wolf-dietrich Schmied-Kowarzik: *Ist Goethes Naturanschauung noch eine Herausforderung gegenüber der heute herrschenden Naturwissenschaft?*, in: *Leviathan*, 14, Heft 1, 1982.

13 Dieses Argument habe ich versucht zu verfolgen in »Nature in Our Culture«, op. cit., 2001, insbesondere p. 281 ff.

14 Obwohl Adams das in vielen Arbeiten dargelegt hat, siehe u. a. die oben genannten Titel von 1975 und 1988, kann man nicht behaupten, daß er überwältigenden Einfluß gewonnen hat.

Anhänger (wer will schon ohne »Polster« in nüchterner Kälte leben?!), haben sogleich gesehen, daß dieser theoretischen Position die Schwierigkeit unterstellt werden kann, die symbolische Seite gesellschaftlicher Wirklichkeit nicht erfassen zu können. Dies hat *Adams* von vorneherein als falschen Schein entlarvt, wenngleich nicht restlos. In diesem Manko liegt die offensichtliche Chance zu einer mehr als nur theoretischen Überwindung des monistischen Materialismus à la *Adams*¹⁵.

15 Siehe Friedrich W. Sixel: On Adams' Monistic Concept of Evolution, in: Cultural Dynamic, vol. IV, no. 2, 1991.

Im Rahmen unserer Diskussion gehe ich vom monistischen Kulturbegriff aus. Kultur ist demnach das Kompositum aus Begriffen, Werten und Normen. Schon die Erklärung der Natur von Begriffen und von Begriffsbildung als notwendigerweise gesellschaftlich geformte und formende macht angesichts ihrer Produktionsstätte, dem Hirn des einzelnen, eine genaue Inspektion der Möglichkeit und der Natur (wieder wörtlich zu nehmen!) von Bedeutung notwendig. *Adams* weiß selbstverständlich, ohne daß ich dies hier im einzelnen nachzeichnen kann, daß in der menschlichen Kommunikation nicht nur Signale hin und her gehen, sondern daß diese im jeweiligen Hirn der beteiligten Individuen zu Symbolen »gesteigert« (»elevated«) werden. Sonst wäre ja zum Beispiel hören gleich verstehen.

Auch weiß *Adams*, daß Symbole notwendigerweise individuell eingefärbt sind, daß dies stets sich erneuerndes Bedenken erfordert und daß dies zur Grundlage sozio-kultureller Weiterentwicklung gehört (die es in der nichtmenschlichen Natur so nicht geben kann). Während *Adams* hiermit seinen materialistischen Begriff von Fortschritt und Geschichte durchaus abzusichern vermag, tauchen Schwierigkeiten für seinen Ansatz auf, wenn er das Sein von Bedeutung zu benennen versucht, also den Denkinhalt fassen will, der das Signal zum Symbol »steigert«. In Loslösung vom Signal gibt er dem Denkinhalt, darin *Gregory Bateson* folgend¹⁶, eine Null-Dimension. Anders gesagt: Bedeutung-an-sich ist für *Adams* nicht lozierbar in dieser Welt, aber wirksam in ihr.

16 Siehe *Adams*, op. cit., 1975, p. 113 ff.; siehe auch *Bateson, Gregory: Steps to an Ecology of Mind*, New York 1972, p. 408.

Das Dilemma des monistischen Materialismus, nämlich eine nicht-materielle und auch nicht zugängliche Sphäre annehmen zu müssen – übrigens ein Dilemma von beträchtlichen methodologischen Konsequenzen für Sozialforschung¹⁷ –, hätte sich von *Adams*, wie gleich gezeigt wird, überwinden lassen, hätte er den Bezug des Wissens zu den Werten nicht bloß einseitig gefaßt. Auch sein Begriff von Normen hätte dann eine andere Bedeutung angenommen.

17 Sixel, op. cit., 1988, p. 70 ff.

Werte sind für *Adams* Rangstufen von Gewolltem, in dem Sinne etwa, daß intensiver und häufiger Gewolltes einen höheren Wert darstellt. Schnelligkeit zum Beispiel kann ein höherer Wert als Langsamkeit sein, genau so wie Mehr über Weniger rangieren kann. Dem Monismus ist klar, daß Werte gesellschaftlich und individuell und damit auch über die Zeit hin variieren, aber sie sind nichtsdestoweniger gesellschaftlich konstitutiv; Gesellschaft kann es ohne Werte nicht geben. Hier sei es verkürzt gesagt: Werte verbinden Individuen, Gruppen, politische Parteien, Vereine, Produktionsorganisationen etc. – generell alle gesellschaftlichen Assoziationen im Machtkampf um Bewertetes. Durch Wissen und Werte wird Macht zum allgemein gültigen sozialen Bindemittel¹⁸, wenngleich dieser Umstand Konflikt permanent macht, jedoch »Koalitionen« nicht aus-

18 Dies ist als zentraler Begriff der monistischen Gesellschaftstheorie am besten expliziert in *Adam*, op. cit. 1975.

schließt. Ohne generalisierte »Konflikthaftigkeit sozialer Existenz« (Schumann, S. 7) scheint heutige Gesellschaft nicht denkbar. Dies bedeutet, daß diejenigen, die nichts Bewertetes haben, auch nicht zur Gesellschaft gehören, obwohl sie dann immer noch den vielleicht geübten Wert des Mitleids für sich funktionalisieren können.

Das hier über Werte und Wissen Gesagte mag hinreichen als Indiz, daß es für *Adams* ohne Diskussion klar ist, daß Gewolltes und Gedachtes nicht anders als instrumentalistisch zu denken sind. Klar ist damit hoffentlich auch, daß das Hin und Her gesellschaftlichen Machtkampfes die Flexibilität des Umdefinierens von Werten und Begriffen erfordert¹⁹. Zu Fortschritt ist Gesellschaft verdammt. Alles andere bedeutete für den Monismus, den Menschen unmenschlich zu behandeln²⁰.

Nicht nur Kontrolle über Machtmittel und Erstellung von Werten verlangt wegen der Konkurrenz Erschließung stetig ergiebigerer Energiequellen, auch die kompensierende Befriedigung von Erfolglosigkeit und/oder der bloß scheinbare Genuß von wieder umzusetzenden Erfolgen (*Midast*!) führen letztlich zu der oben genannten Ausbeutung und Verschrottung der Natur. Hochkultur kann es ohne dem nicht geben, obwohl das unserer Spezies im besten Fall Kurzlebigkeit sichert. Da unsere Spezies aber nur in individuierten Körpern lebt, und das gewußt und praktiziert wird, stört dieser Umstand nicht weiter: Auf die Dauer gesehen, stirbt jeder ohnehin.

Normen erfahren in der monistisch-materialistischen Theorie die gleiche zweitrangige Behandlung, die sie in der gesellschaftlichen Praxis haben. Sie sind nichts anderes, als von jeweiligen Machthabern (in Staat, Firma, Familie etc.) auferlegte Regeln, selbstverständlich als solche instrumentalisiert zum Machterhalt. Ihr nicht-repressives Gewaltwerden, wie etwa das »Im-Takt-bleiben« beim Musikmachen, kann nicht konzipiert werden, falls doch, theoretisiert man an der Wirklichkeit vorbei oder handelt praktisch unvernünftig. *Adams* impliziert durchaus, daß Normen auch zur Selbstregulierung mit dem Ziel instrumentalisiert werden können, damit ein gesellschaftliches System sich nicht durch Pyrrhus-Siege selbst schädigt oder den Garaus macht. Widerwilliger, als bloß vernünftiger Akzept solcher Normen schreit er dann aber auch wieder nach (Ersatz-) Befriedigung. Ich lasse hier eine Inspektion derartiger Kosten, zum Beispiel beim Umwelt»schutz«, beiseite. Interessanter ist, daß die moderne, durchinstrumentalisierte Gesellschaft diese Selbstregulierung schon seit langem praktiziert²¹. *Roosevelts* »New Deal« ist nur eines neben hunderten von Beispielen. Hat er doch, nach seinen eigenen Worten, die Bankiers vor ihrem Selbstmord geschützt, indem er ihr Treiben »regulierte«. Dabei ist die Beobachtung im Auge zu behalten, daß Selbstregulierungen trotz sich dadurch erhöhender Kosten einen temporären Beitrag (nicht mehr!) zur Abwendung gesamtgesellschaftlichen, oder jetzt globalen, Suizids leisten.

Nun sollte keiner denken, *Adams* wäre ein Gegner der Demokratie. Demokratie bedeutet beim agonalen Spiel um Macht das Recht auf Teilnahme. Sich auszuschließen gilt nicht, ist auch meist nicht opportun. Daß Teilnahme selbst bei anfänglicher »Chancengleichheit« schon »in der ersten Runde« zu unterschiedlicher Macht zwischen Individuen, Gruppen, Firmen oder sonstigen Parteien

19 Siehe Sixel, op. cit., 2001, p. 103 ff.

20 So *Adams* fast wörtlich; siehe *Adams*, op. cit., 1975, p. 315.

21 So herausgestellt in *Adams*, op. cit., 1988.

führt, liegt in der Natur (!) der Sache. Die von *Habermas* moralisch gerügte »freie Wildbahn« wird so zur Bedingung der Möglichkeit von Demokratie, zumal in ihr stets neue Partnerschaften geschlossen werden, die es den Parteien in »freiheitlich rechtlicher Grundordnung« ermöglichen, ihr Glück mit jemand anderem zu versuchen.

Nun kann es ja sein beziehungsweise man könnte ja denken, daß der Monismus mit seinem Bild von Mensch und Gesellschaft Recht hat. Die gelebte Wirklichkeit scheint immerhin dafür zu sprechen. Bevor man sich diesem Denken anschließt, ist es nicht unwichtig, zu dem oben genannten theoretischen Dilemma des monistischen Materialismus zurückzukehren. Sein theoretisches Dilemma besteht darin, materialistischerseits ein Jenseits, also ein Nichtmaterielles, für Wissen postulieren zu müssen und dann noch die Wirksamkeit dieses Wissens in dieser Welt erklären zu müssen. *Adams* weicht angesichts dieses Dilemmas in der Theorie, das er wohl einsieht, auf eine »Als-ob-Methodologie« aus; er agiert »als ob« Wissen von dieser, unserer Welt wäre²². Diese Widersprüchlichkeit bietet den theoretisch Interessierten unter uns sicher die Möglichkeit einer »bestimmten Verneinung«. In ihr muß aber auch folgendes bedacht werden: Wenn eine solche Verneinung erfolgreich in eine neue Bejahung einmündet, zeigt sich in dieser Bejahung eine solche »Umwertung von Werten«, die selbst den Stellenwert des Theoretisierens einschließt. Es zeigt sich dann, was kultivierter Materialismus immer schon gewußt hat, nämlich daß der Natur der Primat gehört und nicht unserem Theoretisieren.

Gehen wir zunächst einer »bestimmten Verneinung« des Monismus nach!

Es ist sicherlich haltbar, mit *Adams* zu sagen, daß Information in der Strukturierung von Materie liegt²³. In dem Sinne ist materielle Struktur Grundbedingung von Sprache, Geräuschen, Farbe, ja aller Stofflichkeit und deren Dissipation. Während die Ausbreitung dieser Strukturweisen höchst unterschiedlich sein kann (einige mangeln ihrer scheinbar ganz, andere – Licht – sind von enormer Geschwindigkeit), verbindet diese Dissipation alle Teile der Natur, wengleich mit höchst unterschiedlichen Konsequenzen. Sie ist das einigende Band aller Natur (das *Goethe* »analogia entis« nannte). In diesem Aufeinanderwirken gewinnt dieser energetische Fluß überhaupt erst sein Sein. Beispielsweise wären die Wellen des Wassers nicht ohne Wind. Wind wäre nicht einmal, gäbe es nichts anderes, auf das er wirken könnte. So wird denn auch Licht erst im Auge zur Farbe. In dem, was landläufig als Informationsfluß bezeichnet wird, trifft strukturierte Materie durch die Sinne auf menschliche Hirnzellen und veranlaßt sie, Signale zu Symbolen zu »erhöhen«. Nur in diesem Zusammenkommen entstehen sie, entstehen Denken, Wissen, Werte, kurz Kultur. Die »bloße« Natur hat keine Bedeutung, man kann weder sie noch Kultur im Hirn finden, aber im Zusammenkommen von Strömen in der Natur »da draußen« und den von ihnen ausgelösten menschlichen Hirnströmen entsteht sie²⁴. Trotz dieser Einsicht klafft für den Monismus an dieser Stelle die Lücke zwischen Geist und Materie auf. Obwohl er so nah dran ist, verpaßt er es, Geist als Form von Natur zu fassen. Statt dessen, sich selbst monistisch im Weg stehend, gibt er sich in die Gefahr, einen Geist-an-sich postulieren zu

22 *Adams*, op. cit., 1975, p. 9, 75 ff.

23 *Ibid.*, p. 113 ff.

24 *Gerhard Roth*: Das Gehirn und seine Wirklichkeit, Frankfurt 1994, S. 278 ff. unterscheidet hier zwischen »Realität« und »Wirklichkeit«.

müssen. Den aber kann er nicht erklären, und den dürfte es nach seiner eigenen theoretischen Setzung auch nicht geben. Da Mentales aber menschliches Leben in schwer zu leugnender Weise beeinflusst, muß Sozialforschung Mentales zu erfassen suchen. Deswegen ist *Adams*, wie erwähnt, genötigt, eine »Als-ob-Methodologie« herbeizubemühen.

Adams, der dieses Dilemma deutlich sieht²⁵, sieht zusätzlich, daß der Monismus es nicht erklären kann, warum bestimmte Energieströme (übrigens eine höchst begrenzte Zahl unter ihnen) das Hirn zum »Zünden« anfeuern. Spontaneität (schon von Kant bemüht, aber nicht ergründet), dieser vor jeder Entscheidung liegende, »bloß« Natur seiende Wille, ist ihm seinem Ursprung nach theoretisch genau so fremd wie der »Geist-an-sich«. In anderen Worten: Was *Adams'* Monismus versäumt voll zu erfassen, ist auch hier das Zusammenkommen verschiedener Aspekte von Natur, nämlich der Natur außerhalb des Menschen und der in ihm. Dieses Versäumnis aber liegt an dem widerspruchsgeladenen Schritt, daß *Adams*, der Materialist, dem Denken den Primat gibt, wie jetzt zu zeigen ist. Daraus folgt »natürlicherweise«, daß das Denken die Natur des Menschen für sich einspannt und damit unweigerlich den Zusammenhang aller Natur unterdrückt – nicht abschafft! – und sie gleichzeitig dem egofokalen Instrumentalismus preisgibt. Denken aber ist nicht das alles Verbindende, der Verbund der Natur ist es.

Auf der »rein theoretischen Ebene« (was immer das ist) drückt sich der Primat, den *Adams* dem Denken gibt, darin aus, wie *Adams* Wissen und Werte zueinander in Beziehung denkt, nämlich einseitig²⁶. Sein Argument verläuft etwa folgendermaßen:

Werte als expliziert Bevorzugtes unter Alternativen müssen als solche sicherlich auch gedanklich konzipiert sein; erst dadurch gelten sie, haben sie Bedeutung – und werden sie manipulierbar. Für *Adams* indes hat die Verbindung zwischen Werten und Wissen ihren Ursprung im Wissen, nicht umgekehrt, also nicht im körperlich Gewollten. So hält *Adams* es denn auch nicht für nötig zu explorieren, ob denn das, was gewußt wird, also Begriff ist, nicht zuerst einmal zu wissen gewollt werden muß; also gewußt werden muß aus Spontaneität heraus. Das gedankliche Versäumnis, der Spontaneität den Primat in der Erkenntnis zuzubilligen, setzt Gewolltes und damit Bewertetes in ein falsches Verhältnis zum Wissen. Dann wird, wie es bei *Adams* (und in der Praxis geschieht), die im Wissensaufbau und im Lernen immer zuerst erforderliche Spontaneität auf den zweiten Platz abgeschoben und auf das gelenkt, was ihr nicht zunächst liegt, aber auf eben diesen zweiten Blick von Nutzen, also von Wert scheint²⁷. Spontaneität steckt dann nur verkrümmt in der Begriffsbildung, in der sich diese beiden dann auch fremd bleiben. Wie in der Praxis zu beobachten und von *Adams* theoretisch begründet, kann man die Spontaneität in der Tat zur Dienerin des Denkens machen. Spontaneität als innere Natur wird dann jedoch zum Opfer von Kultur. Wie die äußere Natur wird dann auch die innere ausgebeutet und abgenutzt.

Obwohl es *Adams* danach drängt, Kultur als Erhöhung (»elevation«) der Natur zu erfassen – *Goethe* spricht hier von »Steigerung« –, bleibt *Adams* in der Separierung von Materie und Geist stecken.

25 Siehe *Adams*, op. cit., 1975, p. 9, 197, 113 ff.; op. cit., 1988, p. 9 f., 81, 84.

26 Sixel, op. cit., 1991, p. 202.

27 Friedrich W. Sixel: Zur Logik der Sozialwissenschaften und zur Natur des Menschen, in: Heinz Eidam, Wolfdietrich Schmied-Kowarzik: Kritische Philosophie der gesellschaftlichen Praxis, Würzburg 1995, S. 333 f.

Bezeichnenderweise passiert ihm das, weil er die Durchgängigkeit der Verbundenheit aller Teile der Natur als konstituierendes Moment jedes ihrer Teile, auch des Menschen und seiner Geistigkeit, nicht hinreichend begreift. Wer in dieser Hinsicht nicht voll ausgreift, dem wird sich das Denken »unter der Hand« verdrehen. Die Synthese von Mensch und Natur nicht auch in der Produktion der Symbole zu sehen und zu würdigen, rückt den Monismus in die Nähe des vulgären »Materialismus« und macht ihn zur »real existierenden« Theorie heutiger Praxis. Dies muß die Praxis dann noch leugnen. Wer will schon »Materialist« sein? So können wir denn gegeneinander wirtschaften und konkurrieren, als ob wir, dies mit allen möglichen längst abgenutzten Ideologien untermauernd, über der Natur stünden. Ihr unvermeidlicher Verschleiß eröffnet dann die Möglichkeit, neoliberal Besorgnis um die »Umwelt« zu bekunden, wissend, daß das nicht mehr als ein sensitiv anmutendes Mittel zur Förderung der eigenen Karriere ist.

Die vom Monismus in einem wichtigen Aspekt vernachlässigte Inspektion der Beziehung zwischen den Energie-Informations-Strömen außerhalb unseres Hirns und denen in ihm bringt zutage, daß die »Steigerung« dieser Ströme ins Symbolische sich dem Besonderen im Menschen verdankt. Das Feuern der Neuronen ist nicht nur Teil der Körperlichkeit, die wir mit anderen Lebewesen teilen, dieses Feuern geschieht auch in einem Geordnetsein, das sich aufbaut in unvermeidlich individuellem Umgang mit der Natur um uns, eingeschlossen der im Mitmenschen; ohne sie fände Sprechen in »100%-feed-back-loops« tierischer und maschineller Kommunikation statt²⁸. Dieser Weg des Begreifens der notwendigerweise individuellen geistigen Produktivität versucht nicht, Materie und Geist in ein Einerlei zu implodieren, aber es erlaubt, den Bezug zwischen Materie und Geist in einer Dialektik zu erfassen, die selbst in der Natur gegründet ist.

Hier sei zunächst hervorgehoben, daß eine solche Dialektik es nachvollzieht, daß das Symbolschaffen im Wissen, Denken und Bewerten) nicht aus dem bloß mentalen Anwenden eines im Hirn von vornherein festgelegten und überindividuellen Bezugsrahmens (*Kants* »Kategorien« etwa) auf die »Welt da draußen« entsteht, sondern aus dem Verwandtsein innerer und äußerer Energie, einem Verwandtsein, das jeder einzelne von uns in singulärer Weise in sich trägt. Wissen und Wissenwollen (Spontaneität) entspringen dem Energiefluß ein und desselben Agenten, nämlich der menschlichen Körperlichkeit. In der Dynamik zwischen Wissen und Wollen bildet Wissen die Antithese zum Wollen als dem Primären, als der These. In dieser Dialektik hebt das Wissen den Willen in sich auf und verißt nicht, wem es sich verdankt. Symbolisches Arbeiten manifestiert sich dann in gewollten energetischen Formen, wie etwa in Musikstücken, Gedichten, großartigen Bauten, köstlichen Speisen und anderen Produkten. Hier wird gewollt, was gemacht wird, und hier weiß man, ja hier macht man, was man will. Energie (Materie, Natur) bleibt hier »das Übergreifende« zwischen These und Antithese, während Geist-an-sich und der Materie-Geist-Gegensatz in Regionen verschwinden, die sowieso unbehausbar sind. Damit lösen sich auch die falschen, wenn auch im Abendland seit langem tradierten

28 Siehe Sixel, op. cit., 2001, p. 103 – 126.

Antagonismen von Denken und Tun auf. Wo Theorie und Praxis sich so separieren, und erstere so zur bloßen Ideologie wird, die nur im Kopf existiert, da ist nicht nur »etwas faul im Staate Dänemark«, sondern überall.

Wenn all dies nicht verkehrt ist, dann gehört in Politik und Wirtschaft, im täglichen Umgang, in der Erziehung und in anderen Bereichen vielmehr der Primat, was derzeit unter der Decke von bloß intellektuell (also instrumentalistisch) für wichtig Gehaltenem verborgen liegt. Dies hervorzuholen erlaubt meines Erachtens, fortschrittliche Politik, Wirtschaft, Erziehung etc. zu betreiben. Werden diese doch dann betrieben aus einem Denken, das nicht mehr auf dem Kopf steht! Dies, also den im Abendland seit Tausenden von Jahren verpönten Schritt zu tun, nämlich den Primat der Natur willig anzunehmen, gibt Politik, Wirtschaft, Wissenschaft – ganz zu schweigen von Demokratie, Gerechtigkeit, Gemeinschaft usw. – neuen Sinn und Wert. Eine »Umwertung aller Werte« muß von dieser neuen Radikalität sein; ohne sie kann keiner dem Neoliberalismus den Wind aus den Segeln nehmen. Mit Geringerem bleibt der Linken heute der gleiche Status, den der Rechtsradikalismus hat: den der Reaktion.

Was neue Radikalität praktisch bedeutet, kann ich hier nur ganz grob skizzieren. Belassen wir es bei Andeutungen zu Aufgaben linker Politik neuen Typs!

Da es jenseits aller Frage zu sein scheint, daß wir jetzt vor der Alternative stehen, entweder ein Leben aus »motivationslosem Akzept von Fakt und Norm« (Luhmann)²⁹ zu betreiben oder nicht, und mit Wahl des ersteren unweigerlich Neoliberalismus »einkaufen« (ich lasse hier aus, daß es schon falsch ist, dies als »Wahl« zu empfinden), müssen wir auch wissen, daß wir uns damit das *Midas*-Syndrom perpetuierter Freudlosigkeit einholen mit allen oben skizzierten wüsten Folgen. Sicherlich bedeutet die Option (wenn man sie »motivationslos« so nennen will) für ein Leben aus unverdrehter Spontaneität ein Leben voll Leidenschaft, das entsprechend auch voller Leiden neben vielleicht nur kurzen Freuden sein kann. Aber muß das letztere die Folge dieser »Wahl« sein? Die Antwort darauf ist klar, nicht erst seit *Marx*, sondern schon seit *Rousseau*: Nein! Diese Antwort zu leben verlangt indes Kultivierung der Natur im Menschen als einer *conditio sine qua non*³⁰. Ohne sie kein neuer Mensch, keine neues Leben, keine neue Politik usw.

Wenn all dies richtig ist – und vieles spricht dafür –, dann wäre es die vornehmliche, das heißt grundlegende, Aufgabe der Politik, zur Kultivierung des Menschen praktisch beizutragen, und – simultan – in den jetzt bestehenden tradierten politischen Arenen sich dafür einzusetzen, Räume für diese Kulturarbeit zu erhalten, wenn nicht gar zu erweitern. Hier wird Politik zu einer *Résistance* gegen das Jetzt und für das Noch-nicht in ihm. Anders hat Politik keine andere Zukunft, als dem Instrumentalismus zu frönen, und das als bloß reaktionäre Opposition, die gern selbst an der Macht wäre. Denken wir nur an »Die Grünen«! Appelle an Gerechtigkeit, gar in der heutigen Wirtschaft, an Demokratie, emanzipatorische Werte und dergleichen können dann nicht anders vom Volk verstanden werden als das, was sie derzeit auch objektiv sein müssen: ideologisch angetriebene Förderbänder für wortbeflissene Karrieristen.

29 Habermas, Luhmann, op. cit., 1971, S. 144.

30 Dies führt zurück zu Jean-Jacques Rousseaus Begriff von Erziehung und dem Primat des Guten in der menschlichen Natur; siehe hierzu vor allem sein »Emile«.

Wer Zukunft will, kann nicht auf Vergangenes zurückfallen. Der jetzt historisch erreichte Stand wie immer falscher Individuation, Nüchternheit, Wachsamkeit (»Auf-Draht-Sein«), Beweglichkeit (»Flexibilität«) etc. muß »aufgehoben« werden in eine dann Freiheit stiftende Zukunft für alle, die jetzt vereinzelt und »beladen sind«. Einsicht in diese Erfordernis schließt das materiell-körperlich gelernte Wissen ein, daß in diesem Bemühen um Zukunft die Theorie (Weltanschauung, Philosophie) ihren Primat verloren hat. Theorie kann nur, mitsamt neu verstandener Werte, aus der Praxis entstehen, falls wir uns beim Tun – in neuer Wachsamkeit – »über die Schulter sehen«. Deswegen ist jetzt nichts so wichtig, wie Raum für freies Tun zu schaffen beziehungsweise zu erhalten. Dort können Menschen dann die Zukunft erlernen, ohne welche die Politik nur verdrehte Wiederholung von längst Vergangem in sinnentleerter Demokratie ist.

Einsicht in diesen Umstand mag nicht neu sein, aber, wie zum Beispiel *Rudolf Bahro* wußte und praktizierte, sie muß aus dem körperlich-materiell gegründeten Verneinen des Status quo erwachsen. Entscheidend ist, nicht mehr so leben zu wollen wie bisher. Menschen dieses Willens gilt es, auf Freiheit hin zu sammeln. Und darunter zählen auch, wie immer in ihrer Ablehnung verkehrt liegend weil bloß reaktionär, die Menschen des Rechtsextremismus. Auch sie hinüberzugewinnen in Räume neuer Praxis, ist Aufgabe neuer Politik in neuer Weise, das heißt nicht durch Rede, Schulung und Werbung, sondern durch transparentes Tun in Stätten neuer Produktion – sei es von Nahrung, Maschinen, Musik oder Bildern. Erst wenn wir erlöst aussehen, wird man unserer Erlösung glauben.

**Italien:
das Buch zur Wahl**

Soeben erschienen:

**CHRISTIAN CHRISTEN
Italiens Modernisierung
von rechts.**

**Berlusconi, Bossi, Fini oder
Die Zerschlagung
des Wohlfahrtsstaates**

dietz berlin 2001
Schriften 10 der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
ISBN 3-320-02028-5
167 Seiten, 29,80 DM

DIETMAR WITTICH

Sein als Werden – Zur Programmdiskussion der PDS

Es ist schon eine Weile her, da Orientierungen für menschliches Tun und Gestalten gleichsam direkt vom Himmel zu den Menschen gelangten. Aber selbst der, dem für die Steintafeln mit den Zehn Geboten die Urheberrechte zugesprochen werden, war nicht fehlerfrei, wie sich bei Sündenfall und Sintflut bereits vorher gezeigt hatte. Alles, was seither ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wird, ist Menschenwerk – das gilt auch für Texte von Sozialistinnen und Sozialisten – und damit von vornherein von Irrtümern und Fehlern nicht gefeit.

Diesen Gemeinplatz auf das Programm der PDS von 1993 anzuwenden, dürfte die Gemüter wohl heute nicht weiter bewegen. Dieses Programm hat Nützliches bei der Neuformierung sozialistischer Politik unter den gründlich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland geleistet, aber es hat Defizite, Defekte und durch Kompromisse produzierte Widersprüche. Das Programm dokumentierte nach Versagen und Niederlage des Staatssozialismus, was die erneuerte sozialistische Partei und was sozialistische Politik nicht mehr sind. »Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, befragen wir kritisch im Bewußtsein unserer eigenen Verantwortung für die Entstellungen der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition.«¹ In einer gedrängten Passage wurden Ursachen des Scheiterns analysiert: Staatseigentum an Produktionsmitteln statt gesellschaftliches Eigentum, mangelnde Effektivität, zentralistische Planung, bürokratische Bevormundung und Gängelei. Zugleich wurde betont, was sozialistische Politik noch ist, gleichsam trotzig wurde Kontinuität beschworen, allgemein der »kapitalistische Charakter«² angeprangert und »neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus«³ in Aussicht gestellt, ohne dies zum damaligen Zeitpunkt ausfüllen zu können. Das alles war garniert mit modischen Zutaten linker Westdiskurse der 70er und 80er Jahre.

Es hat in den Vorjahren bis in die letzte Zeit hinein viele Anläufe gegeben, um in der Partei und ihrem Umfeld eine programmatische Diskussion in Gang zu bringen, um in gemeinsamer Debatte Konsens zu Grundfragen erneuerter sozialistischer Programmatik und Politik zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang ist an den Kommentar zur Programmatik⁴ von 1997 zu erinnern. Auch Utopie kreativ hat erhebliche Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Nach dem Münsteraner Parteitag wurde ein Sonderheft⁵ zusammengestellt, um Material für die Diskussion aufzubereiten. In den bisherigen Heften dieses Jahrganges wurden eine ganze Reihe von Beiträgen publiziert,

Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Geschäftsführer der Social Data GmbH Berlin, Mitautor von »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, dietz berlin 1997.

1 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 1-2.

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 7.

4 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin 1997.

5 UTOPIE kreativ. Sonderheft »Programmdiskussion der PDS«, Berlin Oktober 2000.

6 Reinhard Mocek: Auf dem Weg zur Vermessung des Gesellschaftlichen, in: UTOPIE kreativ 123, Januar 2001, S. 66 - 73.

7 Dietmar Wittich: Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen, in: Ebenda 124, S. 116 - 126.

8 Wolfgang Fritz Haug: Perspektiven gegenwärtigen marxistischen Denkens, in: Ebenda 126, S. 324 - 329.

9 Ingrid Lohmann: <http://www.bildung.com> - Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft, in: Ebenda 125, S. 208 - 219. Hans-Gert Gräbe: Kompetenz im Informationszeitalter, in: Ebenda, S. 220 - 231.

10 Ulla Plener: Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftdemokratie, in: Ebenda 123, S. 52 - 65 und 127, S. 441 - 457.

11 Zu denken ist dabei vor allem an das Buch ReformAlternativen, ohne das es den vorliegenden Programmtext so wohl nicht geben würde. Siehe: Reform-Alternativen. Sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000.

12 Siehe Ingo Wagner: Sozialismus als »Heiliger Geist«, in: junge Welt vom 18. April 2001.

13 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf, Berlin 27. April 2001, S. 4.

14 G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erstes Buch, Leipzig 1963, S. 91.

die sich in der Sache mit Fragen programmatischer Diskussion befaßten, zur Sozialismus-Debatte⁶, zu Klassenentwicklung im gegenwärtigen Kapitalismus⁷, zu Anforderungen an gegenwärtiges marxistisches Denken⁸, zur Bildungspolitik⁹, zu Wirtschaftsdemokratie und sozialer Gerechtigkeit¹⁰ und weitere. Wirklich belebt hat dieses und anderes¹¹ die Programmdiskussion kaum, deshalb ist es zu begrüßen, daß nun mit der Vorlage des Entwurfs der gordische Knoten erst einmal durchschlagen erscheint.

Die ersten Reaktionen liefern zunächst eine Bestätigung der Vorgehensweise, sie sind überaus rege und, wie könnte es anders sein – der Entwurf ist Menschenwerk und damit natürlich unvollkommen –, überwiegend kritisch. Der kritische Aktivismus setzte allerdings schon vor der Veröffentlichung ein¹².

Ich halte es für einen der Vorzüge des veröffentlichten Programmtextes, daß er diskussionsfähig und der Diskussion bedürftig ist. Der Grundansatz der Zielbestimmung, der den gesamten Entwurf durchzieht, besteht darin, individuelle Emanzipation und Emanzipation der Gesellschaft als untrennbaren Zusammenhang zu denken. Dies zu formulieren, machen es sich die Autoren (und damit auch den Leserinnen und Lesern) nicht leicht. »Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens gemeinsam mit anderen zu entscheiden. ... Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Erwerb. Sie brauchen Kultur und Bildung. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit. ... Es sind diese Lebensbedingungen, die sie brauchen, um ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln zu können.«¹³ Ziel sozialistischer Politik ist es somit, daß die Menschen im solidarischen Miteinander selbstbestimmt gleiche Lebenschancen als Voraussetzung für ihre freie Existenz und Entwicklung herstellen und immer wieder reproduzieren können. Es geht um die Verbindung von Libertärem (freiheitlichen Verhältnissen) und Egalitärem (sozial gleiche Lebenschancen) als Prozeß – Sein ist Werden, lehrte Hegel¹⁴. Diese konzeptionelle Herangehen steht in Übereinstimmung mit sozialistischen Traditionen, stellt sich produktiv Lehren aus der Geschichte und verbindet als Anspruch aktuelle sozialistische Oppositions- und Gestaltungspolitik mit gesellschaftspolitischen Alternativen der Zukunft. Im Grundsätzlichen stimme ich damit überein.

Eingeführt wird diese Zielbestimmung zum einen aus den Traditionen des Kampfes gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung und zum anderen aus allgemeinen menschlichen Bedürfnissen. Dieser Darstellungsweise ist es aus meiner Sicht geschuldet, daß die im Kern richtige Zielbestimmung sozialistischer Politik und Programmatik merkwürdig in der Luft schwebt. Dadurch scheint sie gesetzt, die kritische Analyse sozialökonomischer Zusammenhänge und ihrer gesellschaftlich destruktiven Wirkungen erfolgt weiter hinten. Es ist meine Sicht, daß sozialistische Alltagspolitik und sozialistische Zukunftsentwürfe sich nicht einfach allgemein gegen soziale Ungerechtigkeit und Beeinträchtigung von Freiheit und Individualität richten, das auch, aber damit das wirkungsvoll geschehen kann, müssen sie auf die aktuelle Entwicklungsphase der kapitalistischen Verhältnisse bezogen sein; sie zielen auf alternative Gestaltungen in

den bestehenden Verhältnissen und auf Wege in andere gesellschaftliche Zustände aus diesen heraus. Deshalb sollten sie auch unmittelbar daraus entwickelt werden.

Im weiteren Text wird vieles an den aktuell bestehenden kapitalistischen Verhältnissen zutreffend kritisch benannt, die Dominanz des internationalen Finanzkapitals, die kapitalistische Globalisierung, Shareholder-Kapitalismus, Deregulierung und Privatisierung, der moderne Pauperismus, sich zuspitzende ökologische Gefährdungen, der soziale Ungerechtigkeiten usw. »Heute wird versucht, einen ungezügelt Kapitalismus mit den Mitteln der ökonomische Diktatur, der neoliberalen Sachzwanglogik, der Verwandlung des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat, mit dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Interventionismus durchzusetzen.«¹⁵ Das ist völlig richtig. Aber dem liegen sozialökonomische Entwicklungen zu Grunde, die im Entwurf zwar auch behandelt werden, zu deren Bedeutung und Stellenwert aber offenbar noch zu diskutieren sein wird.

15 Ebenda, S. 12.

Die Grundlage für all diese Entwicklungen und Zuspitzungen bilden technologische Entwicklungen. Die Innovationen und der Siegeszug der Information- und Kommunikationstechnologien sind nicht einfach eine Produktivkraftentwicklung neben anderen. Sie ermöglichen und produzieren eine allgemeine Vermittlung, die damit erlangte Fähigkeit überall zu Echtzeit per Information steuernd einzugreifen, bewirkt in allen gesellschaftlichen Bereichen erhebliche Effektivitätssteigerungen, in der Produktion, in der Zirkulation, in den staatlichen und anderen Verwaltungen, in den Medien, im Vertrieb, im Verkehr, in den Wissenschaften, in den militärischen Bereichen usw. Ihre kapitalistische Nutzung macht die Globalisierung, die neue Qualität der Macht des Finanzkapitals und auch die damit verbundenen Folgen für Gesellschaft und Umwelt überhaupt erst möglich. Selbst die Krise der Nachkriegsordnung hat sich nicht unabhängig vom technologischen Vorsprung der kapitalistischen Hauptmächte herausgebildet. Die Gesamtheit der dadurch induzierten sozialökonomischen Veränderungen kann als Übergang vom Kapitalismus als Industriegesellschaft zum Kapitalismus als Informationsgesellschaft interpretiert werden, allerdings hat nicht ein »Informationskapitalismus« einen »Industriekapitalismus«¹⁶ abgelöst, denn die Industrie existiert ja weiter, jedoch wesentlich effektiver.

16 Siehe ebenda, S. 13.

Zugleich ist in diesen Entwicklungen die Subjektivität wieder sichtbar geworden, ohne die sie nicht stattfinden können. Das gilt für die Apparate- und Trägersysteme und für den Betrieb. Gestaltet und entfaltet werden diese Technologien in einem globalen arbeitsteiligen Prozeß, in den wahrhaftig »... das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft«¹⁷ wird. Das gilt auch für die Nutzung dieser Technologien (wobei Entwicklung und Nutzung vor allem bei Software schwer zu trennen sind), keine Information ohne (von Subjekten erzeugtes) Wissen, das eingespeist wird, keine Information ohne Sender und Empfänger. Die weltumspannenden Informationsnetze tendieren dahin, daß »... die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses unter die Kontrolle des general intellect gekommen, und ihm gemäß umgeschaffen sind.«¹⁸

17 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 594

18 Ebenda.

19 Die kapitalistische Nutzung ist das, was heute massenhaft existiert, aber sie ist nicht die einzige, es gibt, wie das Beispiel Linux zeigt, Alternativen. Siehe: Hans-Gert Gräbe: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: UTOPIE kreativ 117, Juli 2000, S. 653ff.

20 Frigga Haug: Revolutionäre Realpolitik (Manuskript, im Druck).

21 Neues Deutschland, 5. Mai 2001.

22 Ellen Brombacher auf der Veranstaltung am 8. Mai in Berlin-Hohenschönhausen.

23 Uwe Heuer auf der gleichen Veranstaltung.

24 programmwurf2, in: www.pds-online.de.

Die kapitalistische Nutzung ist den Informations- und Kommunikationstechnologien nicht per se immanent, sie ist allerdings die herrschende¹⁹, sie bewirkt Arbeitsplatzvernichtung und neue soziale Ungerechtigkeiten. Ihre gesellschaftliche Form ist verschlüsselt, sie produzieren ihren eigenen gegenständlichen Schein. Zum einen bildet der Kreis der »Eingeweihten« eine Art Gemeinschaft – »Wir sitzen ja alle in einem Netz!« –, hinter dem sich in Konfliktefällen sehr schnell Ausbeutung und Selbstaussbeutung entlarven. Als allgemeine Vermittlung gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen sie als eigentlichen Macher, der Weltmarkt als virtueller Raum, obwohl die gegenständliche Produktion natürlich nach wie vor stattfindet.

Aber diese Technologien enthalten zugleich heute schon neue Möglichkeiten für flexible Arbeitsgestaltung, für intensive Kommunikation und Meinungs austausch, für individuelle Lebensgestaltung. Eines ist jedenfalls sicher, in irgendeinem status ante gibt es keinen Weg zurück, sowohl sozialistische Gestaltungspolitik als auch Entwürfe und Wege in eine »andere Produktions- und Konsumtionsweise«²⁰ müssen die so gestalteten Realitäten zum Bezugs- und Ausgangspunkt nehmen.

Anfang Juni wird in Paris ein internationales Seminar zum Thema »Kapitalismus heute« stattfinden, von dem zu hoffen ist, das es auch für die Diskussionen in der PDS und in ihrem Umfeld sachliche Argumente und Anregungen bieten wird.

An sachlichen Argumenten ist in den meisten kritischen Stellungnahmen zum Entwurf des Parteiprogramms bisher wenig zu finden. »In der Programmdebatte stößt die PDS-Spitze auf erhebliche Skepsis«, war der Untertitel eines Zeitungsberichtes²¹ über eine der ersten öffentlichen Diskussionsveranstaltungen. Bereits in der Vorab-Verurteilung von Ingo Wagner waren die entscheidenden Stichworte benannt, sie werden seither gleichsam mit verteilten Rollen nur noch wiederholt: fehlender Antikapitalismus, Abwendung vom Marxismus und reformistische Anpassung. Das sind allesamt Reizworte. So war zum Beispiel die Rede vom »weichgespülten Antikapitalismus«²². Da kocht die Parteeisele natürlich hoch, denn Antikapitalismus ist uns so heilig wie Marxismus und »Widerstand und Wachhalten der Alternative«²³. Niemand steht auf und sagt, daß ein Antikapitalismus, der den Kapitalismus nicht trifft, keiner ist (abgesehen davon ist das auch noch ein falsches Bild: Weichspülen bewirkt Reduzierung des Reibungswiderstandes – des Kratzens –, ein weichgespülter Antikapitalismus wäre demnach besonders effektiv!).

In den ablehnenden Stellungnahmen gibt es eine nahezu inflationäre Verwendungs solcher Begriffe wie Produktivkräfte, Kapitalverhältnis, materialistische Geschichtsbetrachtung und andere, als sei dieser Sprachgebrauch allein schon der Nachweis der Zugehörigkeit zur reinen Lehre. Ein als alternativer Programmwurf vorgelegtes Papier beginnt mit den Sätzen: »Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte waren die gesellschaftliche Produktivkräfte so entwickelt wie in der Gegenwart ... Doch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte waren die kapitalistischen Destruktivkräfte so entwickelt wie in der Gegenwart ...«²⁴ Das ist freilich wahr und – das war immer wahr. Also nichts Neues, das ist eben der kapitalistische Charakter, das ist die permanente Zuspitzung der Widersprüche. Im weiteren

Text wird dann ein rabenschwarzes Kapitalismus-Bild gezeichnet, in dem alles mit kräftigen Worten geißelt wird, was eben so am Kapitalismus zu geißeln ist. Das dürfte allerdings einen erheblichen Nachteil haben, viele Menschen, die für sozialistische Politik gewinnbar sind und für die sozialistische Politik auch gemacht wird, dürften darin ihren wirklichen Alltag mit seinen Freuden und Nöten nicht wiederfinden.

Man kann natürlich trefflich darüber streiten, wie das mit den Produktivkräften, dem Kapitalverhältnis usw. ist. Für ein marxistisches Herangehen halte ich für entscheidend, daß diese Begriffe immer wieder analytisch untersetzt werden, daß sie verwendet werden, um die sich verändernde Wirklichkeit zu erfassen und sie dadurch lebendig zu halten. Wird diese Arbeit umgangen oder nicht wahrgenommen, dann besteht die Gefahr, daß die Begriffe für eine vergangene Wirklichkeit stehen. Und nicht nur das, ideengeschichtlich sind sie die Demiurgen eines autonomen Ganges der Geschichte, eine Art Geschichtsgeometrie, geistiger Ausdruck realsozialistischer Wirklichkeit, in der sich die Menschen den Notwendigkeiten der Geschichte (in Gestalt der Weisheit der Parteiführung) zu fügen hatten, und in dieser Weise gebraucht als Beschwörung sachlicher Gewalten eigentlich eine menschenfeindliche Sprache. Die Rechten lügen, aber sie sprechen zu Menschen. Die Linken sagen die Wahrheit, aber sie sprechen nur von Sachen, kritisierte einst Ernst Bloch.²⁵ Das Problem ist, daß diese Begriffe bei vielen in der PDS und in ihrem Umfeld seit langem vertraut klingen, es sind verinnerlichte Denkformen. Deshalb wäre sauber zu unterscheiden zwischen marxistischer Analyse und marxistischem Weltbild. Wer das verwischt, macht diese Begriffe zu Munition im innerparteilichen Kampf um die Köpfe.

Selbstverständlich läßt sich über Produktivkräfte, den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, Interessen usw. trefflich streiten. Gerade die neuen technologischen Entwicklungen verdeutlichen, daß Produktivkräfte eine »soziale Macht«²⁶ sind, daß die Individuen in ihrer produktiven Tätigkeit die »bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse«²⁷ reproduzieren, diese also nicht ohne die Subjekte gedacht werden können. Für eine breitere Öffentlichkeit ist es relativ uninteressant, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben. Verteidigung der »reinen Lehre« bedeutet, sie ins Museum zu verbannen. Marxistische Denktradition kann nur bewahrt werden, wenn sie sich immer wieder mit den Realitäten einläßt und sich dabei »beschmutzt«, die Gefahr von neuen Irrtümern ist dabei natürlich gegeben. Aber nur dadurch können realistische Projektionen für gesellschaftliche Gegenentwürfe entwickelt werden. Die Alternative ist letztlich Sozialismus als Retrospektive, als museale Unfruchtbarkeit, bei der revolutionäre Rhetorik reale Harmlosigkeit nur dürftig bemäntelt, allenfalls geeignet, daß der Verfassungsschutz einen weiten Posten auf seiner Beobachtungsliste behalten kann.

Im Entwurf des Parteiprogramms ist bei allen Schwächen, die er als Diskussionsvorlage eben hat, jedenfalls die Rede von wirklichen Menschen im wirklichen, vom internationalen Finanzkapital beherrschten Kapitalismus und ihren Chancen, in einer Gesellschaft leben zu können, in der sie selbst für Freiheit und Gerechtigkeit sorgen. Sein ist Werden, jedes Projekt dieser Art ist offen.

25 Vgl. Ernst Bloch: Vom Hasard zur Katastrophe. Politische Aufsätze 1934 bis 1939, hg. von Oskar Negt, Frankfurt am Main 1972, S. 197.

26 Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 34.

27 Ebenda, S. 25.

Eine notwendige Anmerkung: Die Behauptung einer »permanenten Zuspitzung der Widersprüche« als »objektiven« Vorgang der Geschichte war eine der zentralen Thesen von J.W. Stalin, mit denen er ideologisch den Terror rechtfertigte, der mit seinem Namen verbunden ist.

MICHAEL CHRAPA

»Handlungstau«? Politisches Handeln in Ost und West

Mit diesem Thema wird ein in der aktuellen Sozialwissenschaft unterschiedlich behandeltes Problemfeld aufgegriffen, das jedoch für linke Politik und Praxis außerordentlich große Relevanz besitzt. Obwohl in den letzten Jahren ausführliche, zumeist recht kontrovers verfaßte Beiträge zur »Handlungstheorie« erschienen und obgleich auch einige hochinteressante Arbeiten zu Problemen »politischer Partizipation« entstanden sind, bleiben zahlreiche Aspekte noch offen.

Im soziopolitischen Kontext betrifft es vor allem die einfach anmutende Frage, ob, in welchem Maße und in welchen Formen »durchschnittliche« Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund einer im Umbruch befindlichen und von zahlreichen tiefen Konflikten gekennzeichneten deutschen Gesellschaft zum politischen Handeln bereit wären. Der Widerspruch zwischen »Handlungsnotwendigkeit« und der tatsächlich feststellbaren Aktivität vieler Menschen im politischen Raum wirkt in mehrfacher Hinsicht befremdend und mitunter sogar angsteinflößend. Im Kontext der weiterhin außerordentlich brisanten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus steht das genannte Problem gewissermaßen auf einem aktuellen Prüfstand: Einerseits verkörpert die Praxis des Rechtsextremismus wohl unbestritten eine besondere (inhumane und oft verbrecherische) »Handlungsmacht«, deren konkrete Mechanismen für etliche Beobachterinnen und Beobachter allerdings schwer nachvollziehbar sind.

Die dringend notwendige »zivilgesellschaftliche Aktivität« stellt andererseits zweifellos ebenfalls eine spezifische Form des Handelns dar.

Nähert man sich diesem Thema jedoch genauer, dann wird häufig außer zahlreichen Appellen die teils naive, teils ehrlich verwunderte Klage deutlich, warum denn – trotz brennender Anlässe – nicht mehr Menschen aktiv seien.

Im Spektrum linker Politik ist der skizzierte Widerspruch ebenfalls anzutreffen. In Publikationen dominieren Deskriptionen von Handlungsverläufen, eher grobe Umschreibungen von möglichen Akteuren und Akteursgruppen sowie zahlreiche Forderungen (oder Wünsche) zu künftig notwendigen Handlungsschritten (vgl. Klein et al. 2000: 371-376). Nahezu ausgespart bleiben konkretere Analysen zu den Motivationen von Akteuren, zur Spezifik von Handlungsformen oder zu Mechanismen des Handelns in der Wechselwirkung mit Faktoren der Meinungsbildung oder mit situationalen Einflüssen.

Michael Chrapa – Jg. 1950; freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merseburg, zuletzt in »UTOPIE kreativ« erschienen: »Alltägliche Solidarität und latenter Rassismus« (Nr. 120, Oktober 2000).

Zur Handlungstheorie vgl. statt anderer die Veröffentlichungen von Olson 1968; Luhmann 1996; Bourdieu 1998; Balog/Gabriel 1998; Straub/Werbik 1999; Esser 1999.

Bemerkenswerte Arbeiten zur politischen Partizipation wurden in letzter Zeit insbesondere verfaßt von Hoffmann-Lange 1997; Trinkle 1997; Klein/Schmalz-Bruns 1998; Klages 1998; Gensicke 1998; Klein et al. 1999; van Deth 1999; Liebig/Wegener 1999.

Theoretische Aspekte politischer Handlungsansätze

»Handeln« – als eine der zentralen Kategorien der Soziologie – stellt gleichzeitig einen der kompliziertesten Gegenstände des Faches dar. Dies scheint vor allem in der außerordentlichen Vielfältigkeit und Komplexität von Handlungsmöglichkeiten und Handlungsformen begründet zu sein. Akteure und ihr »motivationales Innenleben«, Akteurskonstellationen, in der Öffentlichkeit artikulierte Interessenlagen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und situationale Faktoren – all dies bildet ein schwer überschaubares Geflecht von Wechselwirkungen, an dessen Ende das Handlungsergebnis steht.

Geht man von der hohen Komplexität von Handlungszusammenhängen aus, dann sprechen gute Gründe dafür, das »Handeln von Akteuren« nicht auf der Grundlage einer einzigen »Handlungstheorie« beziehungsweise eines ausschließlichen Theorieansatzes beschreiben zu wollen oder zu können. Weiterhin bleibt deshalb »Handlungstheorie« ein Feld der Auseinandersetzung verschiedener Schulen, unter denen sich unter anderem die des Strukturfunktionalismus, der Systemtheorie, des »Rational-Choice« oder interpretativer Ansätze nicht selten in verbissenen Kämpfen gegenüberstehen (vgl. Balog/Gabriel 1998). Mehrere Theoriegebäude bilden gleichsam Syntheseansätze auf dem handlungstheoretischen Gebiet (>System« und >Lebenswelt« bei *Habermas*; >Feld«, >Kapital« und >Habitus« bei *Bourdieu*; >Dualität von Struktur« bei *Giddens*).

Ein besonderes Problemfeld stellt das Phänomen des kollektiven Handelns dar. Obwohl beim Streit um eine adäquate Handlungstheorie sicher keine endgültigen Entscheidungen zu fällen sind, lassen sich für operationale Zwecke bestimmte Ansätze hervorheben. Dazu könnte man – nach Ansicht des Autors – das strukturell-individualistische Modell zählen, das die Interpretation kollektiver Sachverhalte stets mit der »Rückführung« auf individuelle Erklärungsmuster verbindet (vgl. Opp 1999).

Kollektives (hier vor allem: kollektives politisches) Handeln ist, wie bereits angedeutet, in einem spezifischen Widerspruchsfeld angesiedelt. Vor allem in Arbeiten von *Mancur Olsen* wird dieser Widerspruch dadurch charakterisiert, daß kollektives Handeln in der Regel auf die Erlangung eines »öffentlichen Gutes« zielt, welches nicht teilbar und nicht ausschließbar ist, so daß es dem einzelnen »kostengünstiger« erscheint, abzuwarten, bis andere dieses Gut geschaffen haben. Den Status solcher »Trittbrettfahrer« beschreibt *Olsen* (1968: 20) wie folgt: »Obwohl alle Mitglieder der Gruppe ein gemeinsames Interesse haben, diesen kollektiven Vorteil zu erlangen, haben sie doch kein Interesse daran, die Kosten für die Beschaffung dieses Kollektivguts zu tragen. Jeder würde es vorziehen, die anderen die gesamten Kosten tragen zu lassen, und würde normalerweise jeden erreichten Vorteil mitgenießen, gleichgültig, ob er einen Teil der Kosten getragen hat oder nicht.« Gleichsam als Spezialfall des »Gefangenens-Dilemmas« kann sich kollektives Handeln somit selbst blockieren.

Wenn ein solches Handeln dennoch zustande kommt, dann zum einen bei starkem Interesse und ausgeprägter Motivation einzelner. Dies kann unter anderem durch situationale Effekte mit beeinflusst werden, so im Fall einer besonderen politischen Zuspitzung der

»Jenseits mannigfaltiger Differenzen zwischen den Vertretern unterschiedlicher theoretischer Ansätze in der Soziologie läßt sich eine Reihe von Prämissen feststellen, die zum weitestgehend anerkannten Grundbestand, wenn nicht zum »common sense« soziologischer Theorie zu gehören scheinen. Zu diesen Prämissen zählen u. a. die folgenden eng miteinander verbundenen Annahmen: Als die elementaren Einheiten des Sozialen gelten *Handlungen*. Die Identität von Handlungen ist bestimmt durch den *subjektiven Sinn*, den Akteure mit ihrem Verhalten verbinden. Infolgedessen ist *keine scharfe Grenze* zu ziehen zwischen *Bewußtseinsprozessen* und *sozialen Prozessen*. Vielmehr muß angenommen werden, daß Psychisches und Soziales einander überschneiden.«

Wolfgang Ludwig Schneider: Handeln, Intentionalität und Intersubjektivität im Kontext des systemtheoretischen Kommunikationsbegriffs, in: A. Balog, M. Gabriel (Hrsg.), *Soziologische Handlungstheorie*, Opladen 1998, S. 155.

Lage, durch Krisen oder ähnliches. Zum anderen wäre kollektives Handeln durch Veränderungen der Gruppengröße, der Gruppenstruktur sowie durch das Wirken »selektiver Anreize« (nach *Olson*: materielle, soziale oder moralische Prämien) beeinflussbar. Eine Verringerung der Zahl der Gruppenmitglieder beziehungsweise die Bildung aktiver »Subgruppen«, das hervorgehobene Wirken einzelner Akteure (charismatische Persönlichkeiten) oder die Neubestimmung beziehungsweise Neusetzung von möglichen »Gewinnen« können deutliche Impulse für gemeinschaftliche Aktivität vermitteln.

Festzuhalten ist deshalb, daß kollektives Handeln keineswegs automatisch erfolgt (beziehungsweise erfolgen kann), daß gerade die »Startphase« des Handelns besonderer Bedingungen (dabei vor allem spezifischer Intragruppenkonstellationen) bedarf und daß dies jeweils mit »Deutungen« der Handlungssituation verbunden ist, in denen auch moralische Aspekte eine nicht unerhebliche Rolle spielen können.

Kollektives politisches Handeln wird vielfach im Rahmen der Partizipationsforschung untersucht (vgl. Klein/Schmalz-Bruns 1997; Trinkle 1997). Strukturell unterscheidet man dabei zumeist Formen der konventionellen (legalen, »friedlichen«) und der unkonventionellen (normüberschreitenden, in der Nähe von Gewalt angesiedelten) Partizipationsaktivitäten (Wahlen, Diskussionen, Bürgerinitiativen und ähnliches vs. Besetzungen, Konfrontation mit der Polizei, Gewalt ausüben etc.). In Untersuchungen während der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurden rund 30 Prozent der Wahlberechtigten (33 Prozent im Westen, 29 im Osten) als »politisch aktive Bürger« im Sinne der Teilnahme an mindestens zwei der konventionellen Partizipationsformen bestimmt (vgl. van Deth 1997: 311). Eine ähnlich große Population ermittelten verschiedene Autoren bei der Untersuchung von »bürgerschaftlichem Engagement«, wobei hier vor allem solche Aktivitäten wie Handeln in Ehrenämtern, soziale Selbsthilfe oder kulturelle Tätigkeiten einbezogen waren (vgl. Gensicke 1998: 35-36; Klages 1998). Die in beiden Betrachtungen beschriebenen Gruppen stellen gleichsam den Rahmen des Aktivitätspotenzials »im weiten Sinne« dar.

Formen politischen Handelns und Einstellungen in der Bevölkerung

Im folgenden sollen Fakten vorgestellt werden, die aus Analysen der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands zwischen 1996 und 2000 stammen, wobei die empirisch meßbaren Handlungsaktivitäten und Handlungsabsichten größerer Menschengruppen im Mittelpunkt standen. Dadurch war es möglich, probabilistische Aussagen über das Zusammenwirken verschiedener mentaler und sozialer Faktoren zu treffen. Alle Erklärungen sind jedoch gleichsam von »makroskopischer Natur«; das Handeln von Menschen im mikrosozialen Raum und in bestimmten Situationen muß dementsprechend jeweils im einzelnen konkret erfaßt und analysiert werden.

Die in Tabelle 1 aufgeführten Daten illustrieren noch einmal den eingangs skizzierten Widerspruch. Auf der einen Seite bekunden klare Mehrheiten ihre (prinzipielle) Bereitschaft, an politischen Aktions- und Protestformen teilzunehmen. Der Kreis derer, die real in solche Handlungsformen einbezogen waren beziehungsweise sind,

»Nicht alles, was Menschen tun, ist eine Handlung. Manches tut man aus Versehen (ein Rempler gegen den Nachbarn in der Straßenbahn), manchmal reagiert man nur (etwa mit einer unwillkürlichen Armbewegung auf das Summen einer Mücke im Ohr), und vieles tut man im eigentlichen Sinne gar nicht (sich im Schlaf umdrehen, verdauen, stolpern usw.). Von einer Handlung reden wir nur dann, wenn das, was man tut, planvoll und regelhaft, gewollt und gezielt, bewusst, nicht versehentlich und womöglich frei gewählt ist.«

Jochen Brandtstädter, Werner Grewe: Intentionale und nichtintentionale Aspekte des Handelns, in: Handlungstheorie, Frankfurt/New York 1999, S. 185.

bleibt andererseits jedoch relativ klein. Diese im folgenden noch genauer betrachtete Gruppe macht von ihrem Umfang her zwischen 5 und zirka 15 Prozent der Wahlberechtigten aus. Schon jetzt läßt sich also die Schlußfolgerung ziehen, daß die wirklich »politisch Handlungsaktiven« de facto relativ kleine Minderheiten bilden. Als interessant kann ferner gelten, daß – zumindest in der Mitte der neunziger Jahre – die Anteile derer, die Handlungswünsche vertreten, in Ost und West deutlich differieren, daß Handlungsrealisationen hingegen in beiden Bundesgebieten von einer etwa gleich großen Gruppe vorgenommen wurden (siehe auch die Mittelwerte in letzter Zeile der Tabelle 1).

Tabelle 1: Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Aktionen und Ausmaß von individueller Beteiligung (Angaben in Prozent, gerundet)

	Demonstrationen			Öffentlicher Protest		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
<i>Würde teilnehmen ...</i>						
Auf jeden Fall	21	20	22	23	23	23
Wahrscheinlich ja	33	31	39	35	33	38
Wahrscheinlich nicht	26	27	24	24	25	24
Auf keinen Fall	20	22	15	18	19	15
Mittelwert	2,46	2,51	2,33	2,37	2,51	2,33
<i>Habe teilgenommen ...</i>						
Nie	83	82	83	86	86	85
Einmal	11	11	11	9	9	10
Mehr als einmal	6	7	6	5	5	5
Mittelwert	1,24	1,24	1,23	1,19	1,19	1,20

Quelle: ALLBUS 1996, eigene Berechnungen.

Aus aktueller Sicht geben einige Daten Anlaß, im Kreis der »stark handlungsbereiten Personen« von einem gewissen Anstieg politischer Aktivität zu sprechen. Eventuell deutet sich hier das Hervortreten von Akteursgruppen im Osten an, wobei gleichzeitig ein großer Teil der östlichen Bevölkerung im Zustand politischer Zurückhaltung beziehungsweise Passivität verharrt.

Graphik 1: Selbstbeschreibung der politischen Aktivität (Ende 2000)

Verortung der Befragten auf einer 7er Skala zwischen den Aussagen: 1 = »entsprechend meinen Möglichkeiten bin ich politisch sehr aktiv.« ... 7 = »Selbst politisch aktiv zu werden, ist überhaupt nicht mein Ding«; Angaben in Prozent

Quelle: Chrapa/Wittich 2001

Die Einstellung gegenüber politischem Handeln läßt sich nicht zuletzt anhand der subjektiven Bewertungen der Wirksamkeit von Handlungsformen ablesen. Die erhobenen Daten verweisen auf hier auf mehrere interessante Zusammenhänge (vgl. Tabelle 2)

Tabelle 2: Bewertung der Wirksamkeit von Handlungsformen
(Ja = Wert 1+2 auf 7er Skala, Nein = Wert 6+7 auf 7er Skala;
Angaben in Prozent, gerundet)

Wirksamkeit	Gesamt			West			Ost		
	ja	teils	nein	ja	teils	nein	ja	teils	nein
Wahlbeteiligung	45	44	11	46	43	11	43	46	11
Unterschriftensammlungen	21	54	25	20	52	28	24	56	20
Mitarbeit in Partei	17	43	40	19	45	36	12	39	49
Öffentliche Diskussionen	14	55	31	14	55	31	13	56	31
Mitarbeit in Bürgerinitiative	14	54	32	15	56	30	11	54	35
Wahl anderer Partei	14	37	49	14	38	48	12	34	54
Genehmigte Demonstrationen	11	47	42	10	46	44	14	50	36
Nichtteilnahme an Wahlen	8	30	62	8	32	60	8	26	66
Ungenehmigte Demonstrationen	4	28	68	4	30	66	5	24	71
Verkehrsblokaden	4	24	72	4	27	69	4	18	78
Besetzungsaktionen	3	19	78	3	22	75	2	15	83

Quelle: ALLBUS 1998, eigene Berechnungen.

Erkennbar ist zum einen, daß bestimmte »legale« beziehungsweise »konventionelle« Formen des politischen Handelns, wie »Wählen«, »Beteiligung an Unterschriftensammlungen« oder »Mitarbeit in einer Partei« als am ehesten wirksam eingeschätzt werden. Nur eine sehr kleine Minderheit sieht in »harten« Aktionsformen effektive Chancen.

Zum anderen zeigen sich erneut bemerkenswerte Ost-West-Unterschiede. Bürgerinnen und Bürger der östlichen Bundesländer sind in bezug auf die Wirksamkeit von Wahlen und Partei-Mitwirkung zurückhaltender, präferieren indessen stärker »Unterschriftensammlungen« oder »Demonstrationen«. Aktionen im Kontext von Gewalt werden überdurchschnittlich als nicht wirksam eingeschätzt.

Über die individuellen Bereitschaften zum Handeln und über die – soweit erfaßbar – tatsächlichen »Ausführungen« von Handlungsformen gibt Tabelle 3 Auskunft.

Tabelle 3: Aussagen zur Handlungsbereitschaft und zu realisierten Handlungen
(Angaben in Prozent, gerundet)

	würde mich gegebenfalls			habe es schon getan			habe es seit 1996 getan		
	Ges	West	Ost	Ges	West	Ost	Ges	West	Ost
An Wahlen beteiligen	89	91	85	87	88	84	64	70	46
Bekanntem politische Meinung sagen	86	86	84	76	78	73	72	73	70
An Unterschriftensammlung beteiligen	59	58	63	41	41	40	25	23	30
An öffentlichen Diskussionen beteiligen	38	38	36	25	24	28	14	12	18
An genehmigter Demonstration teilnehmen	36	35	37	17	17	18	7	6	9
In Bürgerinitiative mitarbeiten	29	32	23	9	10	7	4	4	5
Anderer Partei wählen	24	24	24	9	9	10	3	2	4
Nicht an Wahlen teilnehmen	18	19	17	8	8	7	2	2	2
In Partei mitarbeiten	11	13	7	4	5	4	2	2	2
Anderen Kandidaten unterstützen	10	12	7	3	4	2	1	2	0
An ungenehmigter Demonstration teilnehmen	9	10	8	4	4	3	1	1	2
An Verkehrsblockade teilnehmen	8	9	5	2	2	1	1	1	1
An Besetzungsaktion teilnehmen	3	4	2	1	1	0	0	0	0
Politische Gegner einschüchtern	3	3	2	1	1	0	1	1	0
Bei Demonstration Krach schlagen	2	3	2	1	1	0	0	0	0
Gewalt gegen Personen anwenden	2	3	1	1	1	0	0	0	0
(mindestens einmal beteiligt)	/	/	/	8	7	9	/	/	/

Quelle: ALLBUS 98, eigene Berechnungen.

»Es kommt darauf an, ob die individuellen Handlungen eines oder mehrerer Mitglieder der Gruppe von den anderen Mitgliedern bemerkt werden können. Das hängt ganz offensichtlich, jedoch nicht ausschließlich, von der Anzahl der Gruppenmitglieder ab.« Mancur Olson: Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1986, S. 44.

Im Vergleich mit der Bewertung der »Wirksamkeit« von Handlungsformen sind sowohl übereinstimmende Muster als auch klare Differenzen erkennbar. »Wahlen« und (mit Abstand) »Unterschriftensammlungen« gelten als bevorzugte Partizipationsformen. Obwohl die »Mitwirkung in einer Partei« als recht effektiv eingeschätzt wird, ist die praktische Orientierung darauf (als denkbare Möglichkeit und ebenso in der Realisation) im Vergleich mit der »Arbeit in Bürgerinitiativen« deutlich geringer. Dies gilt vor allem für die westdeutsche Bevölkerung. Für die Population Ost zeigt sich wiederum Zurückhaltung in bezug auf »Wahlen« und Parteien sowie die Hinwendung zu »Unterschriftensammlungen« und (genehmigten) »Demonstrationen«. Bei den beiden letztgenannten Formen erbringt die genauere Analyse der Daten in der Tabelle 3 einen bemerkenswerten Hinweis. Bildet man die Differenz zwischen den »möglicherweise« zu praktizierenden und den tatsächlich verwirklichten Handlungsformen (»würde gegebenenfalls ...« minus »Habe schon ...«), so besteht im Osten der gewichtigste Unterschied gerade bei »Unterschriftensammlungen« und »Demonstrationen« (23 beziehungsweise 19 Prozentpunkte). Dies könnte als ein erneuter Beleg für die seit längerem vertretene These des »Handlungsstaus« im Osten gelten, womit die Tatsache beschrieben wird, daß hier ein gravierender (>unterirdischer<) Widerspruch zwischen Handlungsabsichten beziehungsweise -wünschen und konkreten Realisierungsschritten existiert (vgl. FOKUS 1999).

Handlungstypen

Die bisherigen Betrachtungen waren vor allem auf die Aussagen einer undifferenzierten Gesamtpopulation bezogen. Um genauer in den Mechanismus von Handlungsdispositionen einzudringen, können faktoranalytisch sogenannte »Handlungstypen« gebildet werden. Darunter sind Teilpopulationen zu verstehen, die sich durch bestimmte konstante und charakteristische Einstellungen in bezug auf politisches Handeln auszeichnen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Übersicht zu »Handlungstypen«

Variablen-Dimension	Gebildet aus Indikatoren ...	Bezeichnung Typ	Anteil (in %)		
			Ges	West	Ost
Politische Aktivität	»Teilnahme an öffentlichen Diskussionen« + »Beteiligung an Unterschriftensammlung« + »Teilnahme an genehmigten Demonstrationen«	»PolAkt«	7,9	8,0	7,6
Politische Zurückhaltung bzw. Passivität	»bisher keine politische Meinung gesagt« + »Nicht an öffentlichen Diskussionen teilgenommen« + »Keine Teilnahme an genehmigten Demonstrationen« + »keine Wahl einer anderen Partei« + »keine Beteiligung an Unterschriftensammlungen«	»PolPass«	14,4	14,2	15,0
Hinwendung zu unkonventionellen Politikformen	»Würde gern an ungenehmigten Demonstrationen oder an Besetzung teilnehmen« oder »Habe schon an ungenehmigten Demonstrationen teilgenommen«	»PolUnkon«	6,7	7,1	5,7

Absichtlich wurden hier mit den Typen »PolAkt« und »PolPass« Dimensionen gewählt, die deutlich abgrenzbare, »weit auseinanderliegende« Verhaltens- und Einstellungsmerkmale abbilden. Um Charakteristika von »härteren«, in der Nähe von Gewalt angesiedelten Aktionsformen zu gewinnen, fügte man den Typ »PolUnkon« hinzu. Das Handlungsprofil der Personen, die zu den genannten Typenkonstrukten zu rechnen wären, läßt sich unter anderem anhand der Daten in Tabelle 5 aufzeigen.

Tabelle 5: Aussagen zur Handlungsbereitschaft im Vergleich der Handlungstypen (Angaben in Prozent, gerundet)

würde mich gegebenenfalls ...	Gesamt				West				Ost			
	Ges	Pol Akt	Pol Pass	Pol Unkon	Ges West	Pol Akt	Pol Pass	Pol Unkon	Ges Ost	Pol Akt	Pol Pass	Pol Unkon
an Wahlen beteiligen	89	94	91	89	91	94	94	90	85	95	87	88
an Unterschriften-sammlung beteiligen	59	95	24	84	58	94	22	84	63	97	28	85
an öffentlichen Diskussionen beteiligen	38	90	12	61	38	89	12	64	36	92	11	52
an genehmigter Demonstration teilnehmen	36	95	12	78	35	94	9	77	37	95	18	83
in Bürgerinitiative mitarbeiten	29	65	11	60	32	63	13	62	23	71	6	52
andere Partei wählen	24	32	11	38	24	31	11	39	24	32	10	33
nicht an Wahlen teilnehmen	18	22	9	31	19	23	9	34	17	22	10	23
in Partei mitarbeiten	11	34	3	23	13	33	5	26	7	37	1	13
bei Demonstration Krach schlagen	2	6	1	11	3	7	0	12	2	3	1	8

Quelle: ALLBUS 1998, eigene Berechnungen.

Ferner können zwei bemerkenswerte Erkenntnisse herausgearbeitet werden. Für die Gesamtpopulation gilt *erstens*, daß die Partizipationsform »Wahlen« für alle Handlungstypen gleichermaßen eine starke Anziehungskraft zu haben scheint. Wahlverweigerung oder »Wechsel-Wählen« wird insbesondere von den Personen der Gruppe »PolUnkon« hoch geschätzt. Bei einigen Handlungsformen sind gewisse Ähnlichkeiten zwischen den »Aktiven« und den »Unkonventionellen« zu beobachten.

Zweitens ist für die Handlungstypen in Ostdeutschland charakteristisch, daß hier die »Politisch Aktiven« – im Vergleich zur Gruppe im Westen – im Bereich der konventionellen Handlungsformen besonders starke Aktionsbestrebungen zum Ausdruck bringen. Die Population der »Politisch Passiven« ist neben der Beteiligung an Wahlen noch gegenüber solchen Formen wie »Unterschriftensammlungen« oder »Teilnahme an genehmigten Demonstrationen« relativ aufgeschlossen.

Ein kurzer Blick auf die Zusammenhänge zwischen den Handlungstypen und ausgewählten Wertorientierungen offenbart eine Reihe von Verknüpfungen, die auch Folgeuntersuchungen und neue Interpretationen anregen können (vgl. Tabelle 6).

»Die Schwierigkeit dieser Demokratie und dieser Demokratisierung, der Pluralisierung und Individualisierung ist ja gerade, dass die Voraussetzung der kollektiven Entscheidungsbildung und der Verbindlichkeit kollektiver Entscheidungen abnimmt und dass damit die Möglichkeit, an irgendeinem Ort der Gesellschaft Entscheidungen durchzusetzen, immer schwieriger wird. Ich meine, darin liegt das, was Sie auch häufig »das Ende der Politik« genannt haben. Dieses Ende liegt in der Perspektive der politischen Entwicklungsdynamik. Aber es wird stets konterkariert, das muss man sehen, von der Forderung nach neuer, Großer Politik. Und es ist andererseits verbunden mit einer *Subpolitisierung* der Gesellschaft, also mit der Vervielfältigung von politischen Akteurszentren bis hinein in das Schlafzimmer oder die Küche, wo ausgehandelt werden muss, wie man nun Liebe macht oder den Abendbrottisch deckt, bis hinauf zu der Frage, wie verhandelt man die transnationale Reorganisation von Betrieben.«
Ulrich Beck, Johannes Willms: Freiheit oder Kapitalismus, Frankfurt/M. 2000, S. 130-131.

Tabelle 6: Wertorientierungen im Vergleich der Handlungstypen
(Wert = 1+2 auf 7er Skala. Unterstreichung = besondere Abweichung;
Angaben in Prozent, gerundet)

Für mein Leben ist/ sind von Wichtigkeit ...	West				Ost			
	Ges	Typen			Ges	Typen		
		Pol Akt	Pol Pass	Pol Unkon		Pol Akt	Pol Pass	Pol Unkon
West								
Familie/Kinder haben	77	76	82	69	83	<u>92</u>	80	75
Freunde und Bekannte	61	<u>68</u>	59	<u>69</u>	56	59	55	53
Beruf und Arbeit	57	58	47	<u>69</u>	67	<u>82</u>	50	56
Freizeit und Erholung	55	55	56	61	51	59	41	<u>62</u>
Verwandschaft	45	33	51	38	52	40	49	48
Nachbarschaft	33	24	<u>40</u>	22	32	<u>42</u>	31	25
Religion und Kirche	24	15	30	11	11	11	13	2
Politik und öffentliches Leben	21	27	16	21	16	<u>34</u>	11	23

Quelle: ALLBUS 98, eigene Berechnungen.

Es liegt nahe, daß die Gruppen »PolAkt« und »PolUnkon« überdurchschnittlich starke Orientierungen auf den Wert »Politik/Öffentliches Leben« aufweisen. Gleichzeitig scheinen aber auch bestimmte soziale Beziehungen zum Umfeld (als Wert) für sie besonders bedeutsam zu sein. Dies betrifft im Westen »Freunde und Bekannte« und im Osten beim Typ »PolAkt« vor allem die »Nachbarschaft«. In Ostdeutschland fällt ferner die recht starke »Berufsorientierung« der politisch Aktiven ins Auge. Bei der Typengruppe »PolPass« spiegelt sich – bis auf den Wert »Nachbarschaft« im Westen und eine leicht überdurchschnittliche kirchlich-religiöse Bindung – keine herausragend starke Wertbindung wider, was der inneren Logik dieser Population durchaus entspricht. Der Vergleich von Aussagen der Personen aus dem Kreis der Handlungstypen mit denen der Durchschnittspopulation in bezug auf die »Politisierung« des Freundeskreises erbringt recht eindeutige Hinweise. Politisch aktive Menschen verfügen in deutlich größerer Ausprägung über einen kritischen und ebenfalls politisch tätigen Freundeskreis (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Meinung zu den Aussagen: »Von meinen Freunden übt/üben Kritik an der politischen Situation in der BRD ...« und »Von meinen Freunde ist/sind selbst politisch aktiv ...« im Vergleich der Handlungstypen (Unterstreichung = besondere Abweichung; Angaben in Prozent gerundet.)

meine Freunde ...	Gesamt				West				Ost			
	Nie- mand	Einige	Viele	Fast alle	Nie- mand	Einige	Viele	Fast alle	Nie- mand	Einige	Viele	Fast alle
üben Kritik an der politischen Situation in der BRD	7	37	28	28	7	38	28	27	6	35	30	29
PolAkt	1	24	<u>36</u>	<u>40</u>	1	26	<u>36</u>	<u>38</u>	0	19	35	<u>46</u>
PolPass	13	41	26	20	17	41	22	19	5	41	33	21
PolUnkon	2	30	30	<u>39</u>	2	29	31	<u>38</u>	2	33	26	<u>39</u>
sind selbst pol. aktiv	49	45	5	1	50	44	5	1	48	46	6	1
PolAkt	19	63	15	3	21	62	14	3	14	65	18	3
PolPass	60	35	3	2	60	35	3	2	61	36	3	0
PolUnkon	33	56	8	3	31	58	11	1	41	50	0	2

Quelle: ALLBUS 98, eigene Berechnungen.

»Wenn Männer alles wagen, tun sie's, weil sie auf köstlichen Vorteil hoffen.«
William Shakespeare: Der Kaufmann von Venedig, II/7.

Erklärungsmuster für Möglichkeiten politischen Handelns

Die Untersuchung der Handlungstypen ermöglicht einige Rückschlüsse auf die Personengruppierungen, die sich in einer jeweilig charakteristischen Beziehung zu verschiedenen Handlungsformen befinden. Bestimmte Merkmalsverteilungen zeigen dabei auch den »Hintergrund« für diese Populationen auf. Um mit notwendiger statistischer Sicherheit Aussagen über den Einfluß von verschiedenartigen (makroskopischen) Faktoren auf das Handeln von Menschen treffen zu können, wurde für eine tiefere Untersuchung die Methode der multivariaten Regressionsanalyse zur Anwendung gebracht.

Vom Grundansatz her bildete man dabei verschiedene Modelle und ging der Frage nach, inwieweit die dort zusammengestellten Einflußgrößen solche Merkmale wie »politische Aktivität« (Typ: »PolAkt«) oder »politische Zurückhaltung« (Typ: »PolPass«) erklären können. Die Modellkonstruktionen beruhten auf den theoretisch nachvollziehbaren Annahmen, daß sowohl soziodemografisch-strukturelle Variablen, die Ausstattung mit bestimmten Ressourcen und Werthaltungen als auch themenbezogene politische Einstellungen ins Gewicht fallen könnten (vgl. van Deth 1997: 303 ff.). Eine neuartige Überlegung bestand darin, den Faktor »Freundeskreis« als wichtige Form des sozialen Umfeldes und ferner Elemente des »Medienverhaltens« mit einzubeziehen (vgl. Chrapa 2000a: 13 ff.).

Tabelle 8: Übersicht zur Modellbildung

Modell	Dimension	Indikatoren zur Modellbildung
Modell 1:	Werte	Wertorientierungen (siehe Tabelle 6)
Modell 2:	Strukturfaktoren	Geschlecht, Alter, Familienstand, Wohnortgröße
Modell 3:	Ressourcen	Schulabschluß, Einkommen, Erwerbsstatus, Schichtzugehörigkeit, Dauer von eigener Arbeitslosigkeit
Modell 4:	Politische Einstellungen	Parteiangehörigkeit, Rechts-Links-Verortung, Politisches Interesse, Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD, Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit*, Bewußtsein gegenüber sozialen Problemen**
Modell 5:	Soziales Umfeld: Freunde	Freunde kritisch, Freunde aktiv (siehe Tabelle 7)
Modell 6:	Medien	Medienkonsumverhalten: »Vielleser« (Zeitungen), »Vielseher« (TV), Starke Unterhaltungsorientierung; Interesse an Politik in Medien; Orientierung bei Aufnahme politischer Informationen: Glaubwürdige Info-Quelle: TV, Glaubwürdige Info-Quelle: Zeitungen, Glaubwürdige Info-Quelle: Gespräche.

* Die Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit wurden aus drei Variablen des ALLBUS konstruiert und erfassen vor allem »ordnungsbezogene Gerechtigkeit« (Chrapa 2000b: 82-83).

** Die Größe »Bewußtsein gegenüber sozialen Problemen« wurde ebenfalls aus ALLBUS-Variablen konstruiert. Zur Kategorie »Problembewußtsein« siehe auch Chrapa (2000a: 27-33).

Quelle der verwendeten Indikatoren: ALLBUS 98.

Generell verdeutlichte die Regressionsanalyse, daß nur einige Modelle beziehungsweise Variablen Erklärungsmöglichkeiten (von mittlerer Stärke) verkörpern. Im einzelnen zeigte sich bei der Betrachtung der untersuchten Größen folgendes.

Mit unterschiedlicher Gewichtung sind es in Ost und West im wesentlichen die Faktoren »Politik-Interesse«, »Wertorientierung Politik« und »politisch aktive Freunde«, welche in enger statistischer Wechselwirkung mit der Konstituierung der Gruppe »PolAkt« stehen.

Die Variablen »Alter« und »Bildungsgrad« sowie das Medienverhalten fallen ebenfalls erwähnenswert ins Gewicht.

Bei der Betrachtung des Typs »PolPass« bietet sich – gleichsam spiegelverkehrt – ein ähnliches Bild wie bei der Analyse von Aktivität. (Geringes) »Politikinteresse«, ein »unpolitischer« Freundeskreis, entsprechende Werthaltungen, aber ebenso »Medieneffekte« können als statistisch gesicherte Einflußgrößen gelten.

Aus den Regressionsanalysen lassen sich deshalb mehrere Schlußfolgerungen ableiten:

(A) Die Tatsache, daß »politische Interessiertheit« (auch als Wertorientierung) Erklärungskraft für politisches Handeln aufweist, ist nicht überraschend, sondern in gewisser Hinsicht in die Definition politischer Handlungsformen eingeschlossen. Als auf den ersten Blick verblüffend stellt sich jedoch dar, daß verschiedene Einstellungen, die hochbrisante politische Sachverhalte kennzeichnen (zur Demokratie, zur sozialen Gerechtigkeit) zwar gewisse unterschiedliche Merkmalsverteilungen bei den Handlungstypen bewirken (siehe Tabelle 10 im Anhang), aber kaum statistische Erklärungskraft besitzen. Eine gewisse Ausnahme bildet die Größe »Problembewußtsein«, was dafür spricht, diese Kategorie theoretisch zu fundieren und in weitere Untersuchungen einzubeziehen.

Dieser Sachverhalt soll an einem weiteren Beispiel noch einmal demonstriert werden (vgl. Tabelle 9). Im nachfolgend gezeigten Modell sind verschiedene Einstellungen, darunter solche zur »Veränderung der Gesellschaft« (1), zur »Angst vor Katastrophen« (2), zur »Demokratiebewertung« (6) oder zur »Chancengerechtigkeit« (7) aufgeführt. Diese Aussagen enthalten scharf kritische Bewertungen, aber keine von ihnen korreliert in nennenswerter Weise mit der Variable »Politische Aktivität« (0). Den relativ besten Erklärungsansatz liefern hingegen die Größe »Nutzenskalkulierung« (3) – »würde gern, wenn ich wüßte, daß es nutzt« –, was wiederum für die These vom »Handlungsstau« spricht, und die Variable »Politische Kontakte mit Vertrauen« (5) (»kenne Politiker, denen ich vertraue«).

(B) Entgegen manchen Alltagsvorstellungen wirken sich materielle Notlagen und andere Deprivationen faktisch nicht auf Handlungsmuster aus. Der Faktor »längere Arbeitslosigkeit« spielt lediglich im Zusammenhang mit der Konstituierung des Handlungstyps »PolUnkon« eine Rolle, die jedoch nur beschreibend und nicht erklärend ist. Als gewichtigere soziodemografische beziehungsweise Ressourcenfaktoren fallen am ehesten »Alter« und »Bildungsgrad« ins Gewicht (vgl. van Deth 1997: 312).

(C) Als neu, beziehungsweise als bislang nur vereinzelt aufgegriffen, können Erkenntnisse gelten, die durch die Analyse in bezug auf den »Freundeskreis« als Einflußfaktor und in Hinblick auf Wirkungen des Medienverhaltens gewonnen wurden. Wie sich zeigt, haben beide Größen in verschiedenen Zusammenhängen einen nachweisbaren Effekt auf Handlungsentscheidungen. Im ersten Fall wird Handeln weniger durch das Klima einer Gruppe mit »politisch stark

»Ich tu die Tat und schrei als erster Zeter.«
William Shakespeare:
Richard III., I/3.

kritischen Freunden« befördert, sondern durch eines, in dem »politisch aktive« Menschen miteinander reden. Bei den Medieneinwirkungen gilt ein ähnlicher Mechanismus: Die Nutzung persönliche Gespräche als glaubwürdige politische Informationsquelle fällt mit größerer eigener Handlungswahrscheinlichkeit zusammen.

Tabelle 9: Regressionsanalyse zu einem Modell ausgewählter politischer Einstellungen in Ostdeutschland (Bundesland Sachsen-Anhalt, 1998; Angaben in Prozent, gerundet.)

Aussage:	Entspricht meiner Meinung			Beta	Sig-Niveau
	ganz genau	ganz genau + überwiegend	Eigentlich nicht + überhaupt nicht		
<i>Als abhängige Variable:</i>					
(0) »Entsprechend meinen Möglichkeiten bin ich politisch aktiv «	6	12	61		
<i>Als unabhängige Variablen:</i>					
(1) »Ich glaube, die Gesellschaft muß sich in Zukunft grundlegend ändern«	46	78	7	,016	,000
(2) »Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu«	34	60	16	,013	,694
(3) »Ich würde mich schon engagieren, aber nur dort, wo ich weiß, daß es sich lohnt«	25	42	34	,248	,000
(4) »In der Gesellschaft etwas verändern zu wollen, ist sowieso zwecklos«	11	22	53	-,128	,000
(5) »Ich kenne Politikerinnen/Politiker, denen ich vertraue«	11	22	52	,275	,000
(6) »Es gibt doch eine Menge Möglichkeiten, sich politisch einzubringen und etwas zu verändern«	10	21	49	,068	,033
(7) »In der Gesellschaft regiert das Prinzip der Chancengleichheit, nicht das »Recht des Stärkeren«	5	10	75	-,063	,034
(8) »Ich lebe mein Leben, alles andere ist mir egal«	3	7	77	-,130	,000

Quelle: FOKUS 1998.

Überlegungen zur Aktivierung politischen Handelns

»Das, was wir tun wollen, sollten wir gleich tun; sonst wird dies Sollen uns zum gönnerhaften Seufzer, der schmerzt, wenn wir uns damit erleichtern.«
William Shakespeare:
Hamlet, IV/1.

Im Ganzen betrachtet, liegen in der deutschen Bevölkerung beachtliche Handlungspotenziale vor, die jedoch ambivalenter Natur sind. Handlungs- beziehungsweise Gestaltungswünsche und tatsächliche Aktivitäten befinden sich in einem Widerspruchs- und Spannungsverhältnis (»Handlungsstau«). Angesichts gegenwärtiger und künftig absehbarer sozialer Konflikte, vor allem in Form »gesellschaftlicher Spaltungen«, birgt der benannte Widerspruch auch die Gefahr von gewaltsamen Ausbrüchen in sich (vgl. Neckel 1999).

Politische Partizipation wird in starkem Maße über die Teilnahme an Wahlen realisiert. Relativ leicht zugängliche und weitere Handlungsmöglichkeiten anregende Formen sind ferner »Unterschriften-

sammlungen«, die »Mitarbeit in Parteien« und das Engagement in »Bürgerinitiativen«, wobei letztere Aktivität eine Art Schlüsselstellung einnimmt.

Betrachtet man die Großpopulationen in Ost- und Westdeutschland, so werden neben mehreren Gemeinsamkeiten auch etliche Differenzen erkennbar. Zumindest bis 1998 belegt die Verteilung der »Typen« und der Potentiale eine im Westen im Ganzen größere Aktivität der entsprechenden Bevölkerungsteile, was auch Formen des unkonventionellen und gewaltnahen Handelns einschließt.

Im Osten werden Konflikte zwar stärker wahrgenommen (siehe Tabelle 10 im Anhang), doch schlägt sich das im Ganzen nicht in Handlungsbereitschaft oder Handeln um. Als Folge auf erlebte soziale Ungerechtigkeit, dies belegen Untersuchungen in der Mitte der neunziger Jahre, können sowohl Protest- als auch verbreitete Resignationsreaktionen eintreten (Liebig/Wegener 1999: 270 f.). Ein solches Muster scheint bei einem großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin gegeben zu sein.

Wie bereits angeführt, wird Handeln nicht allein beziehungsweise nicht in erster Linie durch Einstellungen – mögen sie auch noch so kritisch ausgerichtet sein – in Gang gesetzt. Anhand der empirischen Analyse fallen insbesondere die Faktoren »Werte«, »Politisierung des sozialen Nahraums« und »Medieneffekte beziehungsweise –verhalten« handlungsfördernd ins Gewicht. Auf dieser Grundlage ließe sich, gleichsam als Arbeitshypothese, ein Handlungsmodell entwerfen, das die weitere Diskussion anregen soll.

Ein gegebenes Interesse von Einzelakteuren vorausgesetzt, kann – kollektives politisches – Handeln in den verschiedensten Formen vor allem dann in Gang kommen, wenn sich folgende Bedingungen herausbilden:

Erstens: Im sozialen Raum der Öffentlichkeit vorhandene, relativ stabile, also in der vielgestaltig-flüchtigen Medienwelt »überdauernde« Zielstellungen und Deutungsmuster sozialer Probleme in enger Verbindung zu verinnerlichten Wertvorstellungen und Leitbildern. Von besonderer Bedeutung scheint hier die konfrontative »Zuspitzung« von Deutungsmustern im Zusammenhang mit größeren Konflikten und Problemlagen zu sein (vgl. Chrapa 2000a). Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß bestimmte Werte und Medieneffekte in deutlicher Wechselwirkung mit den Merkmalen der Handlungstypen stehen.

Zweitens: Subjektiv konstituierbare Aussicht auf Erfolg des Handelns. Wie positive und negative Erfahrungen der »sozialen Bewegungen« zeigen, können sich unter diesem Aspekt Handlungsansätze herausbilden, die mit Grundthesen der »Rational Choice« Theorie und der Theorie der subjektiven Nutzenerwartung durchaus erklärbar wären (vgl. Dieckmann 1999). Auch die hier erfaßten Daten weisen darauf hin, daß Zusammenhänge zwischen der Bewertung der »Wirksamkeit« von Handlungsformen und der tatsächlich realisierten Aktivität vorliegen (vgl. Tabelle 2 und 3). In diesem Kontext sollte das »Selbstbild« der Akteure als ein weiterer und wahrscheinlich recht bedeutsamer Faktor betrachtet und entsprechend berücksichtigt werden. Gerade wenn sich größere Akteurskonstellationen herausbilden, kann, so wäre zu behaupten, die »Selbstzuschreibung«

von Stärke (oder Schwäche) einen beträchtlichen Einfluß auf Handlungsauslösung haben. Dieser Zusammenhang sollte deshalb Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Drittens: Mikrosoziale Fundierung des Handelns. Dies betrifft, ganz im Sinne *Olson'scher* Forderungen, sowohl das »politische Klima« im Alltag der Akteure als auch die für das Handeln entscheidende »Startphase«, in der durch Interaktionen in (Klein)Gruppen neue Kosten-Nutzen-Kalküle entstehen können. Nicht zuletzt auf Grund gegenwärtig verlaufender Verschiebungen in »Mikromilieus« zeichnet sich auch hier ein interessantes Forschungsfeld ab. Folgt man der von *Ulrich Beck* vertretenen These einer aufkommenden »Subpolitisierung«, dann wären gerade die Netzwerke des Privaten ein künftig entscheidender Handlungsraum (vgl. Beck 2000: 130).

Viertens: Handlungsentstehung als Prozeß. Für alle bereits genannten Faktoren gilt, daß sie nicht bloß starre Rahmenbedingungen verkörpern, sondern konstruktive Akte darstellen, die sich keinesfalls im Selbstlauf, sondern nur unter dem Einfluß bereits gegebener Akteure (mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit) einstellen. Gerade die »Startphase« des Handelns kann nicht anders denn als »dynamisches Modell« verstanden werden.

Mit Blick auf praktisch-politische Ansätze gilt: Hält man die hier skizzierten Faktoren für real, dann sollte im Kreis linker Akteure mit großer Ernsthaftigkeit über notwendige Veränderungen des Politikstils nachgedacht werden. Dies betrifft zunächst die Relativierung beziehungsweise Überwindung von bestimmten Alltagsvorstellungen über politisches Handeln. Dazu zählen unter anderm Annahmen über Automatismen des Handelns bei Zuspitzung von Konflikten, die damit verknüpfte Logik, daß Handeln allein durch »kritische Einstellungen« ausgelöst würde, oder ein Verständnis der Steuerung von Handlungsaktivitäten gleichsam durch eine Strategie »von oben«.

Genauere Überlegungen, darunter auch Tatsachen der hier vorgelegten Analyse, belegen, daß eher das Gegenteil dieser »Alltagstheorien« zutrifft. Handeln wächst »von unten« und gerade die kleinen, privat anmutenden Zusammenhänge und Netzwerke sind es, die für die Aktivierung von Handlungspotenzialen ins Gewicht fallen. Hier könnte eine neuer, strategisch wirksamer Ansatz von verschiedenen Politikformen plaziert werden. Als ein weiteres wichtiges Feld zeichnet sich das Wirken in der medial beeinflussten Öffentlichkeit und der »Kampf um Deutungen« bei den zahlreichen, oft zugespitzten sozialen Problemen ab. Weniger die Problemlage »an sich«, sondern die darüber verinnerlichten Meinungen werden künftig über mögliche Handlungsaktivitäten entscheiden.

In aktuellen politischen Diskussion spielen Fragen der Aktivierung des Individuums im Kontext sozialer Umbrüche oftmals eine zentrale Rolle. *Ulrich Beck* hat beispielsweise in einer seiner jüngsten Arbeiten mit dem provozierenden Titel *Freiheit oder Kapitalismus* die möglichen Typen des »Selbstunternehmers« und des »Sozialunternehmers« als zwei Alternativen entwickelt, für die sehr unterschiedliche Handlungsformen charakteristisch sind, und dies mit denkbaren, darunter höchst bedrohlichen Gesellschaftsszenarien

verknüpft (vgl. Beck 2000). Akteure linker Politik sind deshalb mehr denn je herausgefordert, über politisches Handeln in der Zukunft nachzudenken.

Anhang:

Tabelle 10: Handlungstypen und in Differenzierung nach politischen Einstellungen (Angaben in Prozent)

West	Gesamt	Typen		
		PolAkt	PolPass	PolUnkon
davon:				
<i>im Rechts-Links-Spektrum</i>				
eher links	14,7	28,7	12,9	29,9
eher rechts	14,1	7,6	16,4	11,7
<i>Zufriedenheit mit Demokratie</i>				
eher zufrieden	48,3	47,8	43,9	39,4
eher unzufrieden	11,5	10,8	10,7	10,9
<i>Position zu »sozialen Gerechtigkeit«</i>				
sehr dafür	34,5	49,3	31,3	47,7
wenig dafür	33,4	18,7	33,5	23,5
<i>In Medien an Politik interessiert</i>				
stark	28,1	61,8	18,9	40,1
schwach	28,1	5,1	36,4	19,7
<i>Bewußtsein für soziale Probleme</i>				
stark	44,1	59,0	41,4	54,0
schwach	19,3	10,3	20,4	8,8
Ost	Gesamt		Typen	
davon:		PolAkt	PolPass	PolUnkon
<i>im Rechts-Links-Spektrum</i>				
eher links	20,5	41,5	10,9	29,2
eher rechts	8,3	3,1	7,8	12,5
<i>Zufriedenheit mit Demokratie</i>				
eher zufrieden	20,5	20,0	21,1	14,6
eher unzufrieden	24,0	24,6	17,2	43,8
<i>Position zu »sozialen Gerechtigkeit«</i>				
sehr dafür	64,2	73,4	68,8	71,1
wenig dafür	9,0	6,3	3,6	11,1
<i>In Medien an Politik interessiert</i>				
stark	26,3	60,0	14,8	35,4
schwach	30,7	6,2	47,7	25,0
<i>Bewußtsein für soziale Probleme</i>				
stark	36,3	53,1	27,3	50,0
schwach	11,9	4,7	23,4	16,7

Quelle: ALLBUS 1998, eigene Berechnungen.

Literatur

ALLBUS (1996, 1998): Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Mannheim.
 Balog, Andreas; Gabriel, Manfred (1998): Soziologische Handlungstheorie. Einheit oder Vielfalt, Opladen.
 Beck, Ulrich; Willms, Johannes (2000): Freiheit oder Kapitalismus. Frankfurt/M.
 Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, Frankfurt/M.
 Chrapa, Michael (2000a): Mediennutzung und Problembewusstsein der Bevölkerung in modernisierten Gesellschaften, Reihe: Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 10, Berlin.
 Chrapa, Michael (2000b): Subjektive Gerechtigkeitsvorstellungen und Meinungsbilder in der Bevölkerung, in: Gerechtigkeit – Facetten einer Diskussion, Reihe: Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 7, Berlin, S. 81-84.

- Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar (2001): Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Vorstellungen und Positionen, Berlin/Halle (mimeo).
- Dieckmann, Andreas (1999): Homo ÖKonomicus. Anwendungen und Probleme der Theorie rationalen Handelns im Umweltbereich, in: Straub, J.; Werbik, H. (Hrsg.): Handlungstheorie. Begriff und Erklärung des Handelns im interdisziplinären Diskurs, Frankfurt/M.
- Esser, Hartmut (1999): Soziologie. Soziales Handeln. Frankfurt/M.
- FOKUS (1998): Lebenslagen, Konfliktwahrnehmungen und Demokratiebewertung von Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen-Anhalt. Eine FOKUS-Studie, Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS), Halle.
- FOKUS (1999): »Politische Landschaft« Einstellungen und Meinungen der Anhängerschaften verschiedener Parteien und Organisationen zu ausgewählten Politikkomplexen im Bundesland Sachsen-Anhalt Ende des Jahres 1999. Eine FOKUS-Studie, Forschungsgemeinschaft für Konflikt und Sozialstudien (FOKUS), Halle.
- Gensicke, Thomas (1998): Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands, in: UTOPIE kreativ, Nr. 93 (Juli 1998), S. 34-47.
- Hoffman-Lange, Ursula (1997): Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozess, in: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 211-234.
- Klages, Helmut (1998): Engagement und Engagementpotential in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/98, Bonn, S. 29-38.
- Klein, Ansgar; Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.) (1997): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn.
- Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Leif, Thomas (Hrsg.) (1999): Neue soziale Bewegungen, Opladen.
- Klein, Dieter; Steinitz, Klaus; Dellheim, Judith; Bischoff, Joachim; Weis, Florian; Schneider, Bernd (2000): Reformalternativen – sozial, ökologisch, zivil, Berlin.
- Liebig, Stefan; Wegener Bernd (1999): Protest und Verweigerung – die Folgen sozialer Ungerechtigkeit in Deutschland, in: Schmitt, M.; Montada, L. (Hrsg.): Gerechtigkeitsserleben im wiedervereinigten Deutschland, Opladen, S. 263-298.
- Luhmann, Niklas (1996): Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen, Frankfurt/M.
- Neckel, Sighard (1999): Blanker Neid, blinde Wut? Sozialstruktur und kollektive Gefühle, in: Leviathan, Nr. 2/99, S. 145-165.
- Olson, Mancur (1968): Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen.
- Opp, Karl-Dieter (1999): Methodologie der Sozialwissenschaften, Opladen.
- Straub, Jürgen; Werbik, Hans (Hrsg.) (1999): Handlungstheorie. Begriff und Erklärung des Handelns im interdisziplinären Diskurs, Frankfurt/M.
- Trinkle, Hermann (1997): Veränderungen politischer Partizipation, Frankfurt/M.
- van Deth, Jan (1997): Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier?, in: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 291-320.

MICHAEL CHRAPA Politisches Handeln – Empirische Fakten und theoretische Überlegungen zu Handlungspotenzialen

Manuskripte 15 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2001,
43 S., 4,80 DM

In Umfragen werden immer wieder die Unzufriedenheit mit der praktizierten Demokratie und die Auffassung, grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen seien notwendig, mit hohen Prozentzahlen ausgewiesen. Doch zugleich bleibe der Anteil derjenigen, die selbst aktiv seien, mit Werten um 10 Prozent »sehr gering«. Michael Chrapa versucht auf Basis eigener empirischer Untersuchungen, die Ursachen für diesen »Handlungsstau« zu ergründen sowie Konsequenzen für linke Politik aufzuzeigen.

Zu beziehen bei Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin, Tel.: 030 – 29 78 11 - 27, Fax - 82)
E-Mail: info@rosaluxemburgstiftung.de

CAROLA MÖLLER

Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette

Die Art und Weise, in der heute Waren produziert und Dienstleistungen angeboten werden, hat sich deutlich verändert, spürbar für jede Arbeitskraft. Neue Techniken führen zu neuen Arbeitsabläufen, erfordern neue Qualifikationen, anderes Wissen und Können. Der Ruf nach immer höheren Sofortgewinnen (shareholder-value-Prinzip) hat bereits zu einer enormen Steigerung der Arbeitsintensität geführt. Zwischen Erwerbsarbeit und Privatleben gibt es kaum noch Grenzen. Das Kapital versucht, immer mehr unbezahlte Arbeit für sich zu nutzen (Möller/Peters 1999).

Charakteristisch für dieses neue Produzieren ist der steigende Anteil von nicht-körperlicher Tätigkeit, also von »immaterieller Arbeit«. Der Begriff »immaterielle Arbeit«, über den im folgenden berichtet wird, haben die italienischen Operaisten eingebracht, verstanden als intellektuelle, affektiv-emotionale und techno-wissenschaftliche Arbeit (Negri/Hardt 1997: 14 f.).

Bis in die siebziger Jahre hinein war die manuelle Industriearbeit die bewußtseinsprägende Produktionsweise (Klassenbewußtsein). Man arbeitete in großen Fabriken an Fließbändern, der Facharbeiter hatte ein tariflich gesichertes »Normalarbeitsverhältnis«, das nicht selten ein ganzes Berufsleben dauerte. Für Frauen und ungelernte Arbeitskräfte galt dies allerdings eher nicht. Heute dominiert eine Erwerbsarbeit in diversen Formen von Dienstleistungen im tertiären und quartiären Sektor, mit flexibilisiertem Arbeitseinsatz und deregulierten Arbeitsverträgen, mit international vernetzten Arbeitsgruppen und einer zunehmenden Zahl von kleinen Selbständigen und starker Verlagerung des Gewinn- und Unternehmerrisikos auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Pseudo-Selbständigen. Die Kapitaleseite verändert unter den neuen technischen Möglichkeiten den bisherigen Produktionsprozeß vorrangig in einen wissenschaftlichen Prozeß.

Die sich neu herausbildenden Produktionsverhältnisse korrespondieren noch nicht mit einem neuen klassenbewußten Subjekt auf der Seite der Arbeitskraftverkäufer und -verkäuferinnen. Ob und, wenn ja, in welcher Weise sich hier etwas Neues herausbilden wird, ist noch offen.

Boutang benennt drei Kennzeichen, die den Bruch mit dem bisherigen Wirtschaften markieren: »1. Die Quelle des Reichtums verlagert sich auf konzeptionelle Tätigkeiten. 2. Der hinzugefügte Wert wird vor allem durch Transaktionen aller Art, insbesondere aus den Bereichen Kommunikation und Distribution, erzeugt. 3. Die Hierar-

Carola Möller – Jg. 1929, Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftlerin, Forschungen auf den Gebieten: Frauen, Arbeitsmarkt, Ökonomie, zur Zeit insbesondere bedürfnisorientiertes Wirtschaften. Veröffentlichungen hierzu: Wirtschaften für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, in: Hanna Behrend (Hg.): Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Band 7, Berlin 1998; Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten, in: Das Argument, Heft 4 (226), 1999; Neue Arbeitsformen – neue Widerstandsformen, Mitautorin: Ulla Peters, in: Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten, Hrsg. M. W. Fröse u. a., Frankfurt/M 2001; Solidarische Ökonomie – eine Skizze aus feministischer Sicht, in: Widerspruch, Heft 40, Zürich.

chie der Aktiva kehrt sich um, die bestimmenden sind nunmehr immateriell ...« (Negri u.a. 1998, 13 f.).

Ich habe inzwischen versucht, immaterielle Arbeit genauer zu fassen, (Möller 2000) und zwar in Hinblick auf dominante Tätigkeitsfelder, auf die Art und Weise, wie dort Arbeit organisiert wird, auf die erforderlichen neuen Qualifikationen und auf ihre Auswirkungen sowohl auf die individuelle Lebensführung als auch auf ein kollektives Selbstverständnis. Über die politischen Konsequenzen müssen wir uns im weiteren auseinandersetzen. Immaterielle Arbeit definiere ich – im Kontext der verarbeiteten Literatur – als zielgerichtetes Entwickeln und problemorientiertes Zuschneiden von Informationen, Kommunikation, Medien und Wissen und deren geschicktes alltägliches »handling«.

Sie wird einerseits zunehmend benötigt zur Optimierung der inner- und zwischenbetrieblichen Arbeitsorganisation (Minimierung von Transaktionskosten) und andererseits zur Optimierung des Verkaufsumfeldes. Sie wird in zwei unterschiedlichen Formen produziert: als Informations- und Kommunikationsarbeit zur Vermarktung von Waren und Diensten und als Imagearbeit, mit der ein ideologisch-kulturelles Milieu rund um die Waren und Dienste unter Einbeziehung des Kunden hergestellt wird.

Immaterielle Arbeit dient der Realisierung des Mehrwerts. Sie schafft Wert, wenn »Wert« als gesellschaftliches Verhältnis verstanden wird, und sie schafft Mehrwert besonders, wenn sie als unbezahlte Arbeit in den Verwertungsprozeß eingeht. Das geschieht heute gerade bei der immateriellen Arbeit in verstärktem Maße.

Immaterielle Arbeit bewirkt aber auch eine neue Bewertung unter den kapitalistisch agierenden Unternehmen. Heute wird zum Beispiel bei Fusionen ein Firmenwert nicht mehr vornehmlich nach dem Sachvermögen bewertet, sondern nach der Kreativität der Crew und des Managements, nach der Flexibilität der Angebote und nach dem Image. Auch die Herstellungskosten für Waren spielen eine immer geringere Rolle. Unternehmen verschenken zum Teil Waren (Waren haben immer kürzere Lebensdauer), nur um die Kunden in langfristige Servicebeziehungen einzubinden und die Kosten über die erforderlichen Dienstleistungen dann herein zu holen.

Immaterielle Arbeit ist Dienstleistungsarbeit, aber nicht alle Dienstleistungsarbeit ist immaterielle Arbeit, beziehungsweise ihr Anteil an Dienstleistungen ist unterschiedlich. Eine personenbezogene Dienstleistung (zum Beispiel Altenpflege) hat in ihrem bezahlten Teil nur geringe Anteile von immaterieller Arbeit, während die Produktion einer Werbung eine hauptsächlich immaterielle Tätigkeit ist. Immaterielle Arbeit ist zum Teil direkt eingebunden in die materielle Produktion, zum Beispiel in Steuerungsprozessen. Das Wachstumspotential immaterieller Arbeit jedoch beruht auf der Auslagerbarkeit dieser Tätigkeiten, auf ihrer Ortsungebundenheit. Das wiederum haben die neuen Informations- und Kommunikationstechniken ermöglicht. Es lassen sich also das Management des Verwertungsprozesses und die eigentliche Produktionsarbeit voneinander trennen, was die Profite nicht vermindert, sondern erhöht. Um profitorientiert zu arbeiten, braucht es immer weniger Arbeitskräfte. So hat sich in den Industrieländern in den vergangenen Jahren die Zahl der Beschäftigten

in der Produktion deutlich verringert und wird weiter schrumpfen. *Dostal/Reinberg* vom IAB prognostizieren: Der Anteil der Erwerbstätigen in produktionsorientierten Tätigkeiten an allen Erwerbstätigen in solchen Tätigkeitsgruppen geht zwischen 1995 (30,7 Prozent) und 2010 (24,0 Prozent) um 6,7 Prozent-Punkte zurück. Von diesen Veränderungen sind zirka 2,5 Mio. Erwerbstätige betroffen. Dagegen steigt in der gleichen Zeitspanne der Anteil der Erwerbstätigen in den Bereichen Forschen, Entwickeln, Organisation, Management, Betreuen, Beraten, Lehren, Publizieren u. ä. um 5,2 Prozent-Punkte, nämlich von 26,4 Prozent (1995) auf 31,6 Prozent im Jahr 2010. (IAB-Kurzbericht Nr. 10 vom 27. August 1999)

Die immer noch effektive arbeitsteilige Massenproduktion, Fließbandarbeit und sonstige Tätigkeiten für un- und angelernte Arbeitskräfte werden in osteuropäische Billiglohnländer, in die Entwicklungsländer und Schwellenländer und dort wiederum gerne in die berüchtigten freien Produktionszonen (zum Beispiel die Maquilladoras) mit extrem niedrigen Frauenlöhnen ausgelagert, weil solche kostengünstige Produktion von hiesigen Industriearbeitern und -arbeiterinnen nicht mehr (beziehungsweise noch nicht wieder) zu haben ist. Das Problem fehlender Erwerbsarbeit für un- und angelernte Arbeitskräfte hier bei uns ist in seiner Brisanz noch gar nicht erkannt.

Tätigkeitsfelder

Um die Tätigkeitsfelder entmaterialisierter Arbeit etwas genauer zu bestimmen, greife ich nochmals zurück auf *Robert Reich* (1993), den früheren Arbeitsminister von US-Präsident Clinton. Er unterscheidet Anfang der neunziger Jahre in seinem Buch über »Die neue Weltwirtschaft« meines Erachtens zu recht die wichtigsten Tätigkeitsfelder der Zukunft in:

Routinemäßige Produktionsdienste: »Die Fußsoldaten der Informationswirtschaft sind Horden von Datenbankverarbeitern, die ›in Hinterzimmern‹ an weltweit mit Datenbanken verbundenen Computer-Terminals sitzen, Daten eingeben und sich ausgeben lassen.« (Reich 1993: 195) Der Arbeitsgegenstand der ListenschreiberInnen ist immateriell, ihre Arbeit monoton und das Tempo wiederum von Computern kontrolliert, ähnlich der früheren Fließbandarbeit in der Produktion.

Kundenbezogene Dienste: Die Leistungen werden »von Person zu Person erbracht« (Reich 1993: 197), also im Unterschied zu den Produktionsdiensten nicht weltweit vermarktet. Es sind dies zum Beispiel Verkäuferinnen, Hotelangestellte, Krankenschwestern, Taxifahrer, Makler, Wachpersonal. Der immaterielle Anteil ihrer Arbeit ist relativ gering. Sie brauchen eine gepflegte äußere Erscheinung, Freundlichkeit und müssen es verstehen, wie *Reich* schreibt, »andere in einen Zustand der Zufriedenheit und Entspannung zu versetzen« (Reich 1993: 197), weshalb viele solcher Stellen mit Frauen besetzt sind.

Symbolanalytische Dienste: »Symbolanalytiker lösen, identifizieren und vermitteln Probleme, indem sie Symbole manipulieren.« (Reich 1993: 199) Die Werkzeuge ihrer Manipulationen sind ihr Wissen und ihre Erfahrungen, sind mathematische Algorithmen, juristische Argumente, Finanztricks, wissenschaftliche Regeln, psy-

Zu den neuen Arbeitsweisen:

Gebraucht wird immaterielle Arbeit im Kontext von IT-Wissen und -Können, flexibel in den diversen Netz-Teams.

Die gezielte Vermischung von Erwerbsarbeit und Leben, von Öffentlich und Privat (Entgrenzung) erlaubt es dem Kapital, sich immer mehr unbezahlte Arbeit einzuverleiben.

Die Arbeitenden sind wesentlich stärker als früher vereinzelt. Trotz der geforderten Teamarbeit ist die Konkurrenz untereinander gewachsen.

Es werden weniger Arbeitskräfte benötigt, das heißt die Konkurrenz der Ausgegrenzten verschlechtert die Arbeitsverhältnisse.

Das Millionen-Heer der Arbeitssuchenden hier und aus anderen Ländern verstärkt diese Situation.

Die Zahl der prekären und nicht-existenzsichernden Arbeitsverhältnisse nimmt weiter zu.

Die Gewerkschaften als Interessenvertretung sind deutlich geschwächt; Regelungen über Flächentarifverträge werden von unterschiedlichen Betriebsvereinbarungen abgelöst.

chologische Kenntnisse, Induktions- und Deduktionsgefüge oder sonstige Techniken des Umgangs mit Begriffen und Symbolen (Reich 1993: 199). Rifkin nennt sie auch die »Wissensarbeiter« (Reich 1993: 140). *Reich* zählt einige typische Berufe auf: Forscher, PR-Manager, Anwälte, Baulanderschließer, Ingenieure für Design, Berater für Management, Finanzen und Steuern, Spezialisten für Information, Führungskräfte für betriebliche Entwicklung, strategische Planung, Personalvermittlung und Kostenanalysen, Werbemanager, Journalisten und andere Medienspezialisten, Universitätsprofessoren.

Sicher nicht zufällig wurde hier vom Autor (oder war's der Übersetzer?) jeweils die männliche Form gewählt. *Reich* schätzt, daß 1990 zirka 20 Prozent der amerikanischen Erwerbstätigen Symbolanalytiker waren (Reich 1993: 201). Die Arbeit dieser Berufsgruppen ist im umfassenden Sinne immaterielle Arbeit. Sie wird, wie die Produktionsdienste, weltweit vermarktet, aber nicht zu Niedrigstlöhnen, sondern zu Höchstpreisen. Symbolanalytiker verdienen 1989 mehr als die übrigen vier Fünftel der Bevölkerung zusammen (Reich 1993: 291). Die satten Gewinnmöglichkeiten für Firmen bringen zum Beispiel einen »verschlankten« Baukonzern wie die *Hoch-Tief AG* dazu, kaum noch eigene Bauarbeiter zu haben, sondern seine Aktivitäten auf die Akquisition von Aufträgen (dazu gehören: Landschafterschließung, Herstellung von Vorhabensakzeptanz, Patentankäufe, Subventions- und Kreditbeschaffung, Vertragsgestaltungen) auf das Management und Controlling von Bauleistungen, die Abrechnungen (Generalunternehmer) bis hin zur anschließenden Vermarktung des Objekts zu konzentrieren.

Inzwischen gehen die Neu- und Umstrukturierungen in den Firmen und Verwaltungen weiter – angetrieben von der international agierenden Konkurrenz und dem augenblicklichen Fusionsfieber. Gerade bei den kundenbezogenen Diensten werden meines Erachtens die Grenzen zu den symbolanalytischen Diensten immer fließender. Hier wären detaillierte Untersuchungen notwendig. Ein deutliches Unterscheidungskriterium ist dabei die Bezahlung.

Zum Beispiel die Sachbearbeiterin in einer Bank, die die weniger attraktiven Kunden berät; sie braucht sowohl die soziale Kompetenz zum zielgerichteten Umgang mit Kunden und zur geforderten innerbetrieblichen Teamarbeit, als auch Wissen und Erfahrung im Umgang mit dem weltweiten Informationsnetz, hier des Geldmarktes. Ihr Einkommen ist mittelmäßig, entsprechend dem weniger Gewinn abwerbenden Tätigkeitsfeld. Ihre nicht unberechtigte Angst, Opfer der nächsten Rationalisierung zu werden, ist ständig präsent.

Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit in einem Call-Center an der Schnittstelle zwischen Konsumenten und Unternehmen, ein Tätigkeitsfeld mit hohen Zuwachsraten. Hier wird typische kundenbezogene Arbeit geleistet und gleichzeitig weltweit agiert. Den Kunden in den wenigen vorgegebenen Minuten am Telefon zum Beispiel zu Aufträgen zu animieren, bedeutet emotionale Schwerarbeit. Ohne Empathie gelingt das »Lächeln mit der Stimme« (Herden 1999) nicht. Der Stundenlohn ist in Call Centern mager, die Fluktuation hoch.

Die Anzahl der Personen, die zur Zeit in kundenbezogenen Diensten erwerbstätig sind, ist deutlich höher als die der hochqualifizierten

Symbolanalytiker. Solche gewinnschwachen Tätigkeitsfelder sind allerdings am ehesten von Rationalisierung und Automatisierung bedroht, insbesondere dort, wo es sich nur um Informationsaufbereitung und -weitergabe handelt.

Die neu geforderten Qualifikationen

Routinemäßige Produktionsdienste leistet das Fußvolk der Informations- und Wissensgesellschaft. Die Anforderungen dort gleichen noch am ehesten der arbeitsteiligen Fließbandarbeit: Fleiß, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Disziplin, Leistungsbereitschaft. Statt Muskelkraft braucht die Arbeitskraft heute eine extreme nervliche und psychische Belastbarkeit. Die Arbeitskontrolle und zum Teil auch die Vorgabe des Arbeitstempos hat sich vom Meister auf den Computer verlagert. Jede Arbeitskraft – und dies sind zumeist Frauen – ist einzeln dieser Kontrolle unterworfen.

Außer der Handhabung eines Computers wird kein besonderes Wissen und Können abgefordert, auch keine Teamarbeit. Lange Arbeitszeiten, geringer Lohn, großer Arbeitsdruck, schlechte Arbeitsverträge einerseits und andererseits hohes Erwerbslosensrisiko und wenig Solidarität werden aus den weltweiten, meist kleinen Dienstleistungszentren gemeldet (Vgl. Wichterich 1998, 1999).

Die kundenbezogenen und die symbolanalytischen Dienstleistungen erfordern dagegen vielfältige intellektuelle, affektiv-emotionale und techno-wissenschaftliche Qualifikationen:

Betriebsspezifisches Wissen und Erfahrung im Umgang mit Informationen, was als Eingangsqualifikation bereits vorausgesetzt wird. Um als Beschäftigte oder Selbständige auf aktuellem Stand zu bleiben, erfordert dies permanente Weiterbildung (inzwischen mehrheitlich aus der eigenen Tasche zu bezahlen), denn fachspezifisches Wissen, gerade bei den Informations- und Kommunikations-Techniken, veraltet heute schnell.

Soziale Kompetenz. Diese Qualifikation ist in Verbindung mit den neuen Formen der Arbeitsorganisation ganz wichtig geworden. In den frauenspezifischen Arbeitsfeldern ist sie immer schon gefordert. Männer sind dabei, sie in Managementkursen zu trainieren. Gefordert werden selbständiges und verantwortliches Handeln, Selbstsicherheit, Ausdrucksfähigkeit, Reflexivität gegenüber dem eigenen Handeln und den Prozessen in der Arbeitsgruppe sowie Teamfähigkeit, genauer: ein Kooperationsverständnis, das den Gruppenzielen dient.

Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, sowohl auf horizontaler als auch auf vertikaler Betriebsebene. Hierzu gehört auch ein elaborierter Umgang mit Sprache und Symbolen, insbesondere in Verbindung mit den modernen Medien.

Flexibilität. Mit diesem Wort des Jahres wird unterschiedliches transportiert. Es ist sowohl der zeitlich flexible Arbeitseinsatz gemeint, als auch die Bereitschaft zur örtlichen Mobilität und die Bereitschaft zum Wechsel der Arbeitsinhalte. Gebraucht wird die allseits entgrenzt verfügbare Arbeitskraft. Übrigens bietet eine Zusammenstellung von *Volker Hielscher* aus dem *Wissenschaftszentrum Berlin* vom März 2000 einen guten Überblick über die Entwicklung der Arbeitszeiten und ihre Auswirkungen auf die Lebensführung einschließlich der Auswirkungen auf die Frauen (vgl. Hielscher 2000).

Identifikation mit dem Unternehmensziel. Aus dem früheren »Arbeitnehmer« ist der »Arbeitskraftunternehmer« geworden (Voß 1998: 477 f.). Er muß die Herstellung, den Kundenkontakt und den Verkauf zu seinem eigenen Handeln machen. Das »Lächeln mit der Stimme«, die Ästhetik der Ware zu verkaufen, die Aura der Ware (Mode, Geschmack, life-style etc.) und die dazu gehörende Erlebniswelt zu vermitteln und vorzuleben, erfordert eine Ausstrahlung und Empathie, die man abends am Werkort nicht wieder ablegen kann. Sie soll aber auch nicht abgelegt werden, weil die Kundenarbeit ja in das Alltagsleben einbezogen werden soll. Gelingt dies, erhöht sich die Nachfrage. Es bildet sich die gewünschte Interessengemeinschaft der Produzierenden und Konsumierenden. Der »Prosument« (Toffler) ist immer wieder neu zu schaffen. Früher war dies die Aufgabe der Firmenleitung, heute wird dies von jedem/r Beschäftigten als selbständiges Handeln erwartet.

Für das sich neu herausbildende Berufssegment der Symbolanalytiker bildet sich ein eigener Arbeits- und Lebensstil heraus, der meines Erachtens inzwischen eine bewußtseinsprägende Wirkung weit über diese Berufsgruppe hinaus bekommen hat. Symbolanalytiker sind hochbezahlte Arbeitskräfte, die häufig als nomadisierende Selbständige agieren. Sie brauchen Erfahrungen in ihrem spezialisierten Wissensgebiet, also Fachwissen auf juristischem, ökonomischem, technischem, politischem, psychologischem oder medienpezifischem Gebiet. Affektiv-emotionale Qualifikationen und soziale Kompetenz werden ebenfalls erwartet. WissensarbeiterInnen agieren meist weltweit, alleine oder in immer wieder neu zusammengesetzten Projektgruppen. Der Aufwand für die persönliche Image-Pflege ist hoch und verschlingt einen beachtlichen Teil ihrer Gagen. Die Phasen, in denen Aufträge zu bearbeiten sind, korrespondieren mit extremer zeitlicher und psychischer Belastung, aber auch mit dem positiven Gefühl, als Experte/Expertin gefragt zu sein, die Zeiten der neuen Auftragssuche dagegen nicht selten mit materieller Not und den Ängsten vor Absturz. Die Auswirkungen dieser Arbeitsweise auf die Lebensführung ist vermutlich ebenso kontrastreich, denn wie lange hält beispielsweise eine partnerschaftliche oder freundschaftliche Beziehung diese Wechselbäder aus? Der Lebensstil entspricht dem, was Voß »die situative Lebensführung« genannt hat (Voß 1998: 481 f.).

Die gesellschaftlichen Folgekosten dieses Wirtschaftens, man könnte auch neu-militärisch von »kolateralen Wirtschaftskosten« sprechen, sind horrend. *Nefiodow* (1999: 105) schätzt die Folgekosten des heutigen Wirtschaftens weltweit auf jährlich 20 Billionen US-Dollar bei einem Weltsozialprodukt von 28 Bill. US-Dollar.

Fazit zur immateriellen Arbeit

Immaterielle Arbeit – so meine These – ist die neue Dominante in der Wertschöpfungskette. Ohne sie ist keine Ware mehr zu produzieren und kein Mehrwert zu realisieren. Solche Dienstleistungsarbeit war zwar zum Verkauf der Waren immer schon notwendig. Allerdings ist diese »Zuarbeit« heute einerseits in Umfang und Qualität und in Verbindung mit den neuen Techniken ins Zentrum der Bewertung und der Arbeit einer Firma gerückt und hat andererseits einen

einflußreichen und vor allem für die Bevölkerung einen bewußtseinsbildenden Stellenwert bekommen. Ob die IT-Branche inzwischen schon die Mehrzahl der Arbeitskräfte bindet und wie sie, weltweit gesehen, sich auf die einzelnen Sektoren und Länder verteilt, dazu fehlen uns noch Untersuchungen.

Produkt »Life-style«

Immaterielle Arbeit wird nicht nur zur direkten Vermarktung von Waren und Diensten genutzt, sondern auch zur Schaffung eines ideologisch-kulturellen Milieus rund um das Verkaufen. Gerade diese Milieu-Ökonomie beschreibt *Jeremy Rifkin* in seinem neuesten Buch (2000) ausführlich. Er spricht von »Erlebnis-Ökonomie« und bezeichnet sie als »letzte Stufe des Kapitalismus« (Rifkin 16). Er zeigt an vielen Beispielen, daß »praktisch jede Aktivität außerhalb der Familie zum bezahlten Erlebnis wird« (Rifkin 17). Produktion, Konsum, Arbeit, Lernen und Leben sollen miteinander verschmelzen. Life-style wird produziert und wird zum Haupt-Gebrauchswert einer Ware. Dieser Gebrauchswert wird beim Konsumieren nicht zerstört – darauf weist Lazzarato hin –, sondern im Gegenteil erweitert. Er produziert und reproduziert erst das ideologische und kulturelle Milieu des Konsumierenden.

Ein Beispiel dazu las ich im Kölner Stadtanzeiger vom 17. Januar 2000. Der Verbandschef der deutschen Möbelhersteller kritisierte die Möbelwerbung: »Wir schaffen es nicht, das Wohn-Gefühl in den Köpfen der Menschen so zu verankern, daß sie bereit sind, mehr Geld für ihre Einrichtung auszugeben. ... Wohnen sollte zu einem selbstverständlichen Gespräch werden. Wir müssen ... mit unseren Themen die Herzen der Menschen erreichen.« Hier wird mit immaterieller Arbeit ein gesellschaftliches Verhältnis produziert.

Dazu braucht es im Arbeitsprozeß als wesentliche neue Komponente die beschriebene Fähigkeit, Informationen, Kommunikation, Medien und Wissen erfolgsorientiert zu handhaben. Gebraucht wird die »selbstbestimmt« tätige Person, die in der Lage ist, »ihre eigene Verausgabung wie ihr Verhältnis zu anderen Unternehmungen zu organisieren« (Lazzarato 1998: 49, 53). Vor allem ist sie meines Erachtens erst dann eine gute Arbeitskraft fürs Kapital, wenn sie »selbstbestimmt« das Leben um diese Warenästhetik herum zu ihrem eigenen Leben macht, wenn sie die Firmennormen und Erfolgsvorgaben des jeweiligen Auftraggebers internalisiert hat, wenn sie sich, wie *Rifkin* schreibt, zu einer »multiplen Persönlichkeit« entwickelt hat, die sich in den verschiedenen virtuellen Welten jeweils authentisch bewegt. Damit wird deutlich, daß immaterielle Arbeit viel grundsätzlicher und durchgängiger auf unser ganzes Wesen abzielt. *Rifkin* schreibt: »Realität, so befürchten die Psychologen, wird für die Generation kaum noch etwas anderes sein als ständig wechselnde Handlungsfäden und Unterhaltungsräume. Damit würde sie die in der herkömmlichen Sozialisation tief verankerten Erfahrungen ebenso verlieren wie die Fähigkeit, ihre Aufmerksamkeit über längere Zeiträume zu konzentrieren. Beides aber sind Voraussetzungen dafür, einen kohärenten Bezugsrahmen auszubilden, in dem sich Umwelt verstehen und der Umgang mit ihr erlernen läßt. Andere betrachten diese Entwicklung positiver: als eine Befreiung des

Zu den neuen Produktionsbedingungen:

Immaterielle konsum- und life-style-produzierende Werte haben Priorität.

Großfabriken lösen sich auf, aber das Fabrikssystem (zum Beispiel Arbeitsdruck, Kontrolle) verallgemeinert sich in den Köpfen der Einzelnen; der neue Marktplatz sind die Netze.

Das shareholder-value-Prinzip ist weitgehend der Maßstab für Wirtschaftsentscheidungen.

Der Kunde ist nicht mehr Ziel, sondern Teil des Verkaufsgeschäfts. Erst verkaufen, dann herstellen.

Eigentum ist weniger wichtig als Zugriff auf vernetztes Wissen, Kreativität und Empathie.

Zu den neuen Lebensbedingungen:

Stabile soziale Beziehungen lösen sich auf.

Alle Lebensbereiche werden so weit wie möglich kommerzialisiert.

In virtuellen Räumen entwickeln sich para-soziale Formen der Kommunikation. Lebenslanges Lernen wird zur Norm.

Wissen, Kreativität, Unternehmermentalität, Darstellung von Gefühlen wird erwartet.

Die »multiple Persönlichkeit« (*Rifkin*) wird gebraucht, Chamäleon sein in den verschiedenen Arbeits- und Beziehungsnetzen.

Statt Eigentum werden Lebensstile gekauft (*Rifkin*).

Die Dimension Zeit wird gegenüber dem Raum aufgewertet (*Rifkin*).

menschlichen Bewußtseins, durch welche die Menschen spielerischer, flexibler werden ...« (Rifkin 22), anpassungsfähiger an sich schnell wandelnde Realitäten.

Die neue Situation beinhaltet auch Chancen

Diese Entwicklungen, die neuen Möglichkeiten und Veränderungen, die wir hautnah erleben, sind nicht nur negativ zu sehen. Sie sind ambivalent. Wir sind es, die die Veränderungen mit betreiben und entwickeln. Wir alle hier haben gelernt, in elaborierter Weise mit Informationen, Sprache und Symbolen umzugehen. Wir leben in einem Land, wo Kreativität, innovatives Denken, eigenverantwortliches Handeln, Wissen und Lernen bei denen, die von früh an in diese Richtung motiviert wurden, gefördert werden. Bleibt uns allerdings die Suche danach, wie wir diese Möglichkeiten – und es gibt eine Menge neuer Möglichkeiten – in unserem Interesse nutzen können und wer die Mitstreiterinnen sind. Aber welches sind unsere Interessen?

Es muß doch sehr viel Positives für viele Menschen, auch für diejenigen, die über Alternativen nachdenken, an der heutigen Lebens- und Wirtschaftsweise sein, daß sie wie »nicht veränderbar« da steht. Vielleicht sollten wir uns dieses Positive bei uns und den anderen mehr verdeutlichen und sollten über unsere Vorstellungen vom »guten Leben« sprechen. So kommen wir möglicherweise unseren eigenen Widersprüchen zwischen unserer bis heute entwickelten Identität, unserm heutigen Handeln und Wollen und den Zukunftsplänen eher auf die Spur.

Literatur:

- Baudrillard, Jean: Der symbolische Tausch und der Tod, München 1991
 Boutang, Yann, Moulier.: Vorwort, in: Negri/Lazzarato/Virno: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998
 Elson, Diane: The Value Theory of Labour, in: Value. The Representation of Labour in Capitalism. Atlantic Highlands 1979
 Haug, Wolfgang F.: Zur Kritik der Warenästhetik, in: Kursbuch 20, Frankfurt/M. 1970
 Haug, Wolfgang F.: Nach der Kritik der Warenästhetik, in: Das Argument 220, 1997
 Herden, Ingrid: Lächeln mit der Stimme verschafft Agenten neue Jobs, in Kölner Stadt-Anzeiger vom 29. Dezember 1999
 Hielscher, Volker: Entgrenzung von Arbeit und Leben? Eine Literaturstudie, in: WZB, Paper Nr. FSII00-201, Berlin 2000
 IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (Hg): Forschungsdokumentation, Nürnberg, lfd. Veröffentlichung
 Lazzarato, Maurizio: Immaterielle Arbeit, in: Negri/Lazzarato/Virno 1998
 Möller, Carola: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten, in: Das Argument, Heft 226, 1998
 Möller, Carola/Peters, Ulla: Neue Arbeitsformen – neue Widerstandsformen, in: Fröse/Böttger/Volpp-Teuscher (Hg): Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten, Frankfurt/M. 1999
 Möller, Carola: Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette, in: Das Argument 235, 2000
 Nefiodow, Leo: Der sechste Kondratieff, St. Augustin 1998
 Negri, Antonio: READY-MIX. Vom richtigen Gebrauch der Erinnerung und des Vergessens, Berlin 1998
 Negri, Antonio/Hardt, Michael: Die Arbeit des Dionysos, Berlin 1997
 Negri, Antonio/Lazzarato, Maurizio/Virno, Paolo Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, Berlin 1998
 Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft, NY 1991/Berlin 1993
 Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M./New York 1993
 Ders.: Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt/M./New York 2000
 Voß, Günter G.: Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft, in: MittAB 3, 1998
 Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau, Reinbek 1998
 Dies.: Große allgemeine Verunsicherung, in: Fröse/Böttger(HG) Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten, Frankfurt/M. 1999

ANNELIESE BRAUN

Arbeitsverhältnisse – ihre Trends und Alternativen aus feministischer Sicht

Die Teilnahme an der Erwerbsarbeit erweist sich noch immer für relativ wenige Frauen als eine existenzsichernde berufliche Perspektive. Und dennoch beginnen aktuelle wirtschaftliche Prozesse selbst die noch unbefriedigenden Gleichstellungsergebnisse vieler Frauen zunehmend in Frage zu stellen. Damit droht eine Entwicklung, wonach die Bemühungen der offiziellen Gleichstellungspolitik, wie um Quotierung und um Gleichstellungsgesetze (nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch in der Privatwirtschaft), die Mehrzahl der Frauen nicht mehr erreichen und sich eine Hauptströmung im Denken etabliert, die ausgehend von den Positionen privilegierter Frauen die Gleichstellungsfrage faktisch als gelöst ansieht.¹ Aus den feministischen Auseinandersetzungen über ›Patriarchat-Ost‹ und ›Patriarchat-West‹ Anfang der neunziger Jahre² läßt sich demgegenüber ableiten, daß Erwerbsarbeit eine zwar notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für eine Gleichstellung der Geschlechter darstellt. Soll nicht zugelassen werden, daß Gleichstellungspolitik ihren emanzipatorischen Inhalt vollends verliert, ist gezielter Widerstand nötig. Dieser findet fundierte Angriffspunkte in aktuellen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse.³

Frauen in der »postindustriellen Arbeitsgesellschaft«

Auf dem Arbeitsmarkt ist ein scheinbares Paradoxon zu erkennen. Danach suchen Frauen auch weiterhin dringend nach Erwerbsarbeitsplätzen⁴, während gleichzeitig die heutige Erwerbsarbeit zunehmend unter Kritik gerät, weil ihre aktuellen Tendenzen im wachsenden Maße eine soziale Gleichstellung der Geschlechter sowie die Lebensgrundlagen selbst irreversibel bedrohen. Zu erörtern ist deshalb, worauf sich unter diesen Bedingungen emanzipatorische Frauenpolitik stützen kann. ›Alte‹ feministische Forderungen zu Arbeitsverhältnissen lassen sich in *drei grundlegenden Punkten* zusammenfassen: das »Recht auf Erwerb«, das Recht auf eigenständige Existenzsicherung durch die eigene Arbeit und die Forderung nach Anerkennung der Gesamtarbeit, das heißt, von Familien- und Erwerbsarbeit. Diese Forderungen waren überwiegend ein Beitrag der neuen Frauenbewegung, die auch den Kampf um universelle Menschenrechte voran brachte. Sie sind mit solchen Frauen verbunden wie mit der amerikanischen Feministin *Christine Delphy*, mit *Claudia von Werlhof*, mit *Alice Schwarzer*, in jüngster Zeit mit *Carola Möller* und *Gisela Notz*, um nur einige als stellvertretend für viele zu nennen.

Anneliese Braun – Jg. 1933; Prof. Dr., forscht zu arbeitsmarktpolitischen, sozial- und frauenpolitischen Fragen, beschäftigt sich mit feministischen Positionen und nichtpatriarchalischen Alternativen; zuletzt in *UTOPIE kreativ*: »Zwischen Produktion und Reproduktion des Lebens – marxistische und feministische Ideen vor gemeinsamen Herausforderungen?« (Nr. 109/110; November/Dezember 1999). Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Beratung der bundesweiten Frauenarbeitsgruppe in der PDS (LISA) in Zechliner Hütte im September 2000.

1 Vgl. Fay Weldon: Wir haben den Feind verloren, in: Alice Schwarzer (Hg.): Man wird nicht als Frau geboren, Köln 2000, S. 161-173.

2 Vgl. Frigga Haug in West-östliches Patriarchat, in: Das Argument, Nr. 184 (1990).

3 Arbeitsverhältnisse werden hier gewählt, um zu betonen, daß es dabei jeweils ebenfalls um gesellschaftliche Verhältnisse geht, in denen Arbeit organisiert wird. Sie stellen ein Element sowohl der Produktions- als auch der Reproduktionsverhältnisse dar.

4 Dabei geht es ihnen vor allem um ein existenzsicherndes Einkommen und die Möglichkeit der Vereinbarung von Erwerbs- und Familienarbeit.

5 Vgl. DIW-Wochenbericht, 29/2000, S. 460.

6 Die Teilnahme von Frauen an der Erwerbsarbeit allein sagt vergleichsweise auch noch nicht unbedingt etwas über ihre Möglichkeiten aus, eigenständig die Existenz zu sichern. Im Jahre 1999 sicherten zum Beispiel Frauen aus Westdeutschland zu 31,6 Prozent ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit, in Ostdeutschland 36 Prozent; überwiegend von Angehörigen (vorwiegend der männlichen Partner) unterhalten wurden 40,7 Prozent in Westdeutschland und 20,8 Prozent in Ostdeutschland. Vgl. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Frauen in Deutschland – 10 Jahre nach der Einheit – Daten und Fakten, August 2000, S. 35.

7 Vgl. Gerhard Engelbrech: Folgen der Beschäftigungskrise, in: IAB Werkstattbericht, Nr. 3 (vom 12. März 1999), S. 7 ff.

Um zu analysieren, wie es heute mit dem »Recht auf Erwerb« aussieht, interessiert zunächst die Frage, was sich in der Erwerbsarbeit verändert(e) und wie dies verschiedene Gruppen von Frauen betrifft. Wenn den Statistiken (dem Sozio-ökonomischen Panel) zu glauben ist, waren in Deutschland 1998 fast 70 Prozent aller Frauen erwerbstätig.⁵ Allerdings sind derartige Angaben in mehrfacher Hinsicht zu relativieren. Sie beziehen sich auf die *Anzahl* der erwerbstätigen Frauen, setzen also die geringfügig beschäftigte Packerin im Lebensmitteldiscounter mit einer vollzeitbeschäftigten Managerin bei der Telekom gleich. Gerade bei der Frauenerwerbsarbeit wird die Zahl der beschäftigten Frauen so *überschätzt*, die Zahl der geleisteten *Arbeitsstunden* gäbe ein realeres Bild, ist aber leider nicht verfügbar.

Bezogen auf den *Grad der Frauenerwerbstätigkeit* haben sich auf Grundlage obiger Quelle Ost- und Westdeutschland fast angeglichen: In Ostdeutschland waren danach 1998 68,9 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig (diese Angaben sind allerdings eher zu niedrig, wegen der hier höheren Arbeitszeit und der – noch – relativ geringeren Anteile von Teilzeitarbeit und geringfügigen Beschäftigten). In Westdeutschland waren es 68,4 Prozent (dies ist wiederum vergleichsweise zu hoch geschätzt, vor allem wegen höherer Anteile von Teilzeitarbeit und von geringfügiger Beschäftigung).⁶ Künftige Trends begünstigen auch weiterhin die Erwerbstätigkeit von Frauen im Westen Deutschlands und benachteiligten Frauen im Osten.⁷ Selbst wenn die genannten Relativierungen berücksichtigt werden, haben sich in der Tendenz die konservativen Voraussagen von *Biedenkopf* und anderen für ostdeutsche Frauen leider bestätigt. Zwar ist ihr Wunsch, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, ungebrochen⁸, er wird jedoch nach wie vor nur sehr eingeschränkt zur Wirklichkeit. Infolgedessen sind in Ostdeutschland mehr Frauen als arbeitslos gemeldet oder befinden sich in Fortbildung und Umschulung als in Westdeutschland (23,3 Prozent in Ostdeutschland gegenüber 9,8 Prozent in Westdeutschland). Demgegenüber gehören zur »Stillen Reserve« in Westdeutschland 5,9 Prozent und in Ostdeutschland 1,9 Prozent der Frauen.⁹

Nun stellen Unternehmen aber lieber Bewerber oder Bewerberinnen aus der »Stillen Reserve« als aus der Arbeitslosigkeit ein.¹⁰ Also bestehen auch hier schlechtere Chancen für erwerbslose ostdeutsche Frauen.¹¹ Sie spüren bisher wenig von der weiter steigenden Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften – allerdings nach wie vor hauptsächlich in Teilzeitarbeit – im Westen Deutschlands. Das wiederum bewirkt, daß oft ein Erwerbsarbeitsplatz um jeden Preis akzeptiert¹² und der Blick für neue Abhängigkeiten verstellt wird, die sich in den Erwerbsarbeitsverhältnissen entwickeln und die offen, aber auch verdeckt sich wie Gifte in der Nahrungskette weiter ausbreiten und schließlich irgendwie alle erreichen.

Diese Veränderungen hängen vor allem mit der sich herausbildenden »postindustriellen« Entwicklungsstufe des patriarchalen Kapitalismus zusammen, der alle Lebenstätigkeiten tendenziell total und global vermarktet. Eine der folgenreichsten Veränderungen besteht darin, daß die Erwerbsarbeit sich in den letzten Jahrzehnten *allgemein verbreitet hat* und die *Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ist*

Teil dieses Trends. Noch bis Mitte des 20. Jahrhunderts hatten viele Arbeiter nebenbei einen Rückhalt außerhalb ihrer Erwerbsarbeit. Entweder sie bewirtschafteten daneben selbst – hauptsächlich aber ihre Ehefrau oder Mutter – eine kleine Bauernwirtschaft, einen Nutzgarten oder sie konnten in ihre Familien auf dem Lande zurückkehren und sich dort durchschlagen, bis die Zeiten besser wurden. Heute sind selbst die eigenständigen Einzelhändler am Verschwinden, viele Handwerksberufe sind bereits ausgestorben.

Die Existenzgrundlage der meisten Menschen hängt ausschließlich davon ab, daß sie an der Erwerbsarbeit teilhaben. Das macht sie abhängiger, ihr Leben ist risikoreicher, sie sind erpreßbarer. Andererseits haben sich viele Menschen in der Erwerbsarbeit Ressourcen erworben, wie Bildung, Wissen, aber auch soziale, organisatorische, kommunikatorische Kompetenzen, die sie in die Lage versetzen, anders als bisher arbeiten und leben zu können.

Die heutige allgemeine Erwerbsarbeit ist also eine verhältnismäßig junge Erscheinung. Arbeitsverhältnisse sind historisch geprägt, sind veränderlich und werden sich also auch künftig wandeln. Das begründet die Hoffnung, daß sich auch die heutigen Konflikte und Krisen in der Arbeit als überwindbar herausstellen.

Besonders die *Zunahme der Frauenerwerbsarbeit* hat davon profitiert, daß zunehmend *Bereiche in den Markt einbezogen* wurden und werden, die auch das *Leben außerhalb der Erwerbsarbeit selbst vermarkten*. Das betrifft nicht nur das, was als »Freizeitindustrie« oder als »Erlebnisgesellschaft« beschrieben wird (wie Tourismus, Einkaufen in einer »Erlebniswelt«, Vermarktung des Leistungssports und der individuelle Fitness-Kult). Es betrifft zunehmend auch solche sensiblen Bereiche, wie wissenschaftliche und künstlerische Leistungen, die Medien, die Erziehung der Kinder. Das ist eine durchaus zweischneidige Angelegenheit, denn das, was der Markt auf diesen Gebieten bietet, steht in der Regel im Widerspruch zu dem, was Eltern und Kinder tatsächlich brauchen. Das Leben selbst zur Ware zu machen – wie es mit Patenten auf Pflanzen und Gene bereits erfolgt – bedeutet, es längerfristig zu deformieren und zu zerstören, weil der Warenwert nicht dafür geeignet ist, es als Ganzheit zu reproduzieren.

Die Erwerbstätigen in diesen Bereichen geraten so in einen Konflikt zwischen ihrer materiellen Existenzsicherung (zu der sie heute die Erwerbsarbeit brauchen) und ihrer Existenz als menschliche Wesen und zur Menschlichkeit. Dieser Konflikt schließt ein, daß sich die Erwerbstätigen zum Widerstand gegen die unwiederbringliche Zerstörung von Lebensgrundlagen entschließen oder dazu motiviert werden könnten.

Von dieser Vermarktung des Lebens sind nicht nur die Familienhaushalte betroffen, sondern auch die *staatlichen und gemeinnützigen Dienstleistungen*, wie Gesundheitswesen, Allgemein- und Hochschulbildung, Kunst, Altersvorsorge. Diese wurden aus gutem Grund bisher überwiegend dem Markt entzogen. Auf diesen Gebieten tobt schon seit den letzten Jahrzehnten ein Kampf um die Privatisierung. Die Multis wollen sich auf diese Weise neue Märkte erschließen, auf Kosten des Abbaus von sozialen Leistungen und des Zugangs zu Bildungs-, künstlerischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten für

8 Im Jahre 2000 hielten Frauen im Alter von 18 bis 59 Jahren in den neuen Bundesländern zu 95 Prozent Arbeit (gemeint ist Erwerbsarbeit) für sehr wichtig (79 Prozent) oder wichtig (16 Prozent). Von den Männern waren dies 93 Prozent. Vgl. Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Sozialreport 1+2/2000, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, S. 16.

9 Die »stille Reserve« bezieht Frauen und Männer ein, die derzeit nicht gezielt nach einer Erwerbsarbeit suchen, aber aktiv werden würden, falls sich eine Gelegenheit dazu bietet.

10 Vgl. DIW Wochenbericht, 29/2000, S. 463.

11 Der Grad der Unterbeschäftigung ist bei ostdeutschen Frauen mit Abstand am höchsten. Er betrug 1999 54,8 Prozent; bei ostdeutschen Männern aber »nur« 37,4 Prozent, gefolgt von westdeutschen Frauen mit 23,6 Prozent und westdeutschen Männern mit 16,1 Prozent. Als Unterbeschäftigung wurden berücksichtigt: Arbeitslose, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, stille Reserve, befristete, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitarbeit (soweit diese wegen fehlender Vollzeit Arbeitsplätze ausgeübt wird), negativer Pendler-saldo – in Prozent der lohnabhängigen Erwerbstätigen insgesamt. Nach Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Sozialreport 1+2/2000, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, S. 24.

12 In den neuen Bundesländern haben seit 1990 rund 70 Prozent der Erwerbstätigen Zugeständnisse gemacht, indem sie sich verschlechternde Arbeitsbedingungen akzeptierten, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu ergattern. Vgl. Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Sozialreport 1+2/2000, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, S. 21.

13 Vgl. DIW-Wochenbericht, 30/2000.

14 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 182.

15 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1996, S. 140.

16 Unternehmensberatungen bieten inzwischen Programme für »UnternehmerInnen ihrer selbst« reihenweise an. Theoretische Hilfestellung für die Analyse dieser neuen Erscheinungen bietet ein Rückgriff auf fragmentarisch gebliebene »Herrschafts- und Selbsttechnologien« von Michel Foucault an.

Vgl. Michel Foucault: Die Gouvernementalität, in: U. Bröckling, S. Krasmann, Th. Lemke: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M. 2000, S. 41 ff.

Diese eröffnen Möglichkeiten, über die Bewahrung und Rückeroberung des (Sozial)Staates hinaus weitergehende Handlungs-

alle Bevölkerungsgruppen. Der Kampf findet bisher vorwiegend mit finanziellen Nicht-Argumenten statt. Gegenargumente, wie der Vorschlag des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (Berlin) zu einer solidarischen, auf gleichheitlichen Grundlagen beruhenden Altersvorsorge¹³, werden kaum von der politischen Öffentlichkeit aufgegriffen. Proteste verhalten bisher ungehört, auch deshalb, weil sie keine wirklichen Alternativen zu bieten vermögen.

Die beschriebene *Vermarktung des Lebens selber* hat sehr weitreichende Folgen für die *Art und Weise*, in der die Erwerbsarbeit vor sich geht. Denn wenn (vermögende) Menschen besondere gesundheitliche, Bildungs-, künstlerische Leistungen käuflich erwerben, müssen andere da sein, die diese Entäußerungen ihrer Persönlichkeit verkaufen. *Karl Marx* konnte noch davon ausgehen, daß der Arbeiter lediglich seine Arbeitskraft verkauft, nicht sich selbst und das wiederum hauptsächlich während der Arbeitszeit¹⁴. Heute fordern nicht nur die multinationalen Konzerne, daß die Beschäftigten flexibel reagieren – also alles können sollen, rund um die Uhr verfügbar sein, sich mit ihrer ganzen Person für die Firma einsetzen, sich mit ihr identifizieren etc.

Der *Verkauf der ganzen Person* ist am weitesten fortgeschritten bei den sogenannten *Wissensangestellten* – akademisch ausgebildeten Menschen, die vor allem im Management, in der Forschung, in der Planung und ähnlichem tätig sind. Die Nachfrage nach solchen Angestellten hat sich seit den sechziger Jahren in den USA und auch in Deutschland mehr als verdoppelt. In den USA gehören zu dieser Gruppe bereits rund ein Fünftel aller Beschäftigten; sie kassieren aber vier Fünftel der Gesamtarbeitseinkommen¹⁵.

Mit der tendenziell totalen und globalen Vermarktung verkaufen Erwerbstätige faktisch ihr ganzes Menschsein und werden so zu »UnternehmerInnen« nicht allein ihrer Arbeitskraft, sondern ihrer selbst, die ihr ganzes Leben auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft hin organisieren, weil dieser allein ihnen den Kauf von Lebensmitteln und Dienstleistungen ermöglicht.¹⁶ Kreativität, Empathie, Verantwortungsbewußtsein, lebenslanges Lernen, Innovation, (bedingte) Selbstverwirklichung sind gefragt. Das sind Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche – isoliert betrachtet – auch aus marxistischer Sicht traditionell als Beiträge zu einer emanzipatorischen Entwicklung angesehen wurden und werden. Geraten sie jedoch in den Sog tendenziell totaler Vermarktung, werden sie zu »fiktiven Waren«¹⁷, werden dem Profitstreben unterstellt und geraten dadurch faktisch in das »Reich der Notwendigkeit«, obwohl ihre Potenzen sich doch nur unter freiheitlichen Bedingungen lebensfreundlich und weitgehend entfalten können.¹⁸ »Zugang« zum Markt zu haben oder nicht, entwickelt sich zum Kriterium dafür, welche Menschen beziehungsweise -gruppen in die postindustrielle Gesellschaft integriert sind und welche sich als ausgegrenzte wiederfinden.

Aus der Sicht des »Zugangs« ist die Teilnahme an der Erwerbsarbeit differenziert zu betrachten. Selbst ein beträchtlicher Teil der Erwerbstätigen erhält heute bereits kaum Zugang, wie gering verdienende, wenig qualifizierte, die meisten in Teilzeit arbeitenden. Dazu kommen die Langzeitarbeitslosen, die Mehrzahl der Sozialhilfeempfänger, manche Rentner und viele Frauen im Erwerbsalter.

Die ökonomische Globalisierung verschärft die Zugangsbedingungen, weil hochqualifizierte Arbeitssuchende direkt gegeneinander konkurrieren und für wenig qualifizierte der Wert ihrer Arbeitskraft sinkt.

Die »Unternehmer/innen ihrer selbst« bilden eine neue Profitquelle, bestehend aus hoch qualifizierten kreativen Menschen, die aus scheinbar eigenem Antrieb alle ihre Kräfte anspannen und Innovationen zugunsten von Extraprofit für wenige Kapitaleigentümer in Gang setzen. Mit absolut weiter steigenden Vorleistungen, immer größeren Produktions- und Vertriebsmaßstäben führt das zur Vermarktung weiterer Bereiche der unmittelbaren Reproduktion des Lebens. Nicht nur untere Schichten, auch Künstler, Wissenschaftler usw. werden sich der Vermarktung entziehen müssen, wollen sie ihrer Berufung treu bleiben.

»Unternehmer oder Manager ihres Lebens« treten deutlich mit der ins Gewicht fallenden tendenziell totalen Vermarktung unmittelbarer Reproduktion des Lebens auf die Tagesordnung. Vorher wurden diese Funktionen überwiegend nichtmarktwirtschaftlich ausgeübt – im Rahmen der Familienarbeit (vorwiegend Frauen) und durch staatliche oder gemeinnützige Institutionen. Durch die zunehmende Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens verwandeln sich faktisch Lebenstätigkeiten, die auf dem Markt ge- und verkauft werden, in Pseudomittel zum Leben, wie die eigene Problemlösung in gekauftes Management. Eigentum steht also nicht im Gegensatz zum Zugang, wie Rifkin es darstellt¹⁹, sondern ist eine Bedingung dafür.

Die Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens führt zu janusköpfigen Wirkungen: Einmal erweitert sich der Radius patriarchal kapitalistischen Wirtschaftens, der Erwerbsarbeit und damit des Profits. Zum anderen wird – trotz wachsenden »Selbstmanagements der Arbeitskraftunternehmer« – das Potential von Wachstumsfaktoren dadurch eingeschränkt. Diese Begrenzungen werden in der Tendenz desto größer, je mehr in »fiktive Waren« »investiert« wird. Je mehr Lösungen im Rahmen des Bestehenden gesucht werden, desto gewaltiger wird der Sog des Mahlströms.

Mit der Beschleunigung und Totalisierung der Vermarktung kündigt sich eine bisher nicht gekannte *Spaltung* – zutreffender gesagt: *Polarisierung* – zwischen den lohnabhängig Beschäftigten an. Diese wiederum betrifft Frauen wesentlich stärker als Männer. Bei Männern verhalten sich untere und obere Hierarchieebenen in der Erwerbsarbeit gewissermaßen wie ein ganz unten etwas entästeter kegelförmiger Baum, bei Frauen wie ein bauchiges Gefäß mit einer ganz dünnen Spitze. Eine Frau, die rund um die Uhr für die Firma verfügbar sein soll, kann das nur, wenn sie auf die Familienarbeit verzichtet oder diese auf andere Familienangehörige ablädt, die entsprechenden Dienste kauft, das heißt, dafür in der Regel andere Frauen beschäftigt. So setzt sich immer mehr eine *tiefe Differenzierung zwischen den erwerbstätigen Frauen* durch: auf der einen Seite die vergleichsweise wenigen hochqualifizierten, gut verdienenden, die sich faktisch wie Männer an der Erwerbsarbeit beteiligen. Auf der anderen Seite befindet sich die Mehrzahl der Frauen, qualifizierte und weniger qualifizierte, in Voll- und in Teilzeit beschäftigte,

spielräume zu erkämpfen, wie unter anderem von Ulrich Bröckling (vgl. Bröckling, Krasmann, Lemke 2000: 131 ff.) anhand von Ambivalenzen im Management der eigenen Person, wie Persönlichkeitscoaching und Selbstmanagement und von Niklas Rose (vgl. Bröckling, Krasmann, Lemke 2000: 72 ff.) mit der Hoffnung auf Communities als Mittel und Ziel neuen Regierens nachgewiesen wurde.

17 Als »fiktive Waren« werden hier bezeichnet: die Arbeitskraft, darunter die Verausgabung von »allgemeiner Arbeit« im Marxschen Sinne, und die Naturressourcen. Es handelt sich um Elemente der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, deren Reproduktionserfordernisse durch den Warenwert nicht adäquat ausgedrückt werden können.

18 Der »Nicht-Zugang« oder der nur partielle bedeutet jedoch, daß ebenfalls Existenzprobleme – anderer Art – für die Ausgegrenzten auftreten. Daß beide Entwicklungsrichtungen scheitern, verdeutlicht, wie existentiell das Suchen nach nichtpatriarchalen nichtkapitalistischen Alternativen geworden ist.

19 Die »Zugangsgesellschaft« (access-society) wird schon seit 1987 diskutiert. Neuerdings wieder bei Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt/New York 2000, S. 9-15.

Alleinerziehende und Ehefrauen, Mütter und Nicht-Mütter, die sich auf den unteren Hierarchieebenen sammeln. Dazu gehören auch diejenigen qualifizierten Frauen, die Kinder und Erwerbsarbeit weiter miteinander verbinden wollen, deren Arbeitseinkommen aus einer Teilzeitarbeit aber nicht ausreicht, um eine andere Frau für die Familienarbeit zu bezahlen.

Mit der tendenziellen Etablierung des Lebens selbst als Ware wird vom bürgerlichen Gleichheitsgrundsatz abgerückt. Damit bilden sich faktisch zunehmend Klassifizierungen heraus, die – wie in der Vorgeschichte des deutschen Faschismus – schließlich auch die Ausmerzung bestimmter Menschengruppen als gesellschaftlich gerecht erscheinen lassen könnten, wie die Entwicklung vom »Opfer« zum »Kriminalitätsrisiko«, von der individuellen Gesundheitsfürsorge zur Kontrolle genetischer Risiken, die Neudefinition des Krankheitsbegriffs im Sinne von Risiken als Krankheit. Letztlich tritt »an die Stelle der Visionen sozialen Fortschritts ... ein therapeutisches Regime der Selbstoptimierung«²⁰.

Die *frauentypische Art einer generellen Polarisierung* in der »postindustriellen« Gesellschaft wird von der Frauenpolitik noch kaum als Problem thematisiert, obwohl Differenzierungen anderer Art breit diskutiert werden, wie zwischen europäischen und afrikanischen Frauen, zwischen hetero- und homosexuellen, zwischen Mittelschichtsangehörigen und Frauen aus Arbeiterkreisen. In der Diskussion um die »Zukunft der Arbeit« wurden Haushaltsdienstleistungen sogar überschwenglich als Weg zu mehr Frauenerwerbsarbeit gefeiert, der aber – so wie er ursprünglich gedacht war – scheiterte.²¹ Nun könnte eingewendet werden, daß Dienstbotinnenarbeit nicht neu ist, und es sei auf das vorige Jahrhundert und die erste Hälfte dieses Jahrhunderts verwiesen. Damals vollzog sie sich jedoch im fast durchgehend dominierenden *Modell des Familienernährers* als Unterstützung der Hausfrau und unter ihrer Leitung.

Neu ist, daß es sich *bei beiden Polen um Erwerbsarbeit leistende Frauen* handelt, von denen die Mehrzahl nach wie vor Familien- und Erwerbsarbeit gleichzeitig verausgibt, darunter (bezahlte) Familienarbeit für andere Frauen und sich die Minderheit auf Kosten anderer Frauen frei macht von Familienarbeit. Sie entledigt sich damit auch eines Teils patriarchaler Fesseln, tauscht aber dafür den faktischen Verkauf ihrer Person, das heißt, ebenfalls eine (post)moderne Form der Sklaverei ein, die sich jedoch von der der anderen Frauen unterscheidet. Verschwinden patriarchale Verhältnisse im Zuge der tendenziell totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten? Können Frauen, sofern sie patriarchal abhängig sind, überhaupt zu »Unternehmerinnen ihres eigenen Lebens, darunter ihrer Arbeitskraft« werden? In der Tendenz zur totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten liegt zweifellos die Vermarktung auch der Reproduktionsarbeit. Wegen der Widersprüche zu den Reproduktionserfordernissen wird sich zeigen, daß die Vermarktungstendenz hier an Grenzen stößt. Das Patriarchat bleibt, aber es ändert seine Formen. Ähnlich wie der »Zugang« nicht für alle möglich ist, heften sich die patriarchalen Verhältnisse an bestimmte Frauen (wohl die Mehrzahl), während sich die Frauen, die den »Zugang« erreichen, sich ihrer weitgehend entledigen. Wie der »Zugang« die Gesellschaft segmentiert, so seg-

20 Thomas Lemke in: U. Bröckling, S. Krasmann, Th. Lemke: *Gouvernementalität der Gegenwart...*, a. a. O., S. 244.

21 Franziska Wiethold: *Hoffnungsträger Dienstleistungssektor. Über Nie.drigentgelte zu mehr Arbeitsplätzen?*, in: WSI-Mitteilungen, 1/1998, S. 26 ff; Susanne Bittner, Claudia Weinkopf: *Dienstleistungspools am Scheideweg*, in: WSI-Mitteilungen, 4/2000, S. 256 ff.

mentiert er die Frauen hinsichtlich der Wirkungsweise patriarchaler Verhältnisse.

Folgende Hypothese liegt nahe: Es deutet sich ein zwar fragmentiertes, aber auch machtgerieres Patriarchat an, das partiell mit der Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens verschmilzt und dadurch besonders entmündigend wirkt, bei zunehmender Polarisierung unter den Frauen. Für alle erwerbstätigen Frauen tritt zusätzlich zur patriarchalen eine quasi-persönliche Abhängigkeit, wobei sich quasi-persönliche Abhängigkeiten auch zwischen Frauen aus unterschiedlichen Schichten entwickeln. Von einem fragmentierten Patriarchat zu sprechen, ist nicht nur wegen partieller Auflösungstendenzen begründet, sondern tendenziell totale Vermarktung substituiert teilweise den Einfluß patriarchaler Zwänge. So zum Beispiel, wenn hochqualifizierte, gut verdienende Frauen die Reproduktionsarbeit überwiegend von anderen Frauen verrichten lassen, während weniger verdienende Frauen nach wie vor diese Arbeiten selbst und noch zusätzliche verrichten müssen.

Diese hier bewußt zugespitzte, aber sich tatsächlich bereits ausprägende Polarisierung wirft frauenpolitisch einige brisante Fragen auf. Einmal die Frage nach der *Rolle der Erwerbsarbeit für die Gleichstellung der Geschlechter*. Nach früheren Vorstellungen, die auch weitgehend in staatssozialistischen Ländern wie in der DDR praktiziert wurden, sollte die Erwerbsarbeit Frauen die Gleichberechtigung mit dem Mann bringen (wie bei *Friedrich Engels, Clara Zetkin, Lilly Braun, Simone de Beauvoir*).

Die beschriebenen Trends erfordern es, die Rolle der Erwerbsarbeit für die Gleichstellung der Geschlechter zu überdenken. *Erwerbsarbeit* ist als gesellschaftliche Beziehung, als Norm und Wertvorstellung unter den derzeitigen Konstellationen im Begriff, *sowohl* diejenigen auf (post)moderne Art in unterschiedlicher Weise *in ihrer ganzen Person zu versklaven*, die anscheinend durch ihre *Integration in ein Erwerbsarbeitsverhältnis* von ihr profitieren *als auch* diejenigen, die wenig, ungünstig oder *nicht in Erwerbsarbeit integriert* sind. Dazu kommt die *faktische Mittäterschaft* aller Erwerbstätigen an der unwiederbringlichen Zerstörung von Lebensgrundlagen. Unter deformierten und/oder zerstörten Lebensgrundlagen macht aber ein Kampf um Gleichstellung keinen Sinn mehr. Deshalb muß die *heutige Erwerbsarbeit aufgehoben werden*, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Das bedeutet, *alle Arbeit* (sowohl die Erwerbs- als auch die Familien- und andere Arbeit) *umzuorientieren auf die Erhaltung von Lebensgrundlagen, auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit*, an der jede/r sich beteiligt. Damit würden sowohl Klassen- als auch soziale Geschlechterverhältnisse verändert. Das geht nicht durch einen plötzlichen Bruch, sondern muß allmählich durch Veränderungen im gegenwärtigen Rahmen vorbereitet werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist allerdings, *Klassen- und patriarchale Verhältnisse zusammenzudenken*. Es bleibt eine Herausforderung für Feministinnen, dieses Zusammenwirken von patriarchalen und Klassenverhältnissen in ihre Überlegungen aufzunehmen und die aktuellen Veränderungen im Patriarchat zu analysieren. »Arbeit« als gesellschaftliches Verhältnis entstand historisch als

gleichzeitige Disziplinierung durch Klassenverhältnisse *und* durch das Patriarchat. Ursprünglich bildete sich das Patriarchat heraus, weil die Erfahrungen mit Nachdruck ergaben, daß die Reproduktion der Gattung Mensch nicht gesichert werden konnte, wenn Frauen und/ oder Kinder als Tribute oder als Waren gehandelt wurden. Heutzutage kann das Patriarchat seine ursprüngliche Funktion immer weniger erfüllen. Es beginnt mit den Kapitalverhältnissen zu verschmelzen, wie es sich am Beispiel der Reproduktionstechnologien und der in Vorbereitung befindlichen Produktion von menschlichen Organen zeigt.

Frauenpolitik am Scheideweg

Auf Emanzipation gerichtete Frauenpolitik scheint derzeit auch bei den Arbeitsverhältnissen weit in die Defensive gedrängt. Die gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse wirken schon tief in die Frauenbewegung hinein. Es fehlt ein gemeinsamer Nenner für die vielfältigen ökologischen, sozialen und weiteren Aktivitäten, auch weil sich die Gruppen gegenseitig auskonkurrieren und weil Berührungspunkte bestehen, die einen gemeinsamen (pluralistisch entwickelten) Nenner mit zentralistischen Vorgaben verwechseln. Wie in der politischen Landschaft generell sind nicht wenige frauenpolitisch Engagierte von jenem Denken befangen, wonach es zur Marktwirtschaft keine Alternative gibt. Marktgerechtes Verhalten gilt weit verbreitet bekanntlich als erstrebenswert, manche Frauenzentren orientieren sich daran, den Selbstwert und den Marktwert der Frauen zu erhöhen, Gegenmeinungen werden als altmodisch und exotisch bewertet oder erst gar nicht zur Kenntnis genommen.²²

Unter diesen Vorzeichen droht Frauenpolitik ihren gleichstellungspolitischen Biß zu verlieren, droht sogar lediglich Marktbedürfnisse zu befriedigen und dafür auch alte feministische Forderungen zu instrumentalisieren. Ein Beispiel dafür sind nicht nur die Regelungen für die geringfügige Beschäftigung, auch die Quotierung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die im Osten faktisch wirkungslos ist, da sie Frauen sowieso kaum bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bringt.

Jedoch ist das Bedürfnis nach emanzipatorischer Politik und dabei die Notwendigkeit, diese den veränderten und sich weiter verändernden Bedingungen entsprechend zu gestalten, praktisch größer denn je. So kommt zum Beispiel mit weiter zunehmender Teilzeitarbeit und den schon genannten Polarisierungstendenzen einer Anerkennung des *Rechts auf eigenständige Existenzsicherung* für Frauen immer größere Bedeutung zu. Nach offiziellen Daten der Statistik verfügten 1996 in Westdeutschland von den in Vollzeit beschäftigten Frauen rund 28 Prozent über kein existenzsicherndes Einkommen, von den in Teilzeit arbeitenden fast 80 Prozent! Bei den westdeutschen Männern waren es jedoch nur zehn Prozent.²³ Das allein spricht schon für sich. Die Angaben für Ostdeutschland waren bisher nicht vergleichsfähig.

Carola Möller kritisiert diese offiziellen Angaben, denn sie schätzen die Situation. Sie geht davon aus, daß ein existenzsicherndes Einkommen über der Armutsgrenze liegen muß. Auf Basis von westdeutschen Daten errechnete sie für 1996 ein notwendiges Einkommen

22 Dies ist natürlich ein generelles gesellschaftliches Problem. So dominieren auch in der Ökologiebewegung derzeit die Marktbefürworter (vgl. von Weizsäcker und andere). Diese nehmen offensichtlich nicht zur Kenntnis, was die Marktdominanz schon an Tatsachen geschaffen hat. Als Beispiel: Genfood und Gifte in der Nahrungskette. Hier fragen sich Wissenschaftler bereits: ›Wird diese Nahrung bewirken, daß Menschen mit größeren Mägen und kleineren Gehirnen die besten Anpassungs- und damit Überlebenschancen haben?‹

23 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1997, S. 111. Das Jahr 1996 wurde als Bezugsbasis gewählt, um vergleichen zu können.

von mindestens 1800 Mark je Monat und Frau. Nach ihren Berechnungen verfügten 77 Prozent (!) der Frauen im Alter von mehr als fünfzehn Jahren entweder über kein Einkommen oder über kein existenzsicherndes.²⁴ Wenn sich neoliberale Vorstellungen der Unternehmen und auch der Regierung, wie bei der »Reform« der Altersrenten durchsetzen, wird sich die Lage noch verschlechtern. Den ungünstigsten Fall zeigt ein Beispiel des Vergleichs mit den USA – deren Niveau unter anderem die Unternehmerverbände anstreben –, wonach eine Verkäuferin in Deutschland bei einer Lohnstruktur wie in den USA anstelle von zweitausend Mark nur 950 Mark erhalten würde.²⁵

Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen des Bestehenden haben sich hierbei bisher eher als zeitweilige Notlösungen erwiesen, obwohl sie noch immer von nicht wenigen sozial denkenden Menschen aus linken Zusammenhängen verfochten werden. Auch eine Reihe von Feministinnen, so *Luise Gubitzer*²⁶ lassen sich davon leiten, daß ein Recht auf Arbeit nicht mehr realisierbar sei und erst recht keines auf ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen. *Gubitzer* greift deshalb den Vorschlag von *André Gorz*²⁷ auf, ein allgemeines, bedingungslos garantiertes Grundeinkommen einzuführen. Dafür will sie die Frauenpolitik neu motivieren. Selbst wenn das politisch realisierbar wäre – wonach es derzeit nicht aussieht –, besitzt dieses Konzept deutliche gleichstellungspolitische Defizite. Die Bezieher von Grundeinkommen wären von vornherein von der Arbeit anderer abhängig und könnten deshalb nicht als Gleiche in der Gesellschaft agieren. Daß dann von ihnen Alternativen entwickelt werden, können sich nur akademische Zirkel vorstellen, die über die Ressourcen Wissen und Kommunikationsfähigkeit verfügen, was für die Mehrzahl der Menschen, die aus existenzsichernder Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind, bedeutend weniger zutrifft. Ein Grundeinkommen müßte mehr sein als Hilfe zum Überleben – dafür gibt es die Sozialhilfe. Es müßte die Würde der Menschen erhalten und deshalb auf gleichheitlichen Bedingungen beruhen, die allen die Möglichkeit geben, Lebensnotwendiges selbst durch eigene Tätigkeit (nicht durch Einsatz von Vermögen) zu schaffen. Das bedeutet tatsächlich eine Umwertung derzeitiger Werte und bedingt auch eine andere Anerkennung sowohl von Familienarbeit als auch von heute unterbewerteter Frauenerwerbsarbeit, wie in der Pflege. Ein physisches Überleben allein zu sichern, ist dabei Grundvoraussetzung, reicht aber nicht aus, um Perspektiven zu geben, um zum zivilgesellschaftlichen Handeln zugunsten von universellen Menschenrechten zu motivieren. Einen Weg dorthin zu eröffnen, könnte sowohl die Vorstellungen eines bedingungslos garantierten Grundeinkommens als auch die einer sozialen Grundsicherung beinhalten, um das Problem einer *Umbeurteilung und Umverteilung der Gesamtarbeit auf alle* zu erweitern. Angemessen wäre ein Recht auf gleiche Teilnahme an den notwendigen Lebenstätigkeiten, wozu alles gehört, was zur Erhaltung von Lebensgrundlagen und Leben erforderlich ist, unabhängig davon, ob es heute als Erwerbs- oder Familienarbeit oder als Hobby organisiert ist. Eine solche Forderung wäre geeignet, gegenwärtige Probleme auf eine Weise zu lösen, die Spielräume für nichtpatriarchale, nichtmarktwirtschaftliche Alternativen eröffnet.

24 Carola Möller: Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie, Vortrag im »Frauenforum Ökonomie & Arbeit«, Köln 1996.

25 Gerhard Bosch: Niedriglöhne oder Innovation, in: WSI-Mitteilungen, 12/1999, S. 862.

26 Luise Gubitzer, Peter Heintel: Koppeln und Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen, in: Erich Kitzmüller, Ina Paul-Horn (Hg.), Alternative Ökonomie, Wien 1998, S. 37-42.

27 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000.

Das könnte auch der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung und sozial gerechte Umverteilung von Arbeit neue Impulse verleihen und Handlungsspielräume dafür schaffen. Diese scheitern derzeit vor allem daran, daß sie Verteilungsspielräume nur *im Rahmen der derzeitigen Bedingungen* suchen. Eine beginnende Umorientierung auf Erhaltung von Lebensgrundlagen könnte *neue Spielräume* erschließen. Hierbei handelt es sich um notwendige und wichtige Ergänzungen zum Kampf um eine Umverteilung von oben nach unten. Denn Umverteilungspotenzen erschöpfen sich durch die ökologischen und sozialen Schäden im Zuge ungebremsten profitorientierten wirtschaftlichen Wachstums immer mehr. Der (im Geldausdruck noch wachsende) Warenreichtum täuscht über den *Substanzverzehr* hinweg, der offen und verdeckt bereits abläuft (unter anderem Wald, Boden, Infrastruktur, die Zunahme von »Zivilisationskrankheiten« betreffend).

Deshalb ist ein *politischer Spagat* notwendig: Die alten Spielräume nutzen und zugleich neue vorbereiten, damit überhaupt Handlungsfelder verbleiben und erweitert werden, denn wenn weiter wie bisher nur im Rahmen des Bestehenden Veränderungen gesucht werden, verringern sich die Möglichkeiten dazu immer mehr. Ein Problem auch in der Frauenpolitik besteht darin, daß sie diesen Spagat (noch?) nicht als Aufgabe annimmt.

Angemessene Auswege oder Alternativen

Feministische Konzepte beziehen sich noch immer vorwiegend auf Lösungsvorschläge für Frauen(gruppen), kaum auf solche für die ganze Gesellschaft. Die Mehrzahl frauenpolitischer Arbeitsmarktaktivitäten ist darauf gerichtet, frauentypische Probleme und Erfordernisse in jeweils umfassendere Konzepte einzubringen. Wenn gefragt wird, auf welche Entwicklung des Arbeitsmarktes sie wie reagieren, lassen sich diese vereinfachend zu vier Wegen zusammenführen:

Erstens: Alle bisher unbezahlte Arbeit soll in bezahlte und damit in Erwerbsarbeit verwandelt werden. Dies entspricht, ob es den jeweiligen Initiatorinnen bewußt ist oder nicht, einer Übertragung der derzeit dominierenden Tendenz zur totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten auf die Arbeitsverhältnisse.

Zweitens: Kombinationsvarianten, die Erwerbsarbeit, Bürgerarbeit (gemeinnützig orientiert) und ehrenamtliche Arbeit miteinander verknüpfen und dadurch die Kritik an mangelnden Erwerbsarbeitsplätzen abschwächen wollen – denn auch außerhalb von Erwerbstätigkeit werde gearbeitet. Am bekanntesten wurde diese Version durch die Bayrisch-Sächsische Zukunftskommission.

Drittens: »Ersatzarbeitsmärkte«, die überwiegend in ihnen tätige Personen de facto auf Dauer abwerten und diskriminieren, wie die meisten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wenigstens in Ostdeutschland. Sie sind Ausdruck der sich vollziehenden Polarisierung unter den Erwerbstätigen selbst.

Viertens: Alternative Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelt. Diese unterscheiden sich wiederum nach solchen, die mehr oder weniger bereits heute ihren eigenen Interessen leben (wie die ökologische Kommune Reinighof) und jenen, die nach Perspektiven suchen,

um stärker in die Gesellschaft hineinzuwirken (wie zum Beispiel die Kommune Niederkaufungen, Selbstversorgungsprojekte, Frauenprojekte, Ökofeministinnen, gemeinwesenorientiertes Wirtschaften).

Erstrebenswert wäre eine umfassende Kombination von alternativen Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelt mit feministischen sozialen und ökologischen Anliegen und deren Umorientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit unter pluralistischen Vorzeichen.

In Richtung einer *Verwandlung aller Arbeit in Erwerbsarbeit* geht die Forderung nach Entlohnung von Hausarbeit, ebenfalls die nach Entgelt für ehrenamtliche Arbeit, wie sie unter anderem Frauen in der katholischen Kirche erheben.²⁸ Auch die Auflistung ungetaner, aber notwendiger Arbeiten auf ökologischem Gebiet, in der Infrastruktur, Stadtentwicklung usw. zielt in der Regel noch darauf ab, bisher ungetane Arbeit in Erwerbsarbeit zu verwandeln (vgl. unter anderem das Beschäftigungsprogramm der EU).²⁹ Ähnlich gelagert ist der vielbeschworene »Dritte Sektor«, in dem heute hauptsächlich die Perspektiven für Erwerbslose gesehen werden, das heißt faktisch in Jedermann- und Jedefrau-Arbeiten in sozialen, ökologischen und ähnlichen Bereichen.³⁰

Auf den ersten Blick scheint die Forderung nach Verwandlung aller Arbeit in Erwerbsarbeit gerecht und sozial orientiert zu sein. Dennoch greift sie lediglich an Augenblicksinteressen an und ist angesichts der lebenszerstörenden Folgen einer faktischen Verwandlung aller Lebenstätigkeiten in Erwerbsarbeit längerfristig ohne Perspektive. Wer aber will in einer Gesellschaft, in der für die Mehrzahl der Bevölkerung die Erwerbsarbeit (noch) Existenzgrundlagen, Ansehen und gesellschaftliche Position, Lebensinhalt usw. bestimmt, diese Orientierung in Frage stellen? Diejenigen, die dies tun, würden doch verdächtigt, die Notwendigkeit der Arbeit für die Existenzsicherung zu unterschätzen oder sie würden nicht ernst genommen. Jede/r scheut (noch?) einen Tabubruch in dieser Frage. Wenn Versuche gemacht werden, dann überwiegend in konservativer Richtung (Bürgerarbeit), wobei sogar einige Linke, wie *Adam Schaff*, deren Positionen übernehmen.³¹

Jedoch ist ein Tabubruch – und zwar aus emanzipatorischer Sicht – nicht zu umgehen, wenn der Weg in eine (post)moderne Sklaverei versperrt werden soll. Eine Erwerbsarbeit *um jeden Preis* muß gestoppt werden, sowohl durch lebenserhaltende Veränderungen innerhalb der Erwerbsarbeit selbst als auch durch Existenzsicherung außerhalb von Erwerbsarbeit (wie in Kommunen, informeller regionaler Wirtschaft). Dazu sind derzeit wohl die meisten Erwerbstätigen nicht bereit.

Zugleich ist aber ausgerechnet worden, daß mit 15 bis 25 Prozent des derzeitigen Arbeitskräftepotentials alle zum Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen herstellbar wären.³² Eine Umorientierung und Neuverteilung der (Gesamt)Arbeit bedeutete deshalb keinen Verzicht auf Lebensqualität. Es geht nicht um ein bloßes Verzicht, sondern um ein *anderes* Wirtschaften und Leben. Daraus folgt aber auch, daß Arbeitsmarktprobleme heute nicht mehr aus sich selbst heraus lösbar sind, sondern nur in Verbindung mit dem Erarbeiten und dem Sichtbarmachen von gesellschaftlichen Alternativen

28 Vgl. Mechthild Hartmann-Schäfers: Das Ehrenamt: Mutter Kirche und ihre dienstbaren Töchter? in: U. Klammer, S. Plonz (Hg.): Menschenrechte auch für Frauen!?, Berlin 1999, S. 147-161

29 Vgl. Thomas Rhein: Rolle der Europäischen Union in der Beschäftigungspolitik, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 13 (vom 23. September 1999).

30 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, a. a. O.; Ute Klammer, Christina Klenner: Aufbruch in die Zivilgesellschaft – Frauen voraus? Hoffnungen und Defizite eines männlich geprägten Diskurses, in: U. Klammer, S. Plonz (Hg.): Menschenrechte auch für Frauen!?, a.a.O. S. 83-112.

31 Vgl. Adam Schaff: Ökumenischer Humanismus, Salzburg 1992.

32 Vgl. Karl Georg Zinn: Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege, Hamburg 1997.

und der allmählichen Veränderung der öffentlichen Meinung. Das bedeutet, gegen den Strom zu schwimmen.

Unter *Kombinationsvarianten* werden hier Konzepte zusammengefaßt, die eine Art von »Arbeitsgesellschaft« wiederherstellen wollen, indem sie im gesellschaftlichen Ansehen jede Arbeit, ob bezahlt oder unbezahlt, gleich werten. Sie gehen davon aus, daß es staatsbürgerliche Pflicht und ein Recht sei, daß jeder seinen Beitrag zur Arbeit leistet, indem er (oder sie) Erwerbsarbeit, Bürgerarbeit und ehrenamtliche Arbeit kombiniert. Bürgerarbeit könnte zugespitzt als Arbeit in gemeinnützigen Organisationen bezeichnet werden, wie in Wohlfahrtsorganisationen, die als Gegenleistung für ein Bürgergeld verausgabt wird. Das Bürgergeld wiederum bezieht sich in den Diskussionen entweder auf eine soziale Mindestsicherung (am Existenzminimum) oder auf Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung. Es wird dabei aber keineswegs die Frage gestellt, ob und wie jeder an der Erwerbsarbeit teilhaben kann. Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit werden also in diesen Konzepten de facto gegeneinander austauschbar behandelt. Bürgerarbeit würde besonders Arbeiten umfassen, die nicht vermarktbar sind und deshalb drohen, ungetan zu bleiben. Damit würde eine moralische Pflicht etabliert, daß alle, die staatliche Unterstützung beziehen, dafür Bürgerarbeit zu leisten haben. Arbeitslose gäbe es eigentlich dann auch nicht mehr, denn diese würden Bürgerarbeit leisten. Daß die meisten Frauen (wenigsten die ostdeutschen) schon immer diese drei Arbeitsarten miteinander kombinieren, spricht dagegen, daß damit etwas Neues erfunden wurde.³³

33 Wie es die Herren von der Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission, vom Club of Rome und von »New Work« meinen – vgl. Beck, Ulrich: Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen – Teil III, Bonn 1997, S. 146-168; Orio Giarini, Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.

Eigentlich werden mit den Kombinationsvarianten soziale Probleme kaschiert, aber nicht gelöst. Zudem wären die vorhandenen Institutionen dem Ansturm der Arbeitslosen zur Bürgerarbeit in keiner Hinsicht gewachsen. Ungleichheiten in den Chancen wären de facto fixiert, aber nicht aufgehoben. Was als Folgerung bleibt, um gegen diese Zumutungen aufzutreten, ist die politische Forderung nach gleichen Möglichkeiten zur Existenzsicherung durch eigene (Gesamt)Arbeit für alle.

»Ersatz-Arbeitsmärkte« umfassen sinngemäß solche »Arbeitsfördermaßnahmen«, die weitgehend nicht mehr mit dem »ersten Arbeitsmarkt« verbunden sind, insbesondere in Ostdeutschland, wie die meisten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zum Teil Fortbildung und Umschulung, manche Arbeitsplätze mit Lohnkostenzuschuß, partiell auch Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger.

Daß »Ersatz-Arbeitsmärkte« derzeit notwendig sind, um Menschen eine gewisse Zeit wieder aufzubauen, daran besteht kein Zweifel. Daß sie überwiegend nicht in eine reguläre Erwerbsarbeit führen, sondern zu unterprivilegierten dauerhaften Sammelbecken werden (vor allem von Frauen) mit Dequalifizierung, Zwangs-Teilzeitarbeit, niedrigen Entlohnungen usw., ist ebenfalls eine Tatsache. Sie haben zudem kaum eine langfristige Perspektive, da sie vom jeweiligen guten Willen der politisch Mächtigen abhängig sind. Gerade in Ostdeutschland sind bei aller bereits eingetretenen Dequalifizierung in diesem Bereich zugleich noch viele Ressourcen versammelt. Die Unternehmen nutzen diese kostenlos, wo sie nur können – wie bei der Vorbereitung von Gewerbegebieten – und verteufeln sie

im gleichen Zuge. Hier bestehen aber auch Ressourcen, die mit dazu beitragen könnten, Alternativen zu schaffen.

Als alternativ werden hier jene Aktivitäten bezeichnet, die in die Richtung von nichtpatriarchalen, nichtmarktwirtschaftlichen, nichtkapitalistischen Entwicklungen gehen (wollen)³⁴ – in eine dieser Richtungen oder in alle gleichzeitig.³⁵ Es gibt mehr *alternative Aktivitäten* als gemeinhin bekannt sind. Die Frauen und Männer in diesen Projekten wollen bereits heute anders arbeiten und leben: solidarisch, ökologisch, selbstbestimmt, nicht auf Kosten der Dritten Welt usw. Dabei erlernen sie ein anderes Umgehen miteinander, sammeln Erfahrungen mit einem anderen Wirtschaften. Ihre Aktivitäten sind unverzichtbar, um Alternativen zu schaffen. Derzeit zeugen ihre Ergebnisse aber eher davon, daß sie Alternativen *vorbereiten*, aber noch nicht diese Alternativen ausgestaltet haben.

Diese Auffassung wird eindeutig durch das Beispiel des »Öko-Feminismus« von *Veronika Bennholdt-Thomsen* und *Maria Mies* bestätigt. Sie wollen, daß Menschen sich selbst ihre Existenz sichern, indem sie in Genossenschaften, in Kommunen, in Frauenprojekten gemeinsam arbeiten und zum Teil auch leben. Sie wollen im Einklang mit der Natur sein und wie *Maria Mies* formulierte, schließlich »lebenssatt sterben«.³⁶ In ihren Gemeinschaften finden sie in der notwendigen Arbeit und im Zusammenleben ihre Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit realisiert. Ist das aber schon die Gleichheit und Freiheit, die dazu beiträgt, auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit umzuorientieren und damit die irreversible Zerstörung von Lebensgrundlagen zu stoppen?

Zumindest bleiben Fragen offen, die eher auf Notlösungen, auf »Überleben« und weniger auf »gutes Leben« in einem für alle emanzipatorischen Sinne schließen lassen. *Maria Mies* spricht davon, daß sie schon die »Freiheit in der Notwendigkeit« haben wolle, das heißt, in der tagtäglichen Arbeit.³⁷ Damit steht sie nicht allein. Wenn aber freiheitliche Spielräume mit der notwendigen Arbeit verschmelzen, dann fehlen die Potenzen, sich an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, dann fehlen sowohl freie Zeit als auch die Kompetenzen dafür und es mangelt an der Motivation, die notwendige Arbeit rationeller zu organisieren (woran unter anderem die staatssozialistischen Länder scheiterten).

Wenn die vielen und vielfältigen alternativen Gruppen sich mehr als bisher vernetzen und auf einen gemeinsamen Nenner (die Lebensgrundlagen) einigen wollten, kämen die genannten Probleme sofort ans Licht. So aber bleiben sie (noch) Nischen. Eine Orientierung auf Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit und ihre Einflußnahme auf die öffentliche Meinung bis zum Zusammenwirken mit humanistischen Kräften aus demokratischen Parteien, Gewerkschaften usw. könnte ein Weg sein, feministische wie alternative Politik überhaupt wieder zu stärken. Dazu wäre allerdings eine Selbstverständigung zu diesen Fragen dringend notwendig.

34 *Carola Möller* hat in ihrem Handbuch in einem ersten Zugriff allein 182 Antworten von 777 angeschriebenen Gruppierungen aus dem Spektrum der vor allem von Frauen getragenen alternativ wirtschaftenden Projekte veröffentlicht, vom Tauschring über die Selbstversorgungs- und Produktivgenossenschaft bis zum (regionalen) Projektverbund. Vgl. Carola Möller, Brigitte Bleibaum, Ulla Peters, Lilo Steitz, Alena Wagnerova: *Wirtschaften für das »gemeine Eigene«*. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997, S. 18 ff.

35 Unter der Überschrift »Jenseits von Erwerbsarbeit – Wege und Perspektiven« wurden in Braun, Anneliese: *Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit?*, Berlin 1998, potentielle Alternativen analysiert.

36 Vgl. *Maria Mies*: *Patriarchat und Kapital*, Zürich 1992, S. 279.

37 *Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies*: *Eine Kuh für Hillary. Die Substanzperspektive*, München 1997, S. 25.

Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Die Weichenstellung zum Mauerbau

Es ist nicht die Lust auf Jahrestage, die uns die Problematik »Berliner Mauer« behandeln läßt. Menschliche Schicksale bedürfen der Erinnerung, historisch-politische Probleme, die mit dieser Zäsur in der Nachkriegsgeschichte verbunden sind, sowie ihre Wirkungen veranlassen Nachfragen, neue Erkenntnisse aus russischen und amerikanischen Archiven wollen zur Kenntnis genommen werden.

Im Frühjahr 1961 schwoh der Flüchtlingsstrom aus der DDR nach West-Berlin dramatisch an; eine Krise mit unberechenbaren internationalen Folgen drohte. *Nikita S. Chruschtschow* wollte das Problem gegen die Interessen der Westmächte – erzwungen durch den Abschluß eines Friedensvertrages – lösen. Damit drohte eine Kollision der imperialen Herrschafts-, Prestige- und Sicherheitsinteressen der beiden Supermächte. Als nicht abzuwendende zeitweilige Befriedung der Situation geriet die Verhinderung weiterer massiver Abwanderung aus der DDR in die internationalen Ambivalenzen.

Verschaffte die zementierte Spaltung Deutschlands *Walter Ulbricht* das Hochgefühl einer »zweiten Geburt der DDR«, so mutierte hoffnungsvolle innere Stabilisierung zugleich zum Mißtrauensvotum gegen das eigene Volk, zur Unglaublichkeit von Sozialismus. Legitimes konvertierte letztlich zum politischen Sprengsatz.

Fragen nach Ursachen, Zusammenhängen sowie Folgen der exakt vorbereiteten, strikt geheimgehaltenen und militärisch wie politisch verantwortungsvoll absolvierten Sperrung der Übergänge von Berlin-Ost nach Berlin-West in der Nacht des 13. August 1961 bewegen bis heute politische und historische Debatten. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich dabei auf das Wiener Treffen von *Kennedy*¹ und *Chruschtschow*.² Der Gesprächsinhalt, in seiner Gänze in der Öffentlichkeit unbekannt, in Berichten in bezug auf die Berlinfrage völlig unterbelichtet sowie in amerikanischen Archiven bis 1990 gesperrt, lag dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, *Walter Ulbricht*, von sowjetischer Seite offiziell als Niederschrift bereits zwischen dem 9. und 20. Juni 1961 vor.³

Der sowjetischen Delegation in Wien gehörten neben dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, *Chruschtschow*, der Außenminister, *Andrej Gromyko*, der Botschafter in den USA, *Mikhail Menschikow*, und der Berater *Anatoly Dobrynin* sowie ein Dolmetscher an. Den Präsidenten der USA, *Kennedy*, begleiteten der Außenminister, *Dean Rusk*, der Unterstaatssekretär im State Department, *Foy Kohler*, der Berater *Charles Bohlen*, der Botschafter in der UdSSR, *Llewellyn Thompson*, und ein Dolmetscher.

1 John F. Kennedy, Präsident der USA, 1917-1963 (ermordet).

2 Nikita S. Chruschtschow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, 1894-1971.

3 Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/3663, Bl. 48-127. Die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED konnten die Niederschrift am 20. Juni beim Leiter des Politbüros einsehen.

Nach dem Austausch der Eröffnungsstatements der Regierungschefs im Beisein der Delegationen am 3. Juni, die mit persönlichen Gesten das gemeinsame Friedensinteresse hervorhoben, aber auch die Ansprüche auf Existenz und Weiterentwicklung der beiden Welt-systeme sowie die Notwendigkeit realitätsbezogener Einsichten unmißverständlich formulierten, bescheinigten sich *Chruschtschow* und *Kennedy* während des anschließenden »Frühstücks« gegenseitig Genugtuung und Hoffnungen über das Zusammentreffen. Das darauf folgende ausgedehnte Vieraugengespräch war aus einer globalen Sicht auf die Veränderungen in der Welt, auf Einflußsphären, ungelöste Probleme von beiderseitigem Interesse, Kräftepotentiale und Perspektiven gerichtet. Wir sind der Meinung, so *Kennedy*, »daß gegenwärtig der sowjetisch-chinesische Block einerseits und die USA mit ihren westeuropäischen Verbündeten andererseits vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses aus sich im Zustand des Gleichgewichts befinden ... Sie sind der Meinung, daß die Entwicklung zu Ihren Gunsten verlaufen wird, und ich bin der Meinung, daß dies zu unseren Gunsten geschieht.«⁴

Obwohl sich gegensätzliche Positionen über Demokratie (frei gewählte Regierungen), Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und die Rolle von Befreiungskriegen am Beispiel Iran, Kuba, Laos, China/Taiwan, jungen unabhängigen Staaten und Polen festhakt, kam es beim zweiten, noch längeren, Zusammentreffen der Staatsmänner unter Teilnahme der Delegationen am 4. Juni vor allem zu wirksamen Fortschritten in der Laosfrage. Trotz scharfer Konfrontationen, daß die USA »Ihre ›Interessen‹ über den ganzen Erdball verstreut«⁵ (*Chruschtschow*), wurde der Weg zu einer beiderseits annehmbaren Lösung geöffnet. In Laos,⁶ wo seit 1960 ein Bürgerkrieg stattfand und amerikanisches Militär gelandet worden war, kreuzten sich strategische Interessen der beiden Supermächte nicht so unmittelbar.

Im zweiten Komplex dieser Gesprächsrunde standen die Organisation und Garantien für eine Kontrolle zur Einstellung der Kernwaffenversuche wie auch sowjetische Vorschläge zu einer etappenweisen, kontrollierten allgemeinen Abrüstung im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs. Mehr als ein allgemeines Kundtun, einen Meinungsaustausch zwischen den Außenministern und – möglicherweise – die seit drei Jahren laufenden Genfer Verhandlungen fortzusetzen, konnte nicht erreicht werden.

Obleich *Kennedy* die Deutschlandfrage bereits fünf Mal angeippt hatte, bestimmte sie erst den dritten Komplex des Treffens am 4. Juni, worauf sich der nachfolgende Dokumentenauszug bezieht. *Chruschtschow* bekräftigte energisch seinen Standpunkt, nach sechzehn Jahren endlich einen Friedensvertrag abzuschließen und Berlin-West in eine »Freie Stadt« umzuwandeln, womit er seit dem Sommer 1958 den Vier-Mächte-Status der Stadt de facto aufgekündigt und die Berlin-Krise ausgelöst hatte.

Kennedy konterte, daß es hier nicht um die »rechtliche Lage« ginge. Die Frage »berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit unserer Staaten. Wir sprechen in diesem Falle nicht von Laos, sondern von einer Frage, die weit wichtiger ist und die USA unmittelbar berührt.«⁷ Operierte *Chruschtschow* mit der verbalen Zuspitzung,

4 Ebenda, Bl. 70/71.

5 Ebenda, Bl. 90.

6 Betraf die Genfer Laos-Konferenz, die seit Mai 1961 tagte und eine Internationale Kontrollkommission (Indien, Polen, Kanada) zwecks Feuereinstellung in Laos eingesetzt hatte.

7 SAPMO- BArch, DY 30/3663, Bl. 106.

8 Ebenda, Bl. 108.

West-Berlin sei ein »Geschwür am Körper Europas«⁸, und stimmte damit *Kennedy* gedanklich auf drastische Maßnahmen gegen West-Berlin ein, verharmloste *Kennedy* mit seiner Ignoranz gegenüber allen von West-Berlin gegen die DDR ausgehenden Stör- und Spionageaktionen die Lage und sorgte sich nur um die originären Rechte und erworbenen Gewohnheitsrechte. Er befürchtete, daß ihre Verletzung das Kräftegleichgewicht stören könnte und für die USA einen Prestige-Verlust in Westeuropa bedeuten würde. Schon bei diesem Gespräch pochte *Kennedy* auf die berühmten drei Essentials: Wahrung der Rechte der Westmächte, freier Zugang nach Berlin-West, Beibehaltung der stationierten Truppenkontingente. Bei dem sich anschließenden gemeinsamen »Frühstück« wurde das Junktim von Deutschland- und Berlinfrage und gegenseitigen Prestige-Interessen von beiden Seiten mit diplomatischen Höflichkeiten untermauert. Ungeschminkt redeten *Kennedy* und *Chruschtschow* jedoch im letzten Gespräch unter vier Augen. Trotz vorheriger Anerkennung der anomalen Situation in Berlin gingen beide nur mit Beteuerungen, den Frieden zu wahren, aber auch mit der Drohung, einem Waffenangebot nicht auszuweichen, sowie mit einem Kompromißangebot *Chruschtschows* als einzigem Brückenschlag auseinander.

Nach dem Treffen in Wien blieb die Ungewißheit, wohin die Berlinkrise und die gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in der DDR führen würden, bestehen. Allerdings hatte *Chruschtschow*, der im eigenen Lager unter nicht geringem Druck stand, mit seinem Kompromißangebot, die amerikanischen Prestige-Interessen akzeptieren zu wollen, geschickt Einlenken signalisiert. Auf der anderen Seite boten die von *Kennedy* benannten drei Essentials eine bestimmte Gewißheit, daß ohne deren Verletzung entsprechende Sicherungsmaßnahmen toleriert würden. Die Wiener Begegnung wurde zum Schnittpunkt beim Übergang zur Entscheidungsphase während der Berlin-Krise 1958 bis 1963.

Zum ersten Mal läßt sich nachweisen, daß die erwähnte Niederschrift und damit auch der ausgewählte Auszug mit amerikanischem Archivmaterial übereinstimmen. Das ergibt sich aus einer vergleichenden Sicht mit der neuesten Publikation des Innsbrucker Historikers *Rolf Steininger*: »Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963«, die sich auf diese und andere amerikanischen Dokumente stützt. Für beide deutsche Staaten traf im Grunde genommen zu, daß die ihnen von den Siegermächten gewährten Souveränitätsrechte mehr als begrenzt waren und vor allem dem amerikanischen und sowjetischen Anspruch in Europa unterlagen.

Die Niederschrift über die Gespräche zwischen *Chruschtschow* und *Kennedy* ist der Öffentlichkeit erstmals im vollen Wortlaut während der Konferenz »Der Mauerbau. Eine einvernehmliche Krise« am 29./30. Mai zugänglich. Der im folgenden wiedergegebene Auszug ist eine ungekürzte Abschrift. Unterstrichene Passagen folgen denselben, die *Walter Ulbricht* mit Bleistift vornahm. Die kursiv gedruckten Textstellen hob *Walter Ulbricht* durch einen zusätzlichen Bleistiftstrich am Rand besonders hervor. Ganz offensichtliche Schreibfehler wie »Eisenhower« wurden stillschweigend korrigiert.

Niederschrift der Unterredung N. S. Chruschtschows mit J. Kennedy am 4. Juni 1961. Dokument (Auszug)

KENNEDY: Wollen wir zur deutschen Frage übergehen?

CHRUSCHTSCHOW: Vielleicht soll ich die Position der Sowjetregierung in dieser Frage darlegen?

KENNEDY: Ja.

CHRUSCHTSCHOW: Ich hoffe, daß Sie unsere Position richtig verstehen werden, Herr Präsident. Es ist das eine Frage, die im wesentlichen Maße die Entwicklungsrichtung der Beziehungen zwischen unseren Staaten bestimmt. Wenn Sie unsere Bestrebungen falsch verstehen, so kann das zu einer Verschärfung unserer Beziehungen führen. Wenn Sie aber diese Bestrebungen richtig verstehen, dann kann uns das annähern.

Seit Beendigung des Krieges sind schon mehr als 16 Jahre vergangen. Die Sowjetunion hat in diesem Krieg riesige Verluste erlitten: wir haben über 20 Millionen Menschen verloren; große Gebiete unseres Landes wurden zerstört; und jetzt sammeln die Deutschen, die zweimal in der Geschichte der Menschheit einen Weltkrieg entfachten, erneut Kräfte, und die Generäle der Bundeswehr, die früher die Hitlertruppen befehligten, nehmen heute immer mehr und mehr führende Posten in der NATO ein. Dadurch droht ein dritter Weltkrieg mit noch größeren Schrecken, mit noch größeren Zerstörungen.

Die Sowjetregierung meint, daß es an der Zeit ist, mit den Resten des Zweiten Weltkrieges aufzuräumen. Es gibt keine Erklärung dafür, daß 16 Jahre nach Kriegsende immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet ist. Deshalb schlagen wir vor, eine Friedenskonferenz einzuberufen und einen solchen Vertrag zu unterzeichnen.

Wir sind dabei der Auffassung, daß von den realen Verhältnissen, wie sie sich in Europa ergeben haben, ausgegangen werden muß. Gegenwärtig bestehen zwei deutsche Staaten. Und unsere Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands werden offensichtlich nicht ausreichend sein, denn offen gesagt, wollen die Deutschen selbst keine solche Wiedervereinigung.

Die Verzögerung des Friedensvertrages kann durch nichts gerechtfertigt werden und niemandem dienen, ausgenommen vielleicht den westdeutschen Militaristen. Die Interessen der USA, Englands und Frankreichs werden durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages nicht geschmälert. Jetzt ergibt es sich jedoch so, daß die Sowjetunion den Frieden will, während Sie als Westmächte uns dabei die Unterstützung versagen und demzufolge gegen eine Friedensregelung in Europa auftreten.

Ich möchte, daß Sie mich richtig verstehen, Herr Präsident. Wir wollen den Friedensvertrag gemeinsam mit Ihnen abschließen. Wenn Sie aber unsere Position nicht verstehen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages verweigern sollten, werden wir ihn

selbst unterschreiben. Wenn Westdeutschland einverstanden ist, werden wir den Vertrag mit beiden deutschen Staaten unterschreiben. Wenn nicht, dann unterschreiben wir den Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik. In diesem Falle wird für uns der Kriegszustand auf dem ganzen Gebiet der DDR beendet sein und alle Abkommen und Einrichtungen, die als Ergebnis der Kapitulation Deutschlands entstanden sind, verlieren ihre Kraft. Damit wird folglich auch das Besatzungsregime in Westberlin beendet, und auch das Abkommen über den Zugang nach Westberlin über die seinerzeit bestätigten Luft- und Landkorridore wird unwirksam. Durch eine solche Maßnahme wird niemand etwas verlieren, und wir werden nichts gewinnen. Westberlin wird zur freien Stadt erklärt, wobei wir keinesfalls vorhaben, irgendeine Blockade zu verhängen oder uns in die inneren Angelegenheiten Westberlins einzumischen. Westberlin muß seinen Status als freie Stadt erhalten. Wir sind dabei bereit, im Falle Ihres Einverständnisses, gemeinsam die völlige Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins zu sichern und seine Verbindungen zur Außenwelt zu garantieren. Wenn Sie das wünschen, dann könnten die USA sowie England und Frankreich in Westberlin symbolische Truppenkontingente zur Sicherung des Status der freien Stadt belassen, wobei auch ein geringes Kontingent unserer Truppen stationiert würde. Sollten Sie es vorziehen, den Status Berlins durch Truppen neutraler Länder sichern zu lassen, so sind wir auch zu einem solchen Schritt bereit. Wenn Sie es für erforderlich halten, die Garantien für Westberlin juristisch durch die UNO fixieren zu lassen, sind wir auch damit einverstanden.

1 Grundlage für die Stellung Berlins waren die Londoner Protokolle vom 12. September und 14. November 1944, mit denen sich die Alliierten (Anfangs ohne Frankreich) schriftlich ihre Anteile an Deutschland (Besatzungszonen) und Berlin (Sektoren) sicherten (militärische Besetzung, Übernahme der Obersten Gewalt). Danach lag Berlin geographisch in der der UdSSR zuzuweisenden Besatzungszone. Berlin wurde Vier-Sektoren-Stadt (Vier-Mächte-Status, Alliierte Kommandantur – jedoch nur bis 1948 – für Groß-Berlin, verantwortlich für die Sicherheit nach außen und Ruhe und Ordnung nach innen). Außer einem Abkommen über die Luftkorridore gab es keine schriftliche Regelung für die Zugangswege von und nach den Westsektoren der Stadt.

Wir sind also bereit, beliebige Bedingungen zu akzeptieren, die auf die Sicherung der Freiheit Westberlins – wie Sie sagen – oder auf die Sicherung der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten abzielen, weil wir das verstehen und bereit sind, gemeinsam mit Ihnen solche Bedingungen auszuarbeiten.

Wenn Sie nicht damit einverstanden sein sollten, so verstehen wir das so, daß Sie unter dem Druck Adenauers handeln. Dann werden wir einseitig einen Friedensvertrag unterzeichnen, welcher bedeutet, daß alle Ihre Rechte hinsichtlich des Zugangs nach Westberlin zu bestehen aufhören, weil der Kriegszustand aufhört und alle aus der Kapitulation Deutschlands sich ergebenden Bestimmungen für Westberlin annulliert werden.

KENNEDY: Ich bin Ihnen verbunden für die Darlegungen Ihrer Auffassung und möchte meine Erwägungen vortragen. Diese Frage betrifft nicht nur die rechtliche Lage. Sie berührt unmittelbar die Interessen der Sicherheit unserer Staaten. Wir sprechen in diesem Falle nicht von Laos, sondern von einer Frage, die weit wichtiger ist und die USA unmittelbar berührt. Wir befinden uns in Berlin nicht im Ergebnis irgendwelcher Wahlen. Wir haben uns das Recht erkämpft, dort zu sein, obwohl wir natürlich nicht solche riesigen Verluste hatten wie Sie. Wir befinden uns in Berlin auf Grund eines internationalen Abkommens,¹ aber nicht mit Zustimmung der Ostdeutschen. Dieses unser Recht kann nicht einseitig aufgehoben werden. Wenn sich die Spannungen in der Welt verringern, dann könnten wir vielleicht eine gegenseitig annehmbare Verständigung in dieser Frage

erreichen. Aber gegenwärtig sind dafür nicht die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden.

Seit geraumer Zeit hat jeder amerikanische Präsident Jahr für Jahr immer wieder die *Entschlossenheit der USA bekräftigt, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Wenn wir jetzt plötzlich einer Preisgabe dieser Verpflichtungen in Deutschland zustimmen, so wird niemand mehr den USA Glauben schenken, und das würde eine Gefahr für unsere Sicherheit heraufbeschwören. Denn wenn man uns aus Westberlin verdrängt, würden alle Garantien, die wir Westeuropa gegeben haben, ihr Gewicht verlieren, und die Völker würden aufhören, an unser Land zu glauben. Diese Frage berührt folglich nicht nur die Interessen der USA, sondern die Interessen ganz Westeuropas.*

Ich bin aufrichtig um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern bemüht. Wir haben gestern festgestellt, daß zwischen uns gegenwärtig ein Gleichgewicht der Kräfte besteht. Die Verwirklichung Ihres Vorschlages und unser Abzug aus Berlin würde unsere Interessen ernsthaft schädigen.

CHRUSCHTSCHOW: Vielleicht wollen Sie auch nach Moskau kommen? Das würde doch die Interessen der USA außerordentlich fördern.

KENNEDY: In Berlin befinden wir uns doch aber schon. Ich schlage doch nicht vor, daß Sie nach Washington kommen sollen oder wir nach Moskau. Sie wollen doch die bereits bestehende Lage verändern.

Die Sowjetunion hat gewaltige Erfolge errungen, Sie haben einen Menschen in den Kosmos geschickt, Ihr Einfluß in der Welt ist stark gewachsen. Und nun wollen Sie uns zusätzlich zu den Problemen, mit denen wir in unserem Teil der Welt zu tun haben, nun wollen Sie uns, *die USA, in eine Situation der völligen Isolierung in der ganzen Welt bringen*. Wie können die USA dem zustimmen, daß Ostdeutschland uns den Zugang verwehrt, den wir erkämpft haben? Wenn wir diese Bedingung annehmen, so wird das, ich wiederhole, zu einer völligen politischen Isolierung der USA führen, aber ich bin nicht deshalb Präsident der USA geworden, um bei einem solchen Prozeß der Isolierung meines Landes den Vorsitz zu führen, ebenso wie Sie, dessen bin ich gewiß, niemals einer solchen Sache in bezug auf Ihr Land zustimmen würden.

CHRUSCHTSCHOW: Sie wollen also den Friedensvertrag nicht unterzeichnen?

KENNEDY: Wir sind daran interessiert, unser Zugangsrecht und überhaupt unsere Rechte in Westberlin zu erhalten. *Vielleicht ist die Lage in Deutschland und in Westberlin anomal, wie das seinerzeit in der Unterredung zwischen Ihnen, Herr Vorsitzender, und dem früheren Präsidenten Eisenhower festgestellt wurde. Angesichts der gespannten Lage in der Welt ist aber jetzt einfach nicht die Zeit, um die Lage in Berlin zu ändern*. Ich fordere von Ihnen nicht, daß Sie Ihre Haltung ändern, ich appelliere lediglich an Sie, das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte nicht zu verändern. Wird dieses Gleichge-

wicht verändert, dann wird sich das negativ auf unsere Positionen in Westeuropa auswirken und ein Schlag gegen die Interessen der USA sein, Sie, Herr Vorsitzender, würden doch einem solchen Schlag gegen Ihre Interessen nicht zustimmen. Uns beunruhigt an Ihren Vorschlägen nicht die Unterzeichnung irgendeines Dokuments mit der ostdeutschen Republik. Unheilvoll erscheint uns ein anderer Teil Ihres Vorschlages, und zwar der, wo Sie von der Beendigung des Zutritts und von der Aufhebung unserer Rechte in Westberlin sprechen.

CHRUSCHTSCHOW: Ich habe mir Ihre Überlegungen aufmerksam angehört, Herr Präsident, und bedaure, kein Verständnis gefunden zu haben. Sie weigern sich, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen und damit die Lage an diesem außerordentlich gefährlichen Punkt Europas, ja der ganzen Welt, zu normalisieren. Wir wollen diesen Splitter herausziehen, dieses Geschwür am Körper Europas beseitigen und dies so tun, daß keinem der interessierten Staaten ein Nachteil daraus entsteht. Wir wollen diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit lösen, nicht durch irgendwelche Intrigen, sondern durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den Teilnehmerländern der Antihitler-Koalition. Sie aber sagen, das widerspreche den Interessen der USA. Ich kann das einfach nicht verstehen, Herr Präsident, werden denn unsere Vorschläge irgendetwas ändern? Wir schlagen doch nicht vor, die Grenzen zu revidieren. Im Gegenteil, wir wollen sie auf die normalste Weise gesetzlich verankern, durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Der Friedensvertrag würde jenen aggressiven Kräften den Weg versperren, die die Menschheit in einen neuen Krieg stürzen möchten. Der Friedensvertrag würde die Revanchisten zügeln, die jetzt mit Appellen zur Änderung der Grenzen auftreten. Hitler sprach seinerzeit davon, daß er »Lebensraum« – möglichst bis zum Ural – brauche. Jetzt aber haben die Generale, die die Hitler-Armee befehligten, fast alle Kommandohöhen in der NATO besetzt.

Wir bedauern, daß unsere Auffassungen in dieser Frage auseinander gehen. Es gibt jedoch keine Kraft, die uns von der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland abhalten könnte. Wir meinen, 16 Jahre sind eine genügend lange Zeit, und es gibt keinerlei Möglichkeit oder Notwendigkeit, die Lösung dieser Frage weiterhin aufzuschieben. Wie viele Jahre wollen Sie denn die Lösung dieser Frage noch aufschieben – weitere 16 oder gar 30 Jahre?

Sie sprachen von Ihren Rechten und auch darüber, daß Sie diese Rechte erkämpft haben. Natürlich tut den Menschen vergossenes Blut leid, ob es nun ein Tropfen oder ein Liter ist. Sie haben während des Krieges Tausende Menschen verloren, wir aber Millionen. Die Mütter der gefallenen Amerikaner sind genau so leidgeprüft wie die Mütter der russischen Soldaten. Es gibt in unserem Lande keine einzige Familie, die während des Krieges nicht jemanden von ihren Angehörigen verloren hatte. Ich selbst habe einen Sohn an der Front verloren. Mikojan² hat im Krieg einen Sohn verloren. Gromyko, der hier anwesend ist, hat beide Brüder verloren. Und Sie wollen diese Lage fortbestehen lassen, bis die deutschen Militaristen genügend neue Kräfte sammeln und zum nächsten Sprung ansetzen. Wir können dem nicht zustimmen. Verstehen Sie uns richtig, Herr Präsident.

2 A. J. Mikojan, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Wir tun das nicht, um die Leidenschaften anzufachen und die Spannungen zu verstärken, sondern im Gegenteil, um den Weg für die Entwicklung unserer Beziehungen zu ebnen, um die Steine beiseite zu räumen, die einer Normalisierung der Lage im Wege sind.

Wir werden also den Friedensvertrag unterzeichnen, und die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik wird geachtet werden. Sollte jemand diese Souveränität verletzen, so werden wir das als einen Akt der Aggression mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen betrachten.

KENNEDY: Ich möchte fragen, ob Ihre Worte bedeuten, daß im Falle der Unterzeichnung eines Friedensvertrages unser Zugang nach Westberlin gesperrt wird.

CHRUSCHTSCHOW: Sie haben richtig verstanden, Herr Präsident.

KENNEDY: Ich möchte mit aller Klarheit unseren Standpunkt klarlegen. Ich bin dagegen, daß Westdeutschland militärische Kräfte bis zu solchen Ausmaßen akkumuliert, daß es eine Bedrohung für die Sowjetunion darstellt.

Der Entschluß der Sowjetunion, einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen, ist eine sehr ernste Frage, und ich hoffe, daß Sie dabei alle Umstände in Rechnung stellen und die entsprechenden Interessen aller interessierten Seiten in Betracht ziehen werden.

Was die Grenzen betrifft, so hat de Gaulle, wie Sie wissen, unlängst eine Erklärung dazu abgegeben. Es gibt zwar verschiedene Standpunkte zu dieser Frage unter den Westmächten, aber viele sind der Meinung, darunter auch in Amerika, daß diese Frage gelöst werden kann.

Was Westberlin betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die USA bestimmte Verpflichtungen zur allgemeinen Verteidigung Westeuropas haben. Die USA haben Westeuropa bereits zweimal geholfen, sich gegen eine Aggression zu verteidigen. Ich selbst habe einen Bruder an der Front verloren. Wenn man uns aber jetzt einseitig aus Westberlin verjagt und uns unsere vertraglichen Rechte nimmt, dann werden alle Verpflichtungen der USA gegenüber anderen Ländern zu einem einfachen Fetzen Papier und niemand wird mehr zu den Vereinigten Staaten Vertrauen haben.

Ich sagte Ihnen bereits, die gegenwärtige Lage in der Welt ändert sich so rasch, daß niemand voraussagen kann, was innerhalb der nächsten 5 - 10 Jahre in der Welt geschieht, besonders in Asien und Afrika, und wie sich in Zukunft das gegenwärtige Kräfteverhältnis verändern wird. Sie aber schlagen jetzt vor, mit einem einzigen Federstrich das gegenwärtige Kräftegleichgewicht zu unseren Ungunsten zu verändern, in Westberlin alle die Rechte aufzuheben, die wir gemeinsam mit unseren Alliierten wahrgenommen haben. Ich bin hier hergekommen in der Hoffnung, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zu erreichen. Und ich möchte nicht abreisen mit dem Gedanken, daß Sie diesen Vertrag unterzeichnen und willkürlich alle unsere Rechte in bezug auf Westberlin annullieren wollen. Ich hoffe, Sie nehmen Rücksicht auf die hohe Verantwortung, die ich in bezug auf die Interessen der USA trage.

CHRUSCHTSCHOW: Ich kann Ihre Überlegungen einfach nicht begreifen, Herr Präsident. Sie sprechen von Westeuropa. Wir haben doch aber Westeuropa überhaupt nicht im Sinn. Wir wollen lediglich die Lage fixieren, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden ist. Westdeutschland wurde in das Bündnis der Westmächte aufgenommen, das ist eine Tatsache. Ostdeutschland gehört zum Bündnis der sozialistischen Länder, und das müssen Sie als eine vollzogene Tatsache anerkennen. Wir schlagen vor, die gegenwärtigen Grenzen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland juristisch zu fixieren, die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei zu bestätigen und die Souveränität der DDR zu festigen. Aber dazu muß das Besatzungsregime in Westberlin liquidiert werden. Begreifen Sie, Herr Präsident, wie können wir denn einen Friedensvertrag unterzeichnen und dabei Ihre Besatzungsrechte in Westberlin aufrecht erhalten? Auf welcher Grundlage? Sie sagen, daß Sie Blut vergossen haben, aber wir haben ebenfalls unser Blut vergossen.

KENNEDY (unterbricht): Auf der Grundlage der Abkommen, die auch von der Sowjetunion unterschrieben wurden.

CHRUSCHTSCHOW: Wir halten uns an diese Abkommen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, aber nach dessen Unterzeichnung wird der Kriegszustand aufhören und alle Verträge, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, verlieren ihre Wirkung.

KENNEDY: Man kann doch aber nicht einseitig Rechte aufheben, die durch ein von mehreren Seiten unterzeichnetes Abkommen festgelegt wurden.

CHRUSCHTSCHOW: Aber wir schlagen doch vor, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, und wir laden doch Sie und die anderen daran interessierten Seiten ein, sich an dieser Unterzeichnung zu beteiligen. Sie wollen das nicht. In diesem Falle können Sie aber auch keinerlei Sonderrechte für sich auf dem Territorium der DDR nach Unterzeichnung des Friedensvertrages fordern. Ihr Standpunkt ist juristisch einfach unhaltbar.

KENNEDY: Aber Westberlin befindet sich nicht auf dem Territorium der ostdeutschen Republik.

CHRUSCHTSCHOW: Das ganze Territorium Ostdeutschlands, einschließlich Westberlins, gehört zum Territorium der DDR.

KENNEDY: *Das ist Ihr Standpunkt. Wir aber meinem, daß wir in Westberlin durch Vereinbarung mit Ihnen bestimmte Rechte erhalten haben. Und jetzt wollen Sie diese Rechte an Ostdeutschland abtreten. Sie können nicht in einseitiger Weise irgend jemanden unsere Rechte abtreten.*

CHRUSCHTSCHOW: Ich kenne diese Argumentation. Sie ist juristisch nicht stichhaltig. Der Krieg ist längst beendet und alle Truppen müssen aus Deutschland abgezogen werden. Präsident Roosevelt sagte

einmal, daß zwei - drei Jahre nach Beendigung des Krieges alle Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollen. Ziehen wir also unsere Truppen ab. Das wäre die vernünftigste Lösung.

Wozu aber brauchen sie Westberlin, warum halten Sie dieses für einen solchen wichtigen Punkt? Vielleicht wollen Sie Westberlin als Stützpunkt für einen Angriff auf uns benutzen? Sie sind doch ein ehemaliger Marineoffizier, Herr Präsident. Ich habe ebenfalls geraume Zeit in der Armee verbracht und denke, Sie werden ausgezeichnet verstehen, daß vom militärischen Standpunkt aus Westberlin völlig bedeutungslos ist.

KENNEDY: Einverstanden.

CHRUSCHTSCHOW: Sie sprechen von Ihren Rechten. Diese ergeben sich aus dem Kriegszustand. Der Krieg ist aber zu Ende. Wenn wir einen Friedensvertrag unterzeichnen, werden alle verstehen, daß der Kriegszustand zu Ende ist und folglich alles, was sich aus diesem Zustand ergeben hat, seine Wirkung verlieren muß. Wenn Sie Ihre Rechte in Westberlin auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechterhalten, so wird das den Interessen der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder zuwiderlaufen.

Als ich mit dem früheren USA-Präsidenten Eisenhower über diese Frage sprach,³ gab er zu, daß in Berlin tatsächlich eine anomale Lage entstanden ist und daß Möglichkeiten zur Regelung dieser Situation gefunden werden müßten. Er sagte mir, daß in dieser Frage das Prestige der Vereinigten Staaten berührt wird. Ich schlug ihm vor, sich um eine solche Lösung zu bemühen, die die Prestige-Interessen unserer Staaten nicht berührt. Ich schlug damals vor, ein provisorisches Deutschlandabkommen zu schließen und den Deutschen eine bestimmte Frist zu geben, innerhalb derer sie sich untereinander verständigen sollen. Adenauer spricht zwar von der Wiedervereinigung, aber er will sie in Wirklichkeit gar nicht. Vereinbaren wir also eine bestimmte Frist, beispielsweise 6 Monate, innerhalb derer Vertreter der beiden deutschen Regierungen zusammentreten und sich über die Deutschland betreffenden Fragen verständigen sollen. Wenn sie nach Ablauf dieser Frist unter sich zu keiner Einigung in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands kommen können, so werden wir uns der Verantwortung für die deutsche Frage entledigen, und jene Staaten, die das wünschen, unterzeichnen dann einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten. Eine solche Lösung würde die Prestige-Interessen unserer Staaten in keiner Weise beeinträchtigen.

Ich hoffte damals, daß wir mit Ihrem Präsidenten zu einer Einigung in dieser Frage kommen könnten. Leider ist es so gekommen, daß sich jene Kräfte in Amerika, die gegen die Normalisierung unserer Beziehungen und gegen die Minderung der internationalen Spannungen sind, offenbar entschlossen haben, eine solche Einigung zu verhindern. Sie entsandten die U-2⁴ nach der Sowjetunion, so daß eine Verständigung unmöglich wurde. Deshalb beschlossen wir, die Lösung dieser Frage so lange aufzuschieben, bis sich die Leidenchaften beruhigt haben. Jetzt ist nach unserer Meinung die Zeit für die Lösung dieser Frage gekommen, und wir bedauern es außeror-

3 Im September 1959 in Camp David.

4 Amerikanische U-2 Spionageflüge über der Sowjetunion erfolgten seit 1956 vom Boden der Türkei aus, ohne sie abwehren zu können. Am 1. Mai 1960 wurde erstmals eine U-2-Maschine abgeschossen und der Pilot F. G. Powers gefangen genommen.

dentlich, bei Ihnen kein richtiges Verständnis für unsere guten Absichten gefunden zu haben. Wir wollen die Steine hinwegräumen, die uns auf dem Wege zur Normalisierung unserer Beziehungen behindern. Wenn es uns gelingt, diese Frage zu lösen, so wird, dessen sind wir gewiß, der Weg zur Errichtung eines dauerhaften Friedens auf Erden frei sein. Wir wollen keinerlei Grenzen antasten, aber wir werden natürlich auch unsere Rechte nicht preisgeben. Sie sagen, daß auch bei Ihnen keinerlei Absichten zu irgendwelchen Eroberungen bestünden. Es besteht also kein Anlaß zu einem Streit zwischen uns. Sie sind zwar mit unserer Ideologie nicht einverstanden, ebenso wie wir mit Ihrer Ideologie nicht einverstanden sind, aber wir wollen doch den Streit auf diesem Gebiet nicht in eine gegenseitige Vernichtung ausarten lassen. Wir sind doch genügend vernünftige Menschen, um nicht zu den Zeiten des Feudalismus zurückzukehren, als man Kreuzzüge organisierte und sich gegenseitig totschlug, um das Grab des Herren zu befreien.

Wenn Sie unseren Vorschlägen nicht zustimmen, so müssen Sie begreifen, daß wir selbst einen Friedensvertrag mit allen sich daraus ergebenden Folgen unterzeichnen werden. Ich sage Ihnen unumwunden: wir werden den Friedensvertrag mit Deutschland Ende dieses Jahres unterzeichnen. Ostdeutschland hat bereits erklärt, daß es die Freiheit und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins garantieren wird, daß es den Zutritt aller Länder zu dieser Stadt garantieren wird, aber das muß natürlich auf Vereinbarung mit der Regierung der DDR geschehen, weil alle Kommunikationen Westberlins durch das Territorium der DDR verlaufen. Wenn Sie befürchten, daß Westberlin, wie Sie sagen, seine Freiheit verlieren könnte, so wiederhole ich nochmals: schaffen wir doch gemeinsame Garantien dieser Freiheit, ziehen wir doch die UNO zu diesen Garantien heran. Wenn Sie aber für die Fortsetzung des Kriegszustandes und damit gegen den Frieden eintreten, so wird niemand und in keinem Lande Ihre Position verstehen. Wir jedoch werden laut und vernehmlich verkünden, daß wir mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Weg zum Frieden bahnen wollen und bemüht sind, die Möglichkeiten für die Entstehung eines neuen Krieges auszuschalten. Wenn Sie unsere Bemühungen nicht verstehen wollen, so bleibt uns nur der eine Ausweg, einseitig einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Sie reden von Ihren Interessen in Westberlin. Aber mit der Verteidigung dieser Ihrer Interessen wollen Sie uns erniedrigen. Sie sprechen davon, daß Sie Blut vergossen hätten, aber das, was wir vergossen haben, war auch kein Wasser. Sie haben im Krieg 350.000 Menschen verloren, wir dagegen 20 Millionen. Ich war selbst an der Front, ich habe selbst die vom Krieg verursachten schrecklichen Zerstörungen und die Leichen der von den Faschisten ermordeten Menschen gesehen.

KENNEDY: Deshalb wollen wir ja den Frieden bewahren, damit sich so etwas nicht wiederholt.

CHRUSCHTSCHOW: Sie deuten offenbar die Möglichkeit der Entstehung eines Krieges wegen Westberlin an. Ziehen Sie bitte in Be-

tracht, daß wir einen Krieg nicht beginnen werden. Wir werden den Frieden verteidigen, und möge die Geschichte dann urteilen, wer von uns im Recht ist.

Im Westen wird oft von der Gefahr gesprochen, daß sich Chruschtschow vielleicht eine Fehlrechnung leisten könnte, die zum Kriege führt. Hierin müssen wir uns aber gegenseitig entgegenkommen, Herr Präsident. Jeder von uns muß sich vor solchen Fehlrechnungen hüten. Wenn Sie wegen Berlin einen Krieg entfesseln sollten, so nehmen Sie damit die ganze Verantwortung auf sich. Ich denke aber trotzdem, daß der Frieden triumphieren wird. Im Pentagon gibt es zwar Leute, die einen Krieg wollen, aber Sie dürften ausgezeichnet wissen, was ein moderner Krieg sein würde.

Adenauer weiß ausgezeichnet, was ein Krieg für Westdeutschland bedeuten würde. Macmillan⁵ weiß auch, was Krieg ist. Kein einziger vernunftbegabter Mensch will den Krieg, und wenn sich auf der Welt doch solche Wahnsinnigen finden sollten, muß man sie in die Zwangsjacke stecken.

Wir wollen nichts anderes außer guten Beziehungen zu Ihrem Lande und zu allen anderen Ländern. Wir wollen die Handelsbeziehungen mit Ihnen entwickeln. Wir haben doch einen lebhaften Handel mit vielen Ländern, mit England, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Japan, mit vielen Ländern, nur nicht mit den USA. Das ist vielleicht kein Zufall, aber das ist Ihre eigene Angelegenheit. Der Handel ist ein Geschäft. Wenn es Vorteile verspricht, so verkauft man. Wenn nicht, so läßt man es sein. Das ist unsere Einstellung. Den Friedensvertrag werden wir Ende dieses Jahres unterzeichnen.

5 H. Macmillan, britischer Premierminister.

KENNEDY: Die Lage in Deutschland kann wirklich nicht als normal bezeichnet werden, da das Land in zwei Teile gespalten ist. Roosevelt sprach seiner Zeit tatsächlich vom Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, aber er sah nicht voraus, daß Deutschland gespalten wird und daß wir uns in Deutschland diesseits und jenseits der Trennungslinie gegenüber stehen werden. Sie sprechen vom Frieden. Aber Sie wollen doch die Lage in Deutschland ändern, und nicht die Vereinigten Staaten. Sie schaffen doch eine Krise in Berlin, und nicht die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben schon seit langem, noch vor meinem Amtsantritt als Präsident, bindende Verpflichtungen gegenüber Berlin übernommen, und jetzt wollen Sie Ende dieses Jahres in einseitiger Weise einen Friedensvertrag unterzeichnen und uns das Zutrittsrecht nach Berlin nehmen. Meinen Sie, daß dies ein Weg zum Frieden ist?

CHRUSCHTSCHOW: Ich kann Ihre Logik nicht begreifen. Wie kann man die Situation verschlechtern, wenn man auf die Liquidierung des Krieges hinarbeitet? Seit eh und je galt die Unterzeichnung eines Friedens als Wohltat und der Krieg als Übel.

KENNEDY: Ich sage doch nicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages an und für sich eine kriegerische Aktion ist. Aber ein Friedensvertrag, demzufolge wir unserer Rechte verlustig gehen, ist ein kriegerischer Akt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist eine Angelegenheit der Sowjetunion, aber die einseitige Übertra-

gung unserer Rechte an Ostdeutschland ist schon eine ganz andere Sache. Westberlin ist für uns von Bedeutung nicht als Aufmarschgebiet für einen Überfall. Es ist für uns von Bedeutung, weil wir ihm gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen haben, wovon die ganze Welt weiß. Wenn wir jedoch dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmen, wird die ganze Welt den Schluß ziehen, daß die USA ein Land seien, das seine Verpflichtungen nicht ernst nimmt. Und ich versichere Ihnen, daß wir unsere Verpflichtungen, die unsere strategischen Interessen berühren, sehr ernst nehmen.

CHRUSCHTSCHOW: Was also tun? Ihre Ansprüche zeugen nicht von guten Absichten. Sie wollen den Kriegszustand in Westberlin aufrechterhalten, aber damit sind wir nicht einverstanden. Das werden wir der Weltöffentlichkeit erklären, und wir sind gewiß, die meisten Menschen werden verstehen, daß wir im Interesse des Friedens handeln.

6 1951 Friedensvertrag von San Francisco und Abschluß des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages.

Sie haben doch in Westdeutschland in einseitiger Weise alles annulliert, was in unserem Interesse war: Sie haben uns die Reparationen versagt und Westdeutschland wieder aufgerüstet. Sie haben einen separaten Friedensvertrag mit Japan⁶ unterzeichnet, wodurch wir jetzt keinen Friedensvertrag mit diesem Lande haben. Sie meinen, daß diese Handlungen Ihrerseits gerechtfertigt, unsere Absichten aber unmoralisch seien. Mit einer solchen Auslegung können wir selbstverständlich nicht einverstanden sein. Ob Sie den Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht, daß ist Ihre Sache, Herr Präsident. Wir wären sehr erfreut, unsere Unterschrift unter diesen Vertrag neben die Ihre setzen zu können. Aber auch wenn Sie sich weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden wir ihn trotzdem unterschreiben, und Ihr Zutritt nach Westberlin hört dann auf.

Sie sprechen von Ihrem Prestige, aber Sie müssen auch unserem Prestige Rechnung tragen. Sie meinen, daß die USA auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages in Westberlin irgendwelche Rechte weiter behalten müßten, die sich aus der Besetzung Deutschlands ergeben haben. Niemand in der Welt wird jedoch diese Ihre Politik verstehen und rechtfertigen können. Was ist das für eine Politik, die auf dem Grundsatz beruht: »Was ich will, das mache ich eben«? Den Versuch, Ihre Rechte hinsichtlich Westberlins auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufrechtzuerhalten, werden wir als eine Verletzung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, als eine Verletzung des Friedens und der Ordnung in Deutschland betrachten. Wir werden uns damit nicht abfinden, und die Verantwortung möge auf den fallen, der den Frieden verletzt.

KENNEDY: Wir sind überzeugt, daß unsere Anwesenheit in Berlin von der Bevölkerung Westberlins unterstützt wird, der gegenüber wir bestimmte Verpflichtungen übernommen haben. Sie sagen, wir wollten den Kriegszustand in Berlin aufrechterhalten, aber dort gibt es keinen Krieg und Berlin hat, wie Sie selbst sagten, keinerlei militärische Bedeutung.

Ich denke, es wäre gut, wenn West- und Ostdeutschland einen Weg zur Normalisierung ihrer Beziehungen finden würden und wenn die

UdSSR und die USA ihre Beziehungen in einer positiven Richtung entwickeln könnten. Ohne Zweifel wird sich die Lage in diesem Raum allmählich ändern, aber Sie wollen innerhalb von irgendwelchen 6 Monaten buchstäblich alles ändern. Unsere Zustimmung zu Ihrem Vorschlag könnte, wie ich bereits sagte, lediglich zur Isolierung der USA und zum Verlust aller ihrer Verbindungen in Westeuropa führen. Das wollen wir nicht. Ich selbst bin nicht darum bemüht, daß die Sowjetunion die Verbindungen einbüßt, die sie in Europa hat. Sie haben mich seinerzeit als jungen Mann bezeichnet. Aber ich bin nicht deshalb Präsident geworden, um im Gegensatz zu den Interessen der USA zu handeln. Ich bin bereit, beliebige Fragen mit Ihnen zu erörtern, um eine Verständigung zu erreichen. Aber Sie wollen unsere Position nicht verstehen und wollen in kurzer Zeit radikale Veränderungen in Berlin herbeiführen.

CHRUSCHTSCHOW: Dann wollen wir doch ein provisorisches Abkommen über Deutschland unterzeichnen. Sie verstehen dabei natürlich, daß es gegenwärtig keine Wiedervereinigung geben kann. Deshalb betrachte ich diesen unseren Vorschlag, um offen zu sprechen, als ein formales Moment, das den Anschein erwecken soll, daß die Großmächte den Deutschen selbst die Verantwortung übertragen. Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir diesen Weg beschreiten. Einen anderen Ausweg gibt es nicht: entweder wir verewigen den Kriegszustand, oder wir unterzeichnen einen Friedensvertrag. Wir haben in dieser Frage verschiedene Auffassungen, und wir können Sie natürlich nicht zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwingen, aber auch Sie können uns nicht zwingen, das zu tun, was im Interesse unserer Sicherheit erforderlich ist.⁷ Und alle Ihre Ansprüche hinsichtlich Westberlins entbehren jeder juristischen Grundlage.

7 Die Mißverständlichkeit dieses Satzes ergibt sich aus dem Original.

KENNEDY: Wir haben keinerlei Ansprüche. Wir verteidigen die Rechte, die uns gehören.

CHRUSCHTSCHOW: Wir können Ihnen eine Denkschrift mit der Darlegung unserer Position in der deutschen Frage überreichen, damit Sie unsere Auffassungen besser prüfen können, falls wir zur Erörterung dieser Frage zurückkehren sollten, (die Denkschrift wird Kennedy im Anschluß an die Unterredung überreicht).

Damit wird die Unterredung abgebrochen und N. S. Chruschtschow bittet J. Kennedy zum Frühstück.

Rede N. S. Chruschtschow während des Frühstücks in der Sowjetischen Botschaft zu Ehren des Präsidenten der USA John F. Kennedy, 4. Juni 1961

Verehrter Herr Präsident!
Meine Herren!
Genossen!

Wir sind sehr erfreut, Herr Präsident, mit Ihnen zusammenzutreffen und Meinungen austauschen zu können. Ich ziehe es immer vor, soweit das möglich ist, persönliche Kontakte mit ausländischen Staatsmännern zu unterhalten. Sie sind immer nützlicher, als die Kontakte selbst über die besten Botschafter. Nicht umsonst sagen manche witzige Leute, daß die Liebe in natura besser sei als die Liebe mit Hilfe des Dolmetschers.

Ich wiederhole, daß ich stets persönliche Kontakte und Unterredungen vorziehe, deren Teilnehmer keinen heiklen Fragen ausweichen. Natürlich kann keine rasche Lösung komplizierter Fragen erwartet werden. Es gibt solche Probleme, deren Regelung auch uns mit Ihnen nicht gelingen wird. Wie kann man dann erwarten, daß solche Fragen von Menschen gelöst werden, die eine weniger hohe Stellung einnehmen? Das ist einfach unmöglich. Deshalb messen wir den Begegnungen der Staats- und Regierungschefs eine so große Bedeutung bei, bei denen man die Position der anderen Seite kennenlernen und die eigene Position darlegen kann.

Wir haben Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen, Herr Präsident, und unsere eigene Position in einer Reihe wichtiger internationaler Fragen ausführlich dargelegt. Wir haben jetzt mit Ihnen offensichtlich noch kein Verständnis der gegenseitigen Positionen erreicht, und das ist durchaus natürlich. Wenn die Menschen gelernt hätten, alle schwierigen Fragen beim ersten Zusammentreffen zu lösen, dann gäbe es überhaupt keine schwierigen Fragen.

Herr Präsident, ich möchte im Namen der Sowjetregierung und im Namen unserer Freunde im Warschauer Vertrag, die ebenfalls an der Lösung der deutschen Frage interessiert sind, nochmals bekräftigen, daß wir und unsere Freunde sowohl bei der Lösung der deutschen Frage als auch der anderen internationalen Probleme ausschließlich friedliche Ziele verfolgen. Es ist Ihr Recht, Herr Präsident, den von mir angeführten Argumenten zuzustimmen oder nicht, aber ich möchte, daß Sie auf jeden Fall an die Aufrichtigkeit unserer Absichten glauben. Und wenn wir das tun, was wir in der deutschen Frage beabsichtigen, so sollten Sie verstehen, daß sich dieser Schritt nicht gegen Sie oder Ihre Verbündeten richtet. Wir wollen nur die Steine hinwegräumen, die den Weg zu einem dauerhaften Frieden versperren. Es gibt Krankheiten, die der Arzt durch einen operativen Eingriff heilt. Das ist natürlich ein schmerzhafter Vorgang, aber er führt zur Genesung des Patienten. Das, was wir vorschlagen, ist ebenfalls so etwas wie eine Operation. Wir wollen eine Schwelle überschreiten, und wir werden sie überschreiten, um eine Verbesserung der internationalen Situation zu erreichen. Wir legen uns Rechenschaft darüber ab, daß unsere Beziehungen dadurch für eine gewisse Zeit

einer großen Belastung ausgesetzt werden. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Sonne danach wieder erstrahlen und unsere Beziehungen erwärmen wird.

Sie brauchen Berlin nicht. Wir brauchen es auch nicht. Es gibt natürlich andere Partner, so zum Beispiel den Kanzler Adenauer, die an dieser Frage unmittelbar interessiert sind. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so ist Berlin für sie nur vom Standpunkt des Prestiges von Interesse. Adenauer ist natürlich ein kluger Mann, aber er ist ein alter Mann, und wir können nicht zulassen, daß das Überlebte die Vorwärtsbewegung des Neuen behindert.

Der aggressivste Mann in Westdeutschland ist gegenwärtig offener Verteidigungsminister Strauß. Aber selbst ein Mensch, dessen Geist gewöhnlich verdunkelt ist, hat manchmal einen Lichtblick. So hat auch Strauß einmal folgenden klugen Satz gesagt: »Wir verstehen doch, daß in Deutschland, falls ein Krieg ausbrechen sollte, kein Stein auf dem anderen bleiben wird.« Das ist eine sehr kluge Bemerkung.

Räumen wir also die Steine aus den Wege, liquidieren wir die Herde, die Konflikte hervorbringen und sogar einen Krieg auslösen können. Lösen wir gemeinsam die internationalen Streitfragen.

Ich verstehe selbstverständlich, daß Sie in einer schwierigen Lage sind: Sie haben Verbündete, die sich empören könnten – wie denn das, werden sie sagen, die USA wollen für uns mit der Sowjetunion die Fragen lösen? Wir haben ebenfalls Verbündete und tragen auch ihrer Meinung Rechnung. Wenn aber ein solcher Verbündeter von Ihnen wie beispielsweise Luxemburg eine kriegerische Haltung einnimmt, so wird das in den internationalen Angelegenheiten keine großen Wellen schlagen. Anders ist die Sache, wenn unsere beiden Länder zusammenstoßen. Ein Konflikt zwischen uns wäre nicht nur für unsere Länder, sondern für die ganze Menschheit ein Unglück. Daran müssen wir immer denken.

Sie sind ein religiöser Mann, ein Katholik. Sagen wir also mit den Worten der Religion »Helfe uns Gott« oder mit unseren Worten »Helfe uns die Vernunft«, den richtigen Weg zu finden und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, die Festigung des Friedens in der ganzen Welt zu erreichen.

Auf die Freundschaft zwischen unseren Völkern!
Auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident!

Antwortrede des Präsidenten der USA, John Kennedy, beim Frühstück in der Sowjetischen Botschaft, 4. Juni 1961

Herr Vorsitzender!
Meine Herren!

Gestatten Sie mir, Herr Vorsitzender, Ihnen für die Gastfreundschaft an diesem Tisch, für die Möglichkeit der Begegnung mit Ihnen zu danken.

Ich wollte gern mit Ihnen zusammentreffen, weil ich der Meinung war und bin, daß unsere beiden Staaten mächtige Staaten sind, daß unsere Völker den Frieden wollen, daß sich vor ihnen unüberschaubare Perspektiven des weiteren Fortschritts eröffnen. Ich war und bin der Meinung, daß die Begegnung zwischen Ihnen und mir im Interesse der ganzen Welt ist.

Unsere Unterredungen berührten einen sehr weiten Kreis von Fragen und verliefen zugleich in einer liebenswürdigen Atmosphäre, wofür ich meinen Dank aussprechen möchte.

Wie ich schon im Gespräch mit Herrn Gromyko sagte, besteht Ihre und unsere Aufgabe nach meiner Meinung darin, in dieser Epoche der Veränderungen, deren Endergebnis niemand voraussagen kann, einen direkten Zusammenstoß zwischen den USA und der UdSSR zu verhindern, einen Zusammenstoß, der die allerverderblichsten Folgen hätte. Ich habe die Macht der Sowjetunion niemals unterschätzt, und Sie wissen Ihrerseits, daß unser Land ebenfalls stark ist. Wie ich gestern sagte, ist die Lage kritisch, weil unsere beiden Länder riesige Vorräte von Vernichtungsmitteln geschaffen haben. In der Vergangenheit hatten Kriege, wenn sie entstanden, keine langdauernden Auswirkungen auf den Frieden, die Völker konnten die Wunden, die ihnen im Kampf geschlagen wurden, verhältnismäßig rasch heilen. Ein neuer Krieg aber, sollte er ausbrechen, würde die schlimmsten Folgen für viele und viele Generationen haben.

Deshalb scheint mir, daß die Pflicht unserer Regierungen darin besteht, ihre Ziele auf einem solchen Wege zu verfolgen, damit die Sicherheit ihres oder unseres Staates nicht gefährdet wird. Wir müssen verstehen, welche Fragen entscheidend und welche Fragen zweitrangig sind, das heißt, welche Fragen Sie und mich und welche Fragen die Herren Gromyko und Rusk betreffen. Die Deutschlandfrage, die Frage seiner Zukunft betrifft Sie und mich infolge der geographischen Lage dieses Landes im Herzen Europas und infolge einer Reihe anderer Ursachen. Ich hoffe, daß wir Wien, diese Stadt, wo durch das gemeinsame Verständnis der Frage ein wichtiges Übereinkommen zwischen unseren Ländern erzielt wurde,⁸ nicht mit der Absicht verlassen werden, eine Situation heraufzubeschwören, als deren Ergebnis die eine oder andere Seite vor Tatsachen gestellt wird, die eine unmittelbare Bedrohung ihrer Sicherheit schaffen.

Es gab in der Vergangenheit Fälle, da es Staatsmännern nicht gelang, ein richtiges Verständnis der Lage zu erreichen. Das hatte die verhängnisvollsten Folgen für die Sache des Friedens. Ich hoffe, daß wir mehr Glück haben werden. Mir scheint, *wir können eine solche Anerkennung unserer gegenseitigen Interessen erreichen, die es uns gestattet*, den Frieden zu erhalten und zu festigen.

Ich bin dankbar für die Möglichkeit, mit Ihnen zusammenzutreffen und Meinungen austauschen zu können, Herr Vorsitzender. Sie sagten gestern abend als Antwort auf meine Frage, daß Sie mit 44 Jahren Sekretär des Moskauer Komitees der Partei waren und sich ebenfalls mit Fragen der Planung beschäftigt hätten. Ich hoffe, daß ich mit 67 Jahren die Organisation der Demokratischen Partei in Boston leiten und an der Spitze des örtlichen Planungsausschusses stehen werde.

8 1955 Abschluß des österreichischen Staatsvertrages durch die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Österreichs, der UdSSR und den USA. Er stellte die Souveränität Österreichs wieder her und Österreich erklärte, »immerwährende Neutralität« zu halten.

CHRUSCHTSCHOW: Vielleicht als Leiter des Planungsausschusses der ganzen Welt?

KENNEDY: Nein, mir genügt meine Heimatstadt.

Es ist mir also sehr angenehm, einen Trinkspruch auf die Mitglieder der sowjetischen Delegation auszubringen, auf Herrn Gromyko, mit dem ich schon 16 Jahre bekannt bin, auf Ihren Botschafter, auf Ihren Dolmetscher, der Ihre Gedanken so exakt dargelegt hat, und auf Sie, Herr Vorsitzender des Ministerrates!

NIEDERSCHRIFT

der Unterredung N. S. Chruschtschow mit John F. Kennedy in der Sowjetischen Botschaft vom 4. Juni 1961

Nach dem Frühstück, als der Entwurf der Mitteilung für die Presse vorbereitet wurde, äußerte Kennedy den Wunsch, sich mit N. S. Chruschtschow unter vier Augen unterhalten zu können. Nachstehend folgt die Niederschrift dieser Unterredung.

KENNEDY: Man muß konstatieren, Herr Vorsitzender, daß wir in der Berlinfrage verschiedene Auffassungen haben. Diese Frage ist jedoch von so großer Bedeutung für uns beide, daß ich hoffe, Sie werden im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern keine Aktionen unternehmen, durch die ich zutiefst in die sich vollziehenden Ereignisse hineingezogen werde und durch die unsere Länder vor einen unmittelbaren Zusammenstoß gestellt werden. Ich trage natürlich der Tatsache Rechnung, daß Sie ausgehend von Ihren Interessen handeln werden. Ich bitte Sie jedoch, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Frage unseres Zugangs und unserer Rechte in Westberlin. Ich hoffe, daß sich mit der Zeit Möglichkeiten für die Ausarbeitung von Maßnahmen ergeben werden, die auf die Gewährleistung einer befriedigenderen Lage in Berlin abzielen. Am meisten bin ich darüber besorgt, es zu keinem direkten Zusammenstoß zwischen uns in einer so wichtigen Frage wie Berlin kommen zu lassen.

CHRUSCHTSCHOW: Ich schätze Ihre Offenheit, Herr Präsident, muß aber meinerseits folgendes erklären. Wenn Sie nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Ihrem Zugangsrecht nach Berlin beharren, so wird selbst ein direkter Zusammenstoß zwischen uns diese Frage nicht zu Ihren Gunsten entscheiden. Wir werden uns gegen eine Aggression verteidigen, falls Ihre Truppen die Grenzen der DDR überschreiten.

Ich habe Ihre Position aufmerksam zur Kenntnis genommen. Sie entbehrt jedoch jeder rechtlichen Grundlage. Sie wollen unseren Staat erniedrigen, und das werden wir nicht gestatten.

Wählen Sie selbst, Herr Präsident, wir werden dem Schicksal nicht ausweichen. Ich werde in dieser Frage so handeln, wie mich meine Stellung als Vorsitzender des Ministerrates verpflichtet. Ich

wäre erfreut, wenn Sie unseren Vorschlag der Zwischenlösung annehmen und ein provisorisches Abkommen über Deutschland und Westberlin unterschreiben würden, damit in der Folge ein Friedensvertrag ohne Nachteil für unser Prestige unterzeichnet werden kann.

KENNEDY: Dieses provisorische Abkommen würde die Anwesenheit unserer Truppen in Berlin vorsehen?

CHRUSCHTSCHOW: Ja, für die Geltungsdauer dieses Abkommens.

KENNEDY: Aber dann würde der Zutritt zu dieser Stadt unterbunden?

CHRUSCHTSCHOW: Ja. Aber zur Wahrung Ihres Prestiges wären wir auch bereit, daß Ihre Truppen gemeinsam mit Truppenkontingenten Englands, Frankreichs und natürlich der Sowjetunion weiterhin in Westberlin bleiben auf der Grundlage eines Abkommens, das in der UNO fixiert wird. Aber der Zutritt zu Westberlin wird dann selbstverständlich mit Genehmigung der Regierung der DDR erfolgen. Das ist eine Prerogative der Regierung der DDR.

Wenn Sie diesem Vorschlag nicht zustimmen und Ereignisse ins Rollen bringen wollen, die sich als die schlimmsten in der Geschichte der Menschheit erweisen können, so machen Sie sich dazu bereit. Wir werden uns unsererseits ebenfalls bereit machen, wenn Sie diese Frage mit Gewalt lösen wollen. Aber das wollen wir nicht. Wir wollen diese Frage auf der Grundlage der Vernunft lösen.

KENNEDY: Herr Vorsitzender, entweder Sie glauben nicht, daß es uns ernst ist und wir bereit sind, unsere juristischen Verpflichtungen in dieser Frage zu erfüllen, oder Sie fühlen, daß trotz der großen Erfolge auf wirtschaftlichem und anderem Gebiet, in der Eroberung des Weltraums die Lage Ihres Landes so unbefriedigend ist, daß Sie das Risiko eines offenen Zusammenstoßes zwischen den USA und der UdSSR einzugehen bereit sind, um die Lage in Westberlin zu ändern, die schon 16 Jahre besteht. Ich glaube jedenfalls nicht, daß irgend jemand in Ihrem Lande wirklich an Aktionen interessiert wäre, die in 6 Monaten zu verhängnisvollen Folgen für die Menschheit führen könnten. Ich befinde mich auch deshalb noch in einer schwierigen Lage, weil ich in London mit Premierminister Macmillan konferieren werde, der sich zweifellos für den Inhalt unserer Unterredungen interessiert. Ich werde sagen müssen, daß in sechs Monaten die Ereignisse eintreten, von denen Sie sprechen. Das werden Ereignisse sein, die ich am allermeisten verhüten wissen wollte. Wir werden uns von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen, gebunden durch völlig gegensätzliche Verpflichtungen, was zu verhängnisvollen Folgen führen muß. Ich bedaure, daß ich bei einer solchen Lage der Dinge aus Wien abreisen muß.

CHRUSCHTSCHOW: Wir wollen Frieden.

KENNEDY: Wenn ich den Frieden nicht wollte, wäre ich nicht hierhergekommen. Es ist leicht, einen Krieg zu entfesseln, Herr Vorsitzender, aber es ist schwer, den Frieden zu sichern.

CHRUSCHTSCHOW: Ich habe drei Kriege erlebt, Herr Präsident, und ich weiß, was er dem Volk bringt. Nicht ich bin es, der mit Krieg droht, sondern Sie. Ich nehme lediglich Ihre Herausforderung an, denn wenn Sie den Krieg beginnen, werden wir antworten müssen.

KENNEDY: Sie wollen also die bestehende Lage ändern.

CHRUSCHTSCHOW: Ich will Frieden und einen Friedensvertrag mit Deutschland. Wenn ich Grenzen ändern oder andere Völker erobern wollte, dann wären Sie tatsächlich verpflichtet, sich zu verteidigen. Wir wollen jedoch nur den Frieden.

Drohungen von Ihrer Seite werden uns nicht aufhalten. Wir wollen keinen Krieg, wenn Sie ihn uns aber aufzwingen sollten, wird es einen geben. Das können Sie also Macmillan, de Gaulle und Adenauer sagen. Beachten Sie also, Herr Präsident, daß dies unser unumstößlicher Entschluß ist und wir den Friedensvertrag im Dezember dieses Jahres unterzeichnen werden.

KENNEDY: Ja, es scheint einen kalten Winter zu geben in diesem Jahr.

CHRUSCHTSCHOW: Wir werden von unserem Entschluß nicht abgehen, aber ich glaube, daß trotzdem Frieden sein wird und daß sich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Beziehungen auf dem Wege der Freundschaft und der Zusammenarbeit entwickeln werden.

KENNEDY: Wir konnten mit Ihnen leider keine gemeinsame Auffassung in den erörterten Fragen erzielen, aber ich danke Ihnen aufrichtig, Herr Vorsitzender, für Ihre Gastfreundschaft sowie für den lebenswürdigen und höflichen Ton, in dem Sie die Unterredungen mit mir geführt haben.

Damit waren die Unterredungen zwischen N. S. Chruschtschow und John F. Kennedy vom 3. und 4. Juni 1961 in Wien abgeschlossen.

CHRISTIANE ASZAKIES, CHRISTEL GIBAS

Schöne neue Welt. Perfektion oder Perversion?

Christiane Aszakies –
wissenschaftliche Mitarbei-
terin beim Verein zur
Förderung von Kultur,
Wissenschaft und politischer
Bildung ELBE-SAALE e.V.

Christel Gibas – Jg. 1951,
Dr. phil., Historikerin,
wissenschaftliche Mitarbei-
terin beim Verein zur
Förderung von Kultur,
Wissenschaft und politischer
Bildung ELBE-SAALE e.V.
in Halle/Saale

Auch in diesem Jahr wurde in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-»Euthanasie« Bernburg die durch den Bildungsverein ELBE-SAALE organisierte Tagungsreihe zu gesundheitspolitischen und medizinethischen Entwicklungen fortgesetzt. Unter Bezugnahme auf das vieldiskutierte Werk von *Aldous Huxley* »Brave New World« lautete das Thema der Veranstaltung »Schöne neue Welt. Perfektion oder Perversion?«

Im Mittelpunkt stand die Frage, ob es der Medizin künftig erlaubt sein soll, die ihr heute zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten der Präimplantationsdiagnostik (PID) sowie der Stammzellforschung an menschlichen Embryonen zu nutzen oder ob Embryonenforschung aus vorrangig ethischen Gründen in Deutschland weiterhin nur äußerst restriktiv zu handhaben sei. Unter PID versteht man eine Methode, bei in vitro gezeugten Embryonen am dritten Tag ihrer Entwicklung und vor der Rückverpflanzung in den Uterus der Mutter einige Zellen zu entnehmen und diese auf genetische Fehler zu untersuchen. Die in vitro Befruchtung, das heißt die Verschmelzung von Spermium und Eizelle außerhalb des menschlichen Körpers im Labor, ist dabei unabdingbare Voraussetzung. In der Konsequenz erlaubt diese Methode die Auswahl eines von mehreren gezeugten Embryonen unter dem Gesichtspunkt seines genetischen Potentials. Nach deutschem Recht dürfen bei einer in vitro Befruchtung nur drei Embryonen die volle Verschmelzung von Spermie und Eizelle durchlaufen und somit potentiell für eine Reimplantation zur Verfügung stehen.

Schon an den Beiträgen der Referenten war zu erkennen, daß das Thema eine stark polarisierende Wirkung hat, weltanschauliche Position, fachliche Qualifikation und persönliche Situation großen Einfluß haben. Dr. *Michael Wunder* (Hamburg) ging von den Visionen der heutigen Biomedizin aus. Es seien vor allem Visionen der technischen Machbarkeit eines neuen Menschen, der stabiler, gesünder, genetisch verbessert, in seiner Lebensführung und seinem gesellschaftlichen Einsatz vernünftig durch genetische Tests gelenkt länger und vor allem lustvoller leben könne. Mögliche Perspektiven einer genetischen Medizin veranschaulichte er am »ethischen Eskalationsmodell« einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der Universität München. In sieben Stufen – angefangen bei der gentechnischen Herstellung von Medikamenten im Sinne einer Substitutionstherapie bis hin zur Keimbahntherapie zur Veränderung der menschlichen Gattung in bezug auf Merkmale wie Intelligenz oder Aggression –

sei hier die Anwendung der Gentechnologie auf die Humanmedizin prognostiziert worden. Eine Lobbygruppe von Betroffenen, die diesen Fortschritt fordert, gäbe es bereits auf fast jeder Stufe. Angesichts der Möglichkeit, daß Menschen ihre Evolution selbst in die Hand nehmen, müsse gefragt werden: Wo soll der Schnitt sein, die Schwelle, die nicht mehr überschritten wird? Die in Deutschland noch verbotene PID werde in der aktuellen Debatte – so *Wunder* – bisher weitgehend als spezifische Methode der pränatalen Diagnostik im Rahmen der assistierten Fortpflanzung betrachtet. Sie sei aber gleichzeitig der Einstieg in die Auswahl zweckbestimmter Embryonen, in den entmoralisierten Umgang mit Embryonen und die Voraussetzung für Verfahren zur genetischen Veränderung – letztlich für das Designer-Baby, was Fragen nach den Grundlagen und den Werten einer humanen Medizinethik aufwerfe. Bescheidenheit, Respekt vor dem Menschen, ganzheitliche Sicht und Gerechtigkeit müßten für das Gesundheitssystem der Zukunft Verpflichtung sein.

Referenten und Referentinnen, die die Haltung von Behindertenorganisationen widerspiegeln, darunter Dr. *Sigrid Graumann* (Interfakultäres Zentrum für Ethik in den Wissenschaften Tübingen) und *Maik Nothnagel* (MdL Thüringen), lehnten die PID und andere Methoden der vorgeburtlichen Diagnostik kategorisch ab. Sie bergen in sich die Gefahr der Diskriminierung behinderter Menschen und wären de facto eine Unterscheidung zwischen lebenswert und lebensunwert. Die Darstellung vorgeburtlicher Diagnosemöglichkeiten insbesondere in den Medien würde breiten Schichten der Bevölkerung zudem suggerieren, Behinderungen bei Neugeborenen seien vermeidbar. Dies impliziere einen Druck auf künftige Mütter, sich einer vorgeburtlichen Diagnose zu unterziehen und wäre somit zugleich ein Angriff auf die freie Entscheidung der Frau.

Auch für die Anwesenden, die das Fachgebiet Medizinethik vertraten, wie zum Beispiel Prof. Dr. *Ernst Luther* (Halle) und Dr. habil. *Viola Schubert-Lehnhardt* (ELBE-SAALE e. V.), stellt die PID einen Angriff auf die Würde des Menschen dar.

Insbesondere *Ernst Luther* machte unter anderem deutlich, daß nach seiner Auffassung Embryonen, auch im frühesten Embryonalstadium, das heißt unmittelbar nach der Verschmelzung von Spermie und Eizelle, vollwertige menschliche Wesen seien und somit die Verwerfung von Embryonen im Rahmen einer PID der Tötung menschlichen Lebens entspricht. Eine Veränderung des seit 1991 geltenden Embryonenschutzgesetzes, das das Verbot der Nutzung menschlicher Embryonen zu einem anderen Zweck als der Erzeugung einer Schwangerschaft festschreibt, sei zu verhindern. Im Rahmen eines historischen Exkurses führte er des weiteren aus, daß der Begriff Menschenwürde im Verlauf der Geschichte unterschiedlich definiert wurde und damit die Charakteristika eines Zuteilungsbegriffs trage. Mit der gegenwärtigen Entwicklung der Medizintechnik erreiche die Diskussion um die Menschenwürde des Embryonen eine neue Dimension. Generell könne man seiner Ansicht nach bei der Betrachtung des Begriffs Menschenwürde zwei Grundrichtungen folgen. Die erste dieser Richtungen legt dem Begriff Menschenwürde Vernunft, Rationalität, Freiheit der Entscheidung und ähnliche Definitionskriterien zugrunde. In der Endkonsequenz führe das

zu einer Trennung von Person und Mensch, wobei nach Auffassung von Vertretern dieser philosophischen Richtung, zum Beispiel dem australischen Philosophen *John Singer*, eine Person ein Wesen sei, das Vernunft und Reflektionsfähigkeit besitzt. *Singer* stellte in Konsequenz seiner Argumentation fest, daß es ein größeres Verbrechen sei, einen Schimpansen zu töten als einen schwerst geistig behinderten Menschen, da der Schimpanse im Sinne obengenannter Definition eine Person sei. *Ernst Luther* bezeichnete diese Argumentation als einen Freibrief für Selektion und Aberkennung der menschlichen Würde. Die zweite Richtung geht demgegenüber davon aus, daß es Kriterien wie Solidarität und Mitmenschlichkeit sind, die uns zum Menschen machen. Die Menschenwürde sei das höchste Gut und unantastbar. Dies gelte auch für Embryonen.

Dr. habil. *Viola Schubert-Lehnhardt* ging von dem Beitrag aus, den sie als Ethikerin in die gegenwärtige gesellschaftliche Debatte einbringen könne. Nach ihrer Meinung bestünde er vor allem darin, die Bedeutung von Begriffen zu analysieren, um oft unausgesprochene Prämissen kontroverser Positionen offenzulegen, dadurch Mißverständnisse auszuräumen, Einigung zu erleichtern oder Streitpunkte deutlicher zu machen. Ausführlich äußerte sie sich zur Selbstbestimmung von Frauen angesichts neuer Möglichkeiten der Gentechnologie. Der Begriff Selbstbestimmung sei mit dem der Selbstverantwortung eng verbunden. Insofern müsse der zu beobachtende schleichende Bedeutungswandel des Begriffes Verantwortung stärker in die Diskussion einbezogen werden. Die Tendenz, ihn zunehmend im Sinne einer qualitativen Auswahl zu fassen, führe dazu, daß nur noch diejenigen als verantwortungsvoll gelten, die sich eugenischen Maßstäben unterwerfen. Schon heute widerspiegele die öffentliche Meinung – so *Schubert-Lehnhardt*: »Je einfacher es technisch wird, genetische Mißbildungen des Fötus zu diagnostizieren, desto mehr Schuld wird Eltern/Müttern zugewiesen, wenn sie behinderte Kinder zur Welt bringen.« Notwendig sei unter anderem die Auseinandersetzung mit Denkmodellen, die Planbarkeit und technokratische Verwaltung des Körpers als Zeichen von Befreiung der Frau ansehen und das Ziel der pränatalen Diagnostik nicht als Eugenik, sondern als rationale Lebensplanung erscheinen lassen.

Demgegenüber vertraten Prof. Dr. *Ingo Hansmann* (Institut für Humangenetik und medizinische Biologie der MLU Halle) und Prof. Dr. *Herbert Meyer* (ZEM Erfurt), die auf dem Gebiet der Humangenetik beziehungsweise der Gynäkologie tätig sind, die Meinung, daß man zumindest über das positive Potential vorgeburtlicher Diagnostik nachdenken müsse. Am Beispiel mehrerer schwerster Erbkrankheiten, die alle durch nur ein Gen determiniert sind (darunter fortschreitender Muskelschwund, Mukoviszidose und auch eine Veranlagung zu bestimmten Krebsarten) machte *Ingo Hansmann* deutlich, daß die Anwendung der bislang gesetzlich gestatteten vorgeburtlichen Diagnosemethoden die Zahl der Neugeborenen mit genetisch bedingten Krankheiten beziehungsweise Behinderungen im letzten Jahrzehnt in den Industriestaaten stark reduzierte. Er betonte des weiteren, er erachte alle Formen von Leben als schützenswert. Jedoch müsse man seiner Ansicht nach den Grad der Schutzwürdigkeit von Lebensformen in Abhängigkeit von deren biologischem

Entwicklungsstand differenziert betrachten. Einem menschlichen Embryo stände erst dann der Schutz zu, der einem Menschen zukommt, wenn die Differenzierung der embryonalen Zellen einsetzt. Erst an diesem Punkt beginnt die Entwicklung des zentralen Nervensystems, das uns von allen anderen Lebensformen unterscheidet. Dieses Entwicklungsstadium erreicht der Embryo jedoch erst einige Tage nach der Befruchtung der Eizelle.

Herbert Meyer brachte noch einen weiteren Aspekt in die Diskussion ein. Bei medizinischer Indikation, das heißt, wenn eine schwere Schädigung des Kindes oder der Mutter zu erwarten sei, könne ein Schwangerschaftsabbruch auch bis kurz vor dem Einsetzen der natürlichen Geburt eingeleitet werden.

Je fortgeschrittener die Schwangerschaft sei, desto größer würden auch die körperlichen und psychischen Belastungen der Schwangeren. Ein Teil der Kinderschädigungen, die zum späteren Abbruch führen, wären durch eine PID von vornherein vermeidbar. *Herbert Meyer* regte an, auch darüber künftig stärker nachzudenken.

Aus einem ganz anderen Blickwinkel äußerte sich Dr. *Giovanni Maio* (Medizinische Universität Lübeck) zum Thema der Tagung. Er untersuchte den gesellschaftlichen Umgang mit der Genetik im Spiegel des deutschen Fernsehens. Ausgehend von den Gestaltungsregeln der Fernsehberichterstattung, wies er an ausgewählten Beispielen nach, daß durch dieses Medium weniger manipuliert als vielmehr die öffentliche Meinung zu Fragen der Genetik widerspiegelt wird. Nur Themen, die von breitem öffentlichen Interesse sind, können medienwirksam verarbeitet werden und bringen Quote. Ihre Darstellung wird dabei in der Regel den Vorstellungen breiter Bevölkerungsschichten angepaßt. So zeige sich beispielsweise an der Berichterstattung zum Klonen die beständige Einbettung des Problems in solche Bedeutungskreise wie Bedrohung, Eugenik und Verheißung. Das Klonen als kühle und unaufhaltsame Wissenschaft, als Blasphemie sowie die Mystifizierung der Gene seien weitere Bezugspunkte in der Darstellung, mit denen das Fernsehen Wirkung erziele.

Das Statement von *Inés Brock* (Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), mit dem die Tagung abgeschlossen wurde, zeigte noch einmal die ganze Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der Thematik. Nach ihrer Auffassung müsse es im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung von PID »erlaubt sein, tabufrei auch darüber zu reflektieren, was die bereits existierenden vorgeburtlichen Untersuchungen mit den Frauen, Eltern und Kindern machen! Das heißt auch kritisch nachzufragen, ob die medizinische Indikation des § 218 ff. wirklich unantastbar bleiben muß. Spätabtreibungen sind ein Trauma für Frauen und medizinisches Personal. Ja, ein in der 23. Schwangerschaftswoche abgetriebenes Kind hat ein vermeintlich höheres Lebensrecht als ein Embryo im 8-Zell-Stadium. Der Schluß daraus kann jedoch nicht heißen, wir müssen die PID erlauben, sondern wir müssen neu darüber nachdenken, warum genetisch bedingt behinderte Kinder überhaupt aussortiert werden. Nur ein Bruchteil der Behinderungen ist genetisch bedingt. Konsequenterweise müßte eher der Straßenverkehr verboten werden.«

Der Bildungsverein ELBE-SAALE bereitet auch zur diesjährigen Tagung in Bernburg die Herausgabe eines Protokollbandes vor. Er wird voraussichtlich im Herbst beim trafo verlag Berlin erscheinen.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

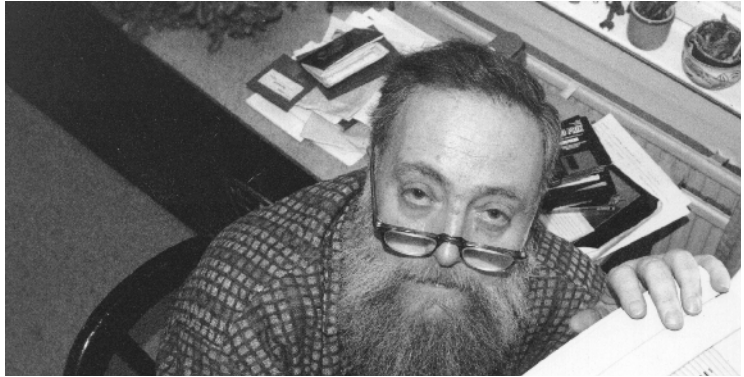


Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Die Parteien, so will es scheinen, haben allesamt abgewirtschaftet. Das merken alle beziehungsweise viele in diesem unseren Land, nur die Parteien selber, die merken es nicht. Oder sie tun so, als ob sie es nicht merkten. Das hat verschiedene Gründe, einer davon dürfte sein, daß Parteien in Deutschland veritable Arbeitgeber sind. Da werden sie doch nicht so leichtsinnig sein, und sich selber in Frage stellen. Ein anderer Grund: Es ist uns als Parteien-Ersatz bis jetzt noch nichts besseres eingefallen.

Doch große Teile der Bevölkerung schert das alles wenig, sie bleiben bei Wahlen zu Hause – siehe die peinlichen Zahlen der Wahlbeteiligungen in den letzten Jahren. Doch eine niedrige Prozentzahl hat bis jetzt noch keinen Politiker daran gehindert, sich eines Wahlsieges zu erfreuen, den er – beispielsweise – mit 30 Prozent der abgegebenen Stimmen einfuhr, denn der »Unterlegene« hatte ja nur – beispielsweise – 29 Prozent. Und das bei einer Wahlbeteiligung von – beispielsweise – 40 Prozent. Und beide bedauern zwar in ihren Erklärungen, die sie nach jeder Wahl abgeben, die geringe Wahlbeteiligung, aber sie werden sie, und zwar einvernehmlich, nicht ernsthaft thematisieren. Denn das würde ja heißen, daß Sieger mitnichten behaupten könnte, von den wahlberechtigten Bürgern mit einem Auftrag zum Politikmachen versehen worden zu sein. Letztens hatte es mich nach Sachsen-Anhalt verschlagen, wo sie gerade in den Gemeinden die Bürgermeister gewählt hatten. In der »Mitteldeutschen Zeitung« brachten sie einen Bericht aus dem Städtchen Kelbra. Dort hatten sich nämlich nur ganze 27 Prozent der Berechtigten an der Neu-Wahl ihres Ortsvorstehers beteiligt. Doch auch der Bericht aus Kelbra konnte natürlich nicht zu den Gründen der Wahlabstinenz

vordringen. Die Zahl 27 fand ich übrigens im Zusammenhang mit Wahlen in Sachsen-Anhalt noch einmal. Ich stieß im Internet auf sie: Bei den Kommunalwahlen vor zwei Jahren waren landesweit nur 27 Prozent der 16- und 17jährigen zum Urnengang angetreten.

Was beschäftigte im Berichtszeitraum die deutsche Presse noch? Eine Rentenreform, deren Regularien außer Diplommathematikern allerdings kein Aas mehr versteht. Was insofern auch nicht nötig ist, als der potentielle und künftige Rentier ja sowieso nur zu begreifen hat, daß er weniger anstatt mehr zu erwarten hat. Dann gab es aus der deutschen Promiszene einige Schwangerschaften zu vermelden (selbstredend durch die Bank Spätgebärende ...), ach ja, über Kindergeld wurde auch debattiert. Obwohl Deutschland nicht das einzige europäische Land zu sein scheint, in dem immer weniger Kinder geboren werden (unlängst kam eine solche Meldung ausgerechnet aus Italien – Ihr seid mir ja schöne Katholiken!), nimmt sich die deutsche Debatte sehr skurril verlaufen, als sie sich in Teilen wahrscheinlich sehr skurril aus, jedenfalls von außen. Pascale Hugues, Berliner Korrespondentin für das Magazin »Le Point« schrieb dazu in einem Gastkommentar für den »Tagesspiegel« unter anderem:

»In Frankreich kriegen die Frauen Kinder – mehrere Kinder –, aber das Leben geht weiter. Dank eines flächendeckenden Systems von Kinderkrippen und kostenlosen Kindergärten, deren Besuch ab dem Alter von drei Jahren Pflicht ist, dank Ganztagschulen – vor allem aber, weil alle akzeptieren, daß eine Frau eine gute Mutter sein kann, auch wenn sie einige Stunden des Tages einer anderen Beschäftigung widmet als ihren Kindern.« An anderer Stelle schreibt sie: »Die »Experten« entdecken den Teufel überall: die Kinderkrippe, die Schule, das Fernsehen, die laxen Eltern, die Erosion der Werte, die abends nicht geputzten Zähne ... «

Das Nichtparteiorgan »Neues Deutschland« – hat hier jemand gelacht? – praktizierte letzters einen Rückfall in Heinz-Geggelsche Urzeit. Es druckte einen redaktionellen Beitrag, der es Wert wäre, als Lehrmaterial an der Leipziger Journalistenfakultät verwendet zu werden – im Fach »dialektische Rabulistik« oder »parteiliches Flunkern«. Der Vorgang ist vermutlich außerhalb von PDS und »Neues Deutschland« nahezu unbemerkt geblieben (denn es gibt ja, Sie werden es nicht glauben, Genossen, doch tatsächlich ein Leben außerhalb und ohne PDS!); aber das hat er nicht verdient. Die Zeitung war kritisiert worden, weil sie nur den Entwurf der Programmkommission abgedruckt hatte, nicht aber die vorhandenen Alternativentwürfe. Die Zeitung behauptete straks, die Programmbeilage sei eine Anzeige gewesen, und außerdem sei sie kein Parteiorgan. Jetzt will ich gar nicht die Frage nach den Anteilseignern aufwerfen (und wie sich die Prozente verteilen ...), sondern nur darauf aufmerksam machen, daß die Beilage nicht als Anzeige gekennzeichnet war; und selbst wenn die Beilage von der PDS wie eine Anzeige bezahlt worden ist, bliebe immer noch die Frage, warum der Vorstand nicht auch Geld für die Alternativvorschläge bereitgestellt hat. Egal wie – die redaktionelle Erklärung dazu hatte jedenfalls fast schon wieder das Niveau der in den sozialistischen Sagenschatz eingegangenen Story von der Mentholzigarette. (Unaufgeklärten Neubürgern aus den Altländern stehe ich zu zweckdienlichen Erläuterungen zur Verfügung.)

**Christiane Zehl Romero:
Anna Seghers.
Eine Biographie 1900 - 1947,
Aufbau-Verlag, Berlin 2000,
560 S. (59,90 DM)**

Der vorliegende voluminöse erste Band einer Seghers-Biographie – sie lebte bis 1983 – erschien im Rahmen eines ansehnlichen Verlagsprogrammes zum 100. Geburtstag der Schriftstellerin am 19. November 2000. Außerdem kamen als Band eins einer neuen, revidierten und kommentierten Werkausgabe der Roman *Das siebte Kreuz*, eine jetzt entdeckte frühe Erzählung *Jans muß sterben*, der von Christel Berger herausgegebene Briefwechsel des Jahres 1947 *Hier im Volk der kalten Herzen* sowie eine Neuauflage der *Biographie in Bildern* von Wagner, Emmerich, R. Radvanyi heraus. Zu nennen ist ferner das 9. Jahrbuch der Seghers-Gesellschaft *Argonautenschiff* (Redaktion unter Leitung von Margrid Bircken). Bei Reclam, Stuttgart, erschien außerdem in der Reihe *Literaturstudium* der Band *Anna Seghers* von Sonja Hilzinger. Das sind Zeichen des wieder gewachsenen, auf jeden Fall aber noch immer vorhandenen Interesses an der großen Schriftstellerin, die als *Netty Reiling* geboren wurde und durch Heirat den Namen *Radvanyi* bekam.

Die in Wien 1937 geborene *Christiane Zehl Romero* ist in den USA Professor für Germanistik an der Tafts University, Medford (Massachusetts) und fand, daß es höchste Zeit wäre, die Lebensgeschichte von *Anna Seghers* »zum ersten Mal genauer zu verfolgen« und den »Versuch einer längeren Biographie« zu unternehmen (S. 7). Versucht werden sollte, »Leben, Werk und Zeit aufeinander zu beziehen« (S. 8). In der Tat: Die nicht wenigen, mit ihrem Gegenstand sympathisierenden, kleineren Biographien beziehungsweise Bildbiographien enthielten weniger Informationen zum Privaten. Sie alle hatten damit zu tun, daß *Anna Seghers* kaum etwas von ihrem Leben kundtat und für mehrere Lebensabschnitte Zeugnisse fehlten. Besonders in den neunziger Jahren hat die *Seghers*-Forschung, auch die biographische, beträchtliche Fortschritte gemacht. Archive wurden zugänglich. Die Kom-

munikation wurde wesentlich erleichtert, besonders die *Anna-Seghers-Gesellschaft* schuf seit 1990/91 durch Jahrestagungen und das Jahrbuch *Argonautenschiff* ein Forum wissenschaftlichen Austausches. Daß eine Epoche zu Ende gegangen ist, stellte Fragen an Werk und Leben und an bisherige Auffassungen neu.

Christiane Zehl Romero hat die Gunst der Stunde genutzt und ein angenehm lesbares Buch geschrieben, das die wichtigen biographischen Vorarbeiten gedächtnisstark nutzt und mit Bezug auf das Leben von *Anna Seghers* wesentliche neue Erkenntnisse bietet. Durch die Biographie wird die Chronologie, auch die zeitliche Seite der Werkgeschichte, beträchtlich vervollständigt. Vereinzelt hat sie Tabus gebrochen und über die schwierige Zeit der Ehe berichtet.

Der große Vorzug dieser Biographie liegt in der einfühlsamen Darstellung des persönlichen Umfeldes der Schriftstellerin. (Behutsamkeit halte ich im Unterschied zu einigen Kritikerinnen für eine Tugend.) Gänzlich neu ist die Beschreibung des Lebensabschnitts nach dem Studium in den Jahren 1924 und 1925, in dem sich *Anna Seghers* für das Schreiben und für ihren späteren Mann *Lászlo Radvanyi* entschied und sich vom Elternhaus in Mainz löste. Grundlage ist vor allem ein Tagebuch, das der Sohn, *Pierre Radvanyi*, fand und der Biographin zur Verfügung stellte. Aus den Aufzeichnungen geht hervor, wie leidenschaftlich angestrengt die junge Frau 1924/25 – in »einer seltsamen Vereinigung von Gewißheit und Unsicherheit« (S. 180) – zum Schreiben drängt. »Bilder«, »Visionen«, »Träume« sind Wörter, die wiederkehren, sie fühlt »schreckliches Liebesbedürfnis u. Schreibbedürfnis« (S. 169). Sie spricht von »Revolutions-Lebensverlangen – Todesnotwendigkeit« (S. 184). Mir erschließt sich daraus, wie Schreiben ihr Lebensinhalt wurde und wie sich darin ein mächtig bewegtes Innenleben äußert. Der versonnene Gesichtsausdruck, den ihr Bild auf dem Umschlagfoto und vielen anderen, späteren Bildern zeigt, gibt Intensität, aufmerksamstes Lauschen auf Inneres wieder. Durch ihre Dichtung zur Weltveränderung beizutragen, ist eine Absicht, die erst nach Jahren bewußt und sagbar wird.

Diese Biographie berichtet detailliert von der Herkunft aus wohlhabenden deutsch-jüdi-

schen Kaufmannsfamilien, über die Lebensumstände der Heranwachsenden, das Studium in Heidelberg und Köln, über die anfängliche, kränkende Ablehnung des Bräutigams Dr. *Lászlo Radvanyi* als weltfremdem Habenichtes und brotlosem Privatgelehrten durch die Familie. Auch im folgenden – die Heirat war 1925 – gilt den Familienbeziehungen von *Anna Seghers* viel und berechnete Aufmerksamkeit. Erstmals wird auch Auskunft gegeben, wie und in welchem Maße Familienmitglieder, die im Ausland in einer besseren Situation waren, *Anna Seghers* im Exil und ihren in Mainz zurückgebliebenen Eltern geholfen haben oder auch nicht.

Aufs Ganze gesehen, ist das Bild, das *Christiane Zehl Romero* entwirft, reicher und farbig, vor allem aber auch schwieriger und widerspruchsvoller als die bisherigen. Ich nenne besonders das Hinfinden zur Existenz als Berufsschriftstellerin und zum sozialistischen Engagement nach 1925, die Lebensbedingungen, die sich 1940/41 dramatisch zuspitzende finanzielle Not, die politischen Auseinandersetzungen (dabei auch – gestützt auf *Dieter Schillers* Forschungen – die Beziehungen zu den Genossen in Moskau). Wie verzweifelt war der Überlebenskampf in Frankreich vor der Abfahrt nach Übersee! Und immer die Sorge um die Kinder, den Mann, die eigenen Arbeitsmöglichkeiten. Oft in aussichtsloser Situation.

In der Darstellung von *Christiane Zehl Romero* wird auch die Bildungsgeschichte von *Anna Seghers*, in erster Linie abzulesen an der wie durch Wunder erhaltenen Bibliothek (die man in der Gedenkstätte in Adlershof besichtigen kann), anhand der an der Universität belegten Vorlesungen und Seminare, nach den erhaltenen Seminar- und Prüfungsarbeiten, detailliert beschrieben. Die jüdische Komponente, der Chiliasmus und *Kierkegaard* sind da besonders wichtig. *Anna Seghers* hat sich selber als Sozialistin gesehen und bezeichnet. Sah sie sich als Marxistin? Wodurch, durch wen vermittelt, wurde sie es? *Christiane Zehl Romero* geht achtungsvoll und behutsam mit den beschriebenen Vorgängen um. Die Trennung von der jüdischen Religionsgemeinschaft 1932 ist in ihrer Sicht kein Bruch. Vielmehr spürt sie dem fruchtbaren Nachwirken aufgenommenen jüdischer Kultur und der an-

deren frühen Prägungen im literarischen Werk nach. Darin sehe ich den Neuwert der Biographie für das Werkverständnis.

Strittig finde ich einiges, was im Zusammenhang mit (proletarischem) Internationalismus, Kosmopolitismus, Weltrevolution und Trotzismus gesagt wird. Der zweite Teil der Biographie wird es mit dem Politischen noch schwerer haben.

Christiane Zehl Romero trägt ihre Lebensgeschichte von *Anna Seghers* ohne Rechthaberei vor. Die Verfasserin bekundet, nicht »alles über Seghers erfahren zu haben, was ich gern wissen würde«, sie weiß, daß »zahlreiche weiße Flecken« bleiben (S. 8).

Wohlthuend ist die erwägende und fragende Art. Ein Hauptwerk der Literatur zu einer großen Schriftstellerin.

FRANK WAGNER

Walter Grab:
Zwei Seiten einer Medaille.
Demokratische Revolution und
Judenemanzipation,
PapyRossa-Verlag Köln 2000,
382 S. (44 DM)

Der israelische Historiker *Walter Grab*, der am 17. Dezember letzten Jahres im Alter von 81 Jahren starb, gehört zu den herausragenden Vertretern seines Berufes im 20. Jahrhundert. Der Widerschein der Französischen Revolution in Deutschland, die demokratischen Bewegungen im Vormärz, das Schicksal der deutschen und österreichischen Juden sowie die Chancen und Perspektiven von Demokratie und Sozialismus in Europa und Israel waren die Schwerpunkte seiner Forschung, die in mehr als zwanzig Büchern ihren Ausdruck fand. Besonders hatte es ihm das biographische Genre angetan; sein wohl schönstes Buch behandelte 1982 *Heinrich Heine* als politischen Dichter. Er schrieb eine Vielzahl biographischer Essays über bis dahin unbekannte deutsche Jakobiner, die er 1984 in dem Band *Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern* zusammenfaßte. Sein kraftvoller, schnörkelloser, bildhafter Stil widerspiegelte nicht nur den Menschen *Walter Grab*, sondern macht seine Bücher zu einer überaus spannenden

Lektüre – noch über die Vielzahl der darin mitgeteilten Fakten und Zusammenhänge hinaus.

Wenige Wochen vor *Grabs* Tod erschien seine Aufsatzsammlung *Zwei Seiten einer Medaille*, die zum wissenschaftlichen und politischen Vermächtnis ihres Autors werden sollte. »Demokratische Revolution und Judenemanzipation« waren – dieser Gedanke durchzieht alle Essays des Buches – untrennbar verbunden; das Scheitern des einen mußte die Niederlage des anderen mit sich bringen.

Auch im deutschsprachigen Raum war die Emanzipation der Juden ein wichtiges Ziel der Revolutionäre, die für politische Freiheit und soziale Gleichheit aller Menschen eintraten. Ebenso waren die totale Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten durch den Nationalsozialismus die Voraussetzung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Juden, denn:

»Für die Nazis waren die Legende von der jüdischen Weltverschwörung und der Diffamierungsfeldzug gegen militante Demokraten und Sozialisten zwei Seiten derselben Medaille.« (S. 9)

Die zwanzig Aufsätze behandeln so unterschiedliche, doch miteinander im Zusammenhang stehende Themen wie die deutsche Geschichtsschreibung zur Französischen Revolution, die Jakobinerbewegung und Vormärz-Demokraten in den deutschen Teilstaaten, obrigkeitliche und revolutionäre Formen der jüdischen Emanzipation, jüdische Aspekte in der Dichtung *Heinrich Heines* und biographische Studien unter anderem zu *Stephan Born*, *Johann Jacoby*, *Theodor Lessing*, *Kurt Tucholsky*, *Egon Erwin Kisch* und *Arnold Zweig*. Die *Apologie der unterdrückten Judentum in Deutschland*, die 1798 erschienene Schrift von *Andreas Riem*, sah *Grab* als »einen Gipfel der Vorurteilslosigkeit, die sogar im jakobinischen Lager selten war.«

Schlug der preußische Staatsrat *Christian Wilhelm von Dohm* – und dies war bereits die Ausnahme – vor, »den Juden als Belohnung für soziales Wohlverhalten und als Vorschuß für künftige Leistungen bürgerliche Rechte zu gewähren, falls sie den Erwartungen der Obrigkeit entsprachen, so knüpfte *Riem* an die rechtliche Gleichstellung der Juden nicht die geringste Bedingung.« (S. 140) *Riem* starb

1814 fast mittellos in Speyer, dieses Los mit so vielen Vorkämpfern von Demokratie, Sozialismus und jüdischer Emanzipation teilend.

Die vom Norddeutschen Reichstag 1869 beschlossene und im Deutschen Reich 1871 bekräftigte rechtliche Gleichstellung der Juden mit den übrigen Bürgern betraf jedoch, so *Grab*, »lediglich die individuellen Rechte der jüdischen Staatsbürger. Dem Judentum jedoch billigten die Obrigkeiten Preußens und die meisten Teilstaaten des Reiches nur den Rang einer geduldeten Religion zu. Sie führten keine Trennung des Staates von der Kirche durch und gewährten nur den christlichen Konfessionen Anspruch auf Staatsmittel ... Die konservativen Machtträger, die den rapiden sozialen Wandel als Bedrohung der althergebrachten Gesellschaftshierarchie empfanden, gewährten den jüdischen Einzelbürgern zwar Gleichheit vor dem Gesetz, weil marktwirtschaftliche Bedürfnisse wie freie Berufswahl, Freizügigkeit und Freihandel dies erforderlich machten; sie neigten jedoch dazu, alle politischen Freiheitsrechte, also auch die Judenemanzipation, als staatliche Konzessionen mit Vorbehalt des Widerrufs zu betrachten.« (S. 233 f.) Die Forderung nach voller jüdischer Gleichberechtigung ohne Widerruf »beruhte auf dem demokratischen Egalitätsbegriff des Naturrechts, der von der Französischen Revolution in politische Praxis übertragen worden war.« (S. 234)

Die feudalen Führungseliten des Reiches, denen sich das Bürgertum angeschlossen hatte, statt sie zu entmachten, lehnten Ideen wie Praxis der Revolution als »undeutsch« ab. Zwar strebten viele Juden nach sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Aufstieg und glaubten daher, diese Normen akzeptieren zu müssen.

Eine beachtliche Minderheit sah jedoch eine Wesensverwandtschaft ihrer eigenen Forderungen nach Emanzipation mit dem Klassenkampf des Vierten Standes, des Proletariats. Da Juden und Arbeiter, in allerdings sehr verschiedenem Maße, im deutschen Kaiserreich zu den Ausgegrenzten und Benachteiligten gehörten, schloß sich eine relevante Minderheit jüdischer Intellektueller der Arbeiterbewegung an. Zu ihnen gehörte *Stefan Born*, der zu Beginn der Revolution von 1848 an der Spitze der Berliner Arbeiterschaft stand

und wenig später die erste eigenständige und überregionale Organisation des deutschen Proletariats aufbaute, die »Arbeiterverbrüderung«. Nach der Niederlage der Revolution schrieb *Born* an *Marx*, er »besitze nicht den Heroismus, für etwas zu leiden, für das ich in meinem Jahrhundert nicht den entferntesten Hoffnungsschimmer einer Verwirklichung entdecken kann.« (S. 159) Doch wurde *Born* nicht zum Renegaten, sondern blieb sich treu. In seinen *Erinnerungen eines Achtundvierzigers*, die fünfzig Jahre nach der Revolution erschienen, rief er den deutschen Arbeitern zu: »Ihr wurdet niedergeschlagen. Was tut's? ... Ihr erhebt euch aus eurer Niederlage, ihr seid stark geworden. Nur einige Jahrzehnte und ihr stellt eine Macht dar, die aus dem nichts zum Lichte emporgedrungen ist; man muß mit euch rechnen, ihr steht da als ein lebendiges Zeugnis für die Gesetze der Völkerentwicklung.« (Zitat, S. 161)

Ein weiteres halbes Jahrhundert später konnte man auf Optimisten wie *Born* nur noch durch die Rauchschwaden von Auschwitz zurückblicken. Ihre Zukunftshoffnung schien widerlegt zu sein. Zwar war Hitler das blutige Handwerk gelegt worden, doch der so hart erkämpfte Frieden war 1945 für die Juden die Stille des Friedhofs. Die Katastrophe des jüdischen Volkes prägte das Spätwerk von *Egon Erwin Kisch* wie von *Arnold Zweig*. *Kisch* nahm 1945 im mexikanischen Exil an einem Gottesdienst zum Judentum konvertierter Indios teil. Vor seinem geistigen Auge erstand dabei, so schrieb er wenig später, ein Zug von Menschen:

»Ein Zug von Millionen. Frauen und Männer, die sich zeit ihres Lebens darum gesorgt, ihre Familien zu ernähren und ihre Kinder zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen; Angestellte, Arbeiter, die sich im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot verdienen; Ärzte, die Tag und Nacht bereit waren, Leidenden zu helfen; Menschen, die bemüht waren, die Wahrheit zu verbreiten und die Lage ihrer Mitmenschen zu verbessern; Gelehrte, die der Wissenschaft lebten; Künstler, die dem Leben Schönheit geben wollten; Kinder, die sich ihre Zukunft so wunderbar träumten ... alle Arten von Menschen, lebensfrohe und sentimentale, gute und schlechte, starke und schwache.

Unübersehbar, unaufhörlich ist ihre Reihe. An kalten Fratzen vorbei wanken sie dem Ziele zu. Dort steht es, ein rauchender Bau. Alle wissen, was dieser Bau bedeutet, woraus der Rauch besteht, der aus dem Schlot aufsteigt. Es ist die Todesfabrik, sie fabriziert Leichen. Mit welchen Gedanken bewegt sich diese Armee der dem Mord Geweihten diesem Ziele zu? Keine Hoffnung mehr, keine Hoffnung mehr für sich, für ihre Kinder, für ihr Angehen, kaum Hoffnung mehr auf Rache, auf Bestrafung des Massenmords. Sie müssen sich in das Tor schieben, sie müssen sich entkleiden, sie müssen in die Kammer gehen, wo ein fürchterliches Gas sie erwürgt, verbrennt, auflöst. Aus dem Schlot steigt Rauch.

Unübersehbar ist die Kolonne, sie zieht dahin, als hätte es nie eine Menschheit gegeben, als hätte es nie einen Sinn der Menschheit gegeben, niemals das Streben, mehr Brot, mehr Recht, mehr Wahrheit, mehr Gesundheit, mehr Weisheit, mehr Schönheit, mehr Liebe und mehr Glück in die Welt zu bringen.« (Zitat, S. 334 f.)

Arnold Zweig, der 1933 nach Palästina flüchten konnte, lehnte es dort ab, sich wegen der Verbrechen der Nazis von der deutschen Kultur loszusagen. Die Grausamkeit des deutschen Faschismus, schrieb *Zweig*, sei ein Produkt der politischen Reaktion und des Militarismus; das »lebendige Deutschland« werde von einer Skala repräsentiert, die »zwischen *Heinrich Mann* und *Bertolt Brecht* oszilliert.« (S. 342) *Grab*, der damals für *Zweig* Partei nahm, kam schließlich zu dem Schluß, daß es nicht gelang, »die radikaldemokratischen Ideen, die unter führender Beteiligung jüdischer Intellektueller in der Weimarer Republik entwickelt worden waren, nach Palästina zu verpflanzen.« (S. 348) Damit zog er auch ein bitteres Fazit seines eigenen Lebens.

Trotz weltweiter akademischer Anerkennung, trotz Professur und Ehrendoktorat sah sich *Walter Grab* am Ende seines Lebens als ein Verlierer der Geschichte. In einem sozialdemokratischen Elternhaus geboren, mußte er 1938 nach dem Abitur seine Geburtsstadt Wien verlassen. Es folgten zwei harte Jahrzehnte in Palästina und Israel, während derer er sich und seine Familie vom Taschenhandel ernähren mußte. Dank eines Stipendiums der Friedrich-Ebert-Stiftung konnte *Grab* mit

neununddreißig Jahren in Hamburg das Studium der Geschichte aufnehmen. Seine Frau Alice, ohne die *Grab* seine großen Leistungen so kaum hätte erbringen können, sorgte für die beiden heranwachsenden Kinder. 1965 promovierte *Grab* bei *Fritz Fischer*, 1971 wurde er Gründungsdirektor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Politisch war und blieb er auch nach seinem Ausschluß aus der Kommunistischen Partei Israels 1956 – er hatte gegen das fort-dauernde Beschweigen der Verbrechen Stalins protestiert – engagiert. Ein ganzes Leben lang setzte er sich als Mitglied verschiedenster Friedensinitiativen für die Kooperation von Israelis und Palästinensern ein, wie er als Vermittler progressiven deutschsprachigen Gedankengutes mehr für einen Neubeginn zwischen Deutschen und Israelis getan hat, als viele, die das Wort der Aussöhnung aus politischem Kalkül im Munde führen.

Als Emigrant, schwer arbeitender Kleinhändler, Jakobinerforscher und linker Demokrat führte *Walter Grab*, so sah er es, vier Leben und gab seiner vor zwei Jahren erschienenen Autobiographie diesen Titel. Eingang formuliert er sein Credo, dem er »Allgemeingültigkeit« zusprach: »Der Privatkapitalismus ist über den bürokratischen Staatskapitalismus, der sich selbst »real existierender Sozialismus« nannte, zwar siegreich geblieben, aber die profitorientierte Marktwirtschaft ist unfähig, die gewaltigen Probleme der Menschen zu lösen.« (*Walter Grab: Meine vier Leben*, Köln 1999, S. 8)

Im Zeichen einer mit Brachialgewalt in Osteuropa eingeführten »Marktwirtschaft«, die massenhaft Verlierer und massenhaftes Elend erzeugt, erheben Nationalismus und in Sonderheit der Antisemitismus wieder das Haupt. Erneut werden Juden für die Mißstände des Manchester-Kapitalismus wie für das traurige Erbe des bürokratischen Sozialismus verantwortlich gemacht, wiederum streben einflußreiche politische Kräfte den Ausschluß von Juden aus der Gesellschaft an. Finden die neuen Demokratien Osteuropas die Kraft zur Überwindung dieser Gefahren? Der Zusammenhang von demokratischer Revolution und Judenemanzipation scheint auch im 21. Jahrhundert noch aktuell.

MARIO KESSLER

Stephen Eric Bronner:
Ein Gerücht über die Juden.
Die »Protokolle der Weisen
von Zion« und der alltägliche
Antisemitismus,
Propyläen Verlag Berlin 1999,
239 S. (39,90 DM)

Als Kind jüdischer Holocaustüberlebender weiß der US-Amerikaner *Stephen Bronner*, worum es geht, wenn er seinem Buch den Titel *Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus* gibt. Mit diesem Zitat von *Adorno* definiert er daher auch seine eigene Position in Sachen Antisemitismus.

Beim Lesen verdichtet sich zwar hin und wieder der Eindruck, daß er im vorliegenden Buch eine Reihe früherer Aufsätze und Essays zum Thema zusammengestellt hat, was gelegentliche Dopplungen nicht nur der Argumente erklären würde, doch tut dies dem Produkt eigentlich keinen Abbruch. Er hat im besten Sinne Zitate, neue Gedanken und vor allem Fragen auf fast jeder Seite zusammengetragen und den Text der Protokolle »im Kontext« studiert. Er unterscheidet begründet religiöse Intoleranz, soziales Vorurteil und politischen Antisemitismus und fügt zum Kenntnisstand über jenes gefälschte Machwerk aus den Anfangsjahren des letzten Jahrhunderts Details über Quellen und ursprüngliche Zusammenhänge bei. Er untersucht zudem, wie und weshalb der Eindruck erweckt werden sollte, da wäre ein Geheimbund jüdischer Weiser anstelle antisemitischer Fälscher am Werke, um sich der Weltherrschaft zu versichern. Anregend sind seine Überlegungen zur Nähe von Anti- und Philosemitismus in unseren Tagen.

Das Feindbild des Juden als dem zivilisatorisch *Anderen* läßt diesen zur Projektionsfläche aller nur denkbaren Ängste und Vorurteile werden. Verschieden in der Intensität, doch identisch im irrationalen Haß, so erklärt *Bronner* die historische Dimension des Antisemitismus als weltweites Phänomen, wozu sich die *Protokolle* massenwirksam als eine Art legitimatorisches Pfand eigneten. Der Mangel an Beweiskraft konnte die Popularität nicht mindern, das unstillbare Bedürfnis, eine »konspirative jüdische Allmacht« als Wurzel

allen Weltübels zu finden, wollte befriedigt sein. *Bronner* verfolgt den Weg der vermutlich zwischen Frankreich und Rußland um 1902 entstandenen Protokolle und seine politischen Implikationen. Er verbindet die Mitwirkung der zaristischen Geheimpolizei am Zustandekommen der Schmähschrift mit der Integration der Argumente in den Machtkampf des Zarenregimes gegen Fortschritt, Aufklärung, Liberalismus und sozialistische Aufbruchsbewegungen und beschreibt die Interessenlage der internationalen Multiplikatoren, denen Restauration vor Revolution und Reform ging. Den Antisemiten erschienen Juden im Bunde mit Freimaurern per se als Träger jener politischen, ökonomischen und kulturellen Trends, die ein neues Zeitalter einläuteten. Die wirkliche Lage der jüdischen Bevölkerung war unerheblich, »das räumliche und zeitliche Bild der jüdischen Gemeinde wird gesprengt: Nationale und sprachliche Trennungen lösen sich auf; Klassen- und Standesunterschiede verschwinden; unterschiedliche Bräuche und sogar religiöse Vorschriften verlieren ihre Bedeutung« (S. 71). Es ging letztlich um den Ausschluß von Juden als Juden und als Personen aus dem öffentlichen Leben.

Für das Thema sind die letzten einhundert Jahre besonders relevant. Die Protokolle erschienen fast zeitgleich mit *Herzls* Aufruf zum *Judenstaat*, der eine jüdische Antwort auf den tagesüblichen Judenhaß gab. Diese »jüdische Weltverschwörung« (*Bronner* belegt dies mit Protokolle-Zitaten) – so antisemitische Logik – begründete jede Art Elend, die Verwirrung über die Folgen des Industriezeitalters. Sie stand für Marxismus und Sozialdemokratie, das Erstarken der Arbeiterbewegung, später für die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik. Der Kreislauf zwischen einem abstrakt vereinheitlichten »Juden« als dem *Anderen* und dem Juden als dem politischen und kulturellen Feind war damit geschlossen.

Bronner verfolgt diese These anhand historischer Ereignisse, unterscheidet »jüdische Radikale« und »jüdische Sozialdemokraten« und deren politische Strategien in Rußland und Deutschland, die Faschisierung der Gesellschaft. Der Faschismus war nach *Bronner* »eine Revolte der Gefühle gegen die Vernunft« (S. 126), die Protokolle hatten vorge-

sorgt, sie hüteten den verwurzelten Antijudaismus, machten alte Verschwörungstheorien reproduzierbar und bedienten den Klischee-Katalog, der zum Mittel der Politik in Rußland und später in Deutschland (und anderswo, dort allerdings mit weniger brutaler Konsequenz) wurde. Sie hatten zur Gewalt der Pogrome aufgerufen – was Gegenkampf herausforderte.

Der primitive Antisemitismus wurde deutsche Staatsidee, dieser Staat wollte den Holocaust. Doch *Bronner* warnt davor, den reaktionären Zeitgeist der Jahrhundertwende gradlinig zum Holocaust zu verlängern. Er sucht weitere Zusammenhänge, auch die Politik von katholischer und protestantischer Kirche, die in verschiedenen Zeiten und Ländern zur Lektüre der Protokolle anregten. Selbst wenn statistische Daten fehlen, dürften auch die politischen Morde an *Walter Rathenau*, *Rosa Luxemburg*, *Eugen Levine*, *Kurt Eisner*, *Gustav Landauer* usw. damit verbunden sein.

Immer neue Verleumdungen wurden je nach gesellschaftlicher Verfaßtheit dem antijüdischen Grundmuster hinzugefügt. Immer neue, auch ergänzende und interpretierende Übersetzungen, erschienen auf den Märkten. Das Ärgernis der transnationalen antisemitischen Kooperation bleibt, auch wenn es heute keine direkte Gefahr einer antisemitischen Machtübernahme gibt.

Mir war neu, daß die Protokolle in Hitlerdeutschland schulische Pflichtlektüre waren, wenn ja, dann würde dies einen Teil der Nachhaltigkeit des Antisemitismus im alltäglichen Leben erklären, auch wenn das Wissen um die Geschichte, so *Bronner*, heute stärker als die Bereitschaft zum Vorurteil ist. Einen Aufschwung im Umgang mit diesem »Werk« sieht er in der arabischen und osteuropäischen Welt, doch auch in den USA und in Westeuropa bedienen sich neue Generationen des Pamphlets, das Internet wurde zum »postmodernen Ersatz für die politische Broschüre« (S. 163) und dient relativ ungehindert und transnational als Transmissionsriemen für antisemitische Propaganda. Die existentielle Anziehungskraft des Antisemitismus, so *Bronner*, sei zwar eingeschränkt, doch nach wie vor virulent. Er mag Intellektuelle ansprechen, aber Idioten befriedigt er (S. 152), weil die »Vorurteile von Antisemiten unerschütterlich sind«. Für sie werde »die Phantasie als Wirk-

lichkeit« und die »subjektive Erfahrung als objektive Tatsache« wahrgenommen (S. 155).

Man kann seine Schlußfolgerung so oder anders zur Kenntnis nehmen, wonach es Hitlers Niederlage war, die die Antisemiten der Voraussetzungen, ihrer Legitimität beraubte, ihre Symbole zerstörte und die »rassischen Feinde erhöhte« und keine gangbare institutionelle Alternative zum liberalen Staat ließ (S. 159). »Hitlers größter Erfolg« (S. 160), so Bronner, war die Zerschlagung der »radikalen Arbeiterbewegung sozialistischer wie kommunistischer Prägung«. Und doch bescheinigt er der Nach-Holocaust-Generation »kosmopolitische Sensibilität« und die Einbeziehung des Anderen. Die Angst vor Juden habe, so Bronner, in der breiten Öffentlichkeit an Resonanz verloren (S. 160).

Die den Protokollen zugrundeliegende Verschwörungsidee erscheint ihm heute wenig bedeutsam, und wenn er am Ende des Buchs nochmals all jene Kriterien zusammenführt, die den Antijudaismus der Protokolle grenzüberschreitend populär machten, dann zeigt sich, daß der zum Klischee gewordene Jude als Projektionsfläche jeglicher Vorwürfe heute ein Abziehbild primitiver antisemitischen Propaganda mit sektiererischen Konsumenten ist. Zugespitzt endet Bronner mit der Frage, ob das Verschwinden des Antisemitismus letztlich das Verschwinden des Judentums herbeiführen könne. Unterschwellig definiert er so das jüdische Volk über seine Feinde und zieht die innerjüdische Debatte um strenge Religiosität und säkulare Lebensformen auf die Ebene des Nichtjüdischen, wobei er gleichzeitig den identitätsbindenden Charakter des Glaubens der existentiellen Leere des Fortschritts gegenüberstellt (S. 180). Sein Groll auf den orthodoxen Fundamentalismus führt dazu, daß er diesen nur noch als fortschrittsfeindlich und anti-demokratisch kennzeichnet und m. E. hin und wieder die jüdische Realität aus dem Auge verliert, wenn er im jüdisch-zionistischen und orthodox-religiösen Fundamentalismus allein Ängste vor der Moderne, vor dem Verschwinden des Judentums und im restaurativen Charakter jener Ideen ausmacht, die er eingangs in den Protokollen den Antisemiten anlasten kann. Hatten Antisemiten den Anderen im bedrohlich wirkenden Juden antizipiert, ist es nun der Nichtjude

(oder der vom reinen Pfad abweichende Jude), der die Ängste der jüdischen Fundamentalisten schürt.

Nach Bronner geht es folglich heute in Israel darum, den anderen Anderen, nämlich den Palästinenser oder Araber zu integrieren, ebenso wie es in der Vereinigten Staaten darum ging, den Farbigen zu integrieren (S. 186). Ziemlich allgemein verweist er auf jüdische politische Traditionen von Mendelssohn über Heine, Marx, Luxemburg bis Einstein und Rabin, hier reicht ihm die Herkunft. Doch die dünne Verbindung kann nicht halten. Es braucht eben weit mehr als dies, um aufklärerisch Universalismus statt Partikularismus, Revolution statt Reform und die Ablehnung jeglicher Form von Diskriminierung voranzutreiben.

Warum aber solcher Schund wie die Protokolle auch im 21. Jahrhundert Verleger und Leser in vielen Sprachen finden, das wird auch in Zukunft Wissenschaftler, Politiker und die Mehrheitsbevölkerung zu beschäftigen haben. Bronners Buch ist ein weiterer Beitrag.

IRENE RUNGE

Hans Frambach:
Arbeit im ökonomischen Denken.
Zum Wandel des Arbeits-
verständnisses von der Antike
bis zur Gegenwart,
Metropolis-Verlag Marburg 1999,
528 S. (68 DM)

Vollbeschäftigung gilt in der Wirtschaftspolitik zwar nach wie vor als wichtigstes Ziel, ist in der Praxis jedoch inzwischen nicht viel mehr als eine Phrase. Die Zahlen der Arbeitslosenstatistik belegen dies aufs Anschaulichste: So lag die Sockelarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1970 bei 0,2 Millionen, zwanzig Jahre später bei 1,5 Millionen und heute – im vereinigten Deutschland – bei knapp vier Millionen. Alle Programme mit dem Ziel, hier eine Umkehr herbeizuführen, sind gescheitert. Offensichtlich befindet sich die klassische Arbeits- und Erwerbsgesellschaft in Auflösung, und neue Strukturen beginnen sich herauszubilden. Um diesen Prozeß in seiner ganzen Tiefe zu begreifen, ihn wirtschaftspolitisch

richtig gestalten zu können und sozial zu begleiten, kann ein Blick in die Geschichte von großem Nutzen sein. Ebenso ein Blick in die ökonomische Theorie und deren Wandel des Arbeitsbegriffs und -verständnisses.

Die vorliegende Monographie ist dem Arbeitsbegriff gewidmet, das heißt, ihr Autor versucht herauszufinden, wie und warum sich im Laufe der Zeit das Arbeitsverständnis wandelte, welche Prozesse und Determinanten dafür jeweils die Grundlage bildeten und welcher Veränderungsprozeß sich in Bezug auf die Arbeit in der Gegenwart vollzieht. Das Buch beruht auf einem breiten Literatur- und Quellenstudium, ist außerordentlich sorgfältig recherchiert und flüssig geschrieben. Besonders ist anzuerkennen, daß der Autor kein wirtschaftswissenschaftlich introvertiertes Buch vorgelegt hat, sondern eine dem Gegenstand adäquate sozialwissenschaftliche Studie, untergliedert in sechs Teile und zwanzig Kapitel. Er beginnt seine Überlegungen mit einigen etymologischen Sentenzen, aus denen hervorgeht, daß der Arbeitsbegriff ursprünglich eine große Nähe zu Begriffen wie Not, Qual, Mühsal, Last und Zwang aufwies. Dies wandelte sich im Laufe der Geschichte ganz erheblich, bis hin zu einer völligen Umwertung. Dieser Wandel, der sich zuerst in den materiellen Verhältnissen und dann in der begrifflichen Erfassung und Wertung vollzog, weist auf die »historische Dimension« der Arbeit hin, auf ihr Eingewobensein in die Geschichte (S. 12).

Es geht also um die Frage, inwieweit sich im geschichtlichen Zeitablauf die Bedeutung der Kategorie »Arbeit« unter den jeweils herrschenden historischen Bedingungen, das heißt den sozialen, politischen, technischen und ökonomischen Verhältnissen gewandelt hat. Die vorliegende Arbeit stellt auch einen Beitrag zur Geschichte des ökonomischen Denkens dar, zum Beispiel, indem gezeigt wird, daß die uns heute so selbstverständliche Fassung der Arbeit als einer ökonomischen Kategorie erst durch die ökonomische Theorie der Neuzeit begründet wurde. Historisch und theoretisch war es ein weiter Weg, der von der Arbeit in der Antike (ponos – Qual und Leid) bis zur Glorifizierung der Arbeit als »Quelle aller Werte« im 19. Jahrhundert zurückgelegt wurde. Eine besondere Rolle spielte dabei die Arbeit in den Klöstern des Mittelalters und die

adäquate Reflexion des Arbeitsbegriffs in den Schriften der Kirchenväter (S. 51 ff.). Für das moderne Arbeitsverständnis waren darüber hinaus vor allem die Überlegungen während der Aufklärung von Bedeutung und die Ansichten der sich im 17. Jahrhundert formierenden und im 18./19. Jahrhundert zur Reife gelangten ökonomischen Theorie. Weniger im Blick sind dagegen zumeist die kritischen Positionen, die seit mehr als 200 Jahren gegen den Kapitalismus und seine Wirtschaftstheorie vorgebracht werden. Es ist ein Verdienst dieses Buches zu zeigen, daß es heute, wo wir vor einer neuen Situation stehen, die eine neue Sicht verlangt, letztlich einen neuen, wesentlich veränderten Arbeitsbegriff, durchaus angebracht scheint, sich einiger dieser Positionen zu erinnern. Bei der begrifflichen Fassung der Arbeit rekurriert der Autor zum Beispiel auf Karl Elsters »Ableitung der Arbeit im Sinne der Wirtschaftswissenschaft« aus den Jahren 1919 und 1931, wonach »erwerbswirtschaftliche Handlungen« als Arbeit zu verstehen sind. Vor diesem Hintergrund werden dann eine große Zahl moderner mikro- und makroökonomischer Aspekte des Arbeitsverständnisses diskutiert, was den Bogen von der historischen Betrachtung bis hin zur zeitgenössischen ökonomischen Theorie spannt. Als Überblicksdarstellung kann dies durchaus als gelungen angesehen werden. Für eine Orientierung jedoch fehlt die theoretische Wertung der oftmals alternativen Theorieansätze. Dem entspricht das etwas zu blaß und unverbindlich geratene Fazit des Buches (S. 450 ff.). Dem Autor ist zwar zuzustimmen, wenn er eine »Entdramatisierung der Arbeitslosigkeit«, wie sie neoklassische Ökonomen anstreben, als Ziel einer Neubewertung des Arbeitsbegriffs ablehnt, aber alles zu tun, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, wie er vorschlägt, löst das Problem auch nicht. Zumal dies angesichts der praktischen Entwicklung letztlich ein aussichtsloses Unterfangen bleiben muß. Es ist ja gerade die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die uns dazu zwingt, über die Zeitbedingtheit und Angemessenheit des übernommenen Arbeitsbegriffs nachzudenken. Auf Dauer scheint es schlechterdings nicht vertretbar, wenn Arbeit (im Sinne von Erwerbsarbeit) einerseits ökonomisch, ethisch, sozial usw. als zentraler Begriff unserer Lei-

stungsgesellschaft definiert wird, andererseits aber immer mehr Menschen von der Arbeit partiell (prekäre Arbeitsverhältnisse) beziehungsweise gänzlich (Dauerarbeitslosigkeit) ausgeschlossen werden. Der sich in diesem Tatbestand abzeichnende Wandel in den materiellen Verhältnissen muß einen entsprechenden Wertewandel nach sich ziehen sowie eine neue Sicht in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Theorie. Beides steht jedoch aus, was es der Politik nicht leichter macht, mit diesem Problem vernünftig umzugehen und zukunftssträchtige Lösungen vorzuschlagen. Hans Frambach liefert dafür einige Ansatzpunkte, zumindest in theoretischer Hinsicht. Die Ableitung entsprechender politischer Schlußfolgerungen ist jedoch nicht seine Aufgabe; die Politik könnte sich aber seine Forschungsarbeit in bestimmtem Maße durchaus zunutze machen.

ULRICH BUSCH

**Ernest Mandel:
Macht und Geld.
Eine marxistische Theorie der
Bürokratie.**
Neuer ISP Verlag, Köln 2000,
319 S. (42 DM)

Pseudosozialistisch-konservative Zeitgenossen bestreiten die historische Existenz des Stalinismus. Andere sehen ihn als moralisch verwerfliche Erscheinung faktisch ohne soziale Basis an. *Trotsky* und dessen Anhänger machten hingegen die Basis in den Spitzen der neuen, angeblich sozialistischen Bürokratie aus, die sich später auch außerhalb der Sowjetunion bildete. Das war für führende Apparatschiks so suspekt, daß sie bereits deswegen den »Trotzkismus« inbrünstig haßten. Eine Arbeit wie die vorliegende, die das Mitglied des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, *Ernest Mandel* (1923-1995), kurz vor seinem Tode durch Komplettieren einer 1992 in London erschienenen Publikation vollendete, ruft daher Interesse hervor. Ausgehend von der Bürokratiedefinition von *Marx* und *Engels* in der *Deutschen Ideologie*, ist das Buch von *Mandel* das Beste, was bisher über diese Schicht geschrieben wurde.

Mandel geht das Problem umfassend an. Er analysiert nicht nur die bürgerliche Bürokratie, er würdigt auch die der Drittweltländer. Kontrovers zu *Max Weber* bezweifelt er, daß bürokratische Herrschaft allzeit »Herrschaft kraft Wissen« bedeutet, und lobt *Joseph Schumpeter*, der am klarsten nach *Marx* den Kapitalismus als unkontrolliertes System verstanden habe und den Begriff der »schöpferischen Zerstörung« prägte (vgl. S. 191 und 196) Hinzugefügt sei: Nicht nur das System ist irrational, auch viele seiner Einzelleistungen und die Tendenz – nicht zuletzt zu fortwährender Ausweitung der Bürokratie – sind es. Der Autor polemisiert gegen Austromarxisten wie *Hilferding*, die die partielle Eigenständigkeit des Staatsapparats zum Glaubenssatz erhoben. Der Fehler habe dazu beigetragen, daß sozialdemokratische Führer darauf vertrauten, der bürgerliche Staat (insbesondere seine Justiz) werde den Faschismus verhindern (vgl. S. 174 f.). Die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbürokratie bewertet *Mandel* als der wachsenden verwaltungstechnischen Aufgaben wegen notwendig. Zugleich tritt er dem reformistischen Dogma entgegen, Einzelerlungenschaften und die Organisation seien alles, weshalb, um sie zu verteidigen, Konsenspolitik mit den Herrschenden getrieben werden müsse (vgl. S. 72 ff.).

Der größte Teil des Buches ist jedoch der nominalsozialistischen Bürokratie, besonders der in der UdSSR, gewidmet. Sie entstand – wie der Verfasser nachweist – auf der Grundlage unterschiedlicher Verteilungsprinzipien und die zu ihrer Durchsetzung nötigen Instanzen. Die Hypertrophierung des Staates durch Stalin sei aber keineswegs unvermeidlich gewesen. Zu jeder Entscheidung habe es realisierbare Gegenkonzepte gegeben, so die der Linken Opposition und *Bucharins*. *Georg Lukács* habe bei seiner These, für Trotzkisten habe es nur die Alternative Verbreiterung der territorialen Basis durch »revolutionäre Kriege« oder Zurückgehen auf die Lage vor 1917 gegeben, eine bürokratische Legende für bare Münze genommen (vgl. S. 33).

Zu Recht betont der Autor, Bürokratie im hier gemeinten Sinn bedeute nicht Organisation, Zentralisierung und die Ausübung von Autorität, sondern deren Usurpation durch Körperschaften, die von der Masse der Gesell-

schaft getrennt, für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben bezahlt und mit Privilegien bedacht werden (vgl. S. 222 f.). Die Staats- und Parteibürokraten bildeten mit den Wirtschaftsverwaltern »eine verhärtete und unbewegliche soziale Schicht ... Die Tatsache, daß die Arbeiterbürokratie jetzt die Staatsmacht ausübt, verzehnfacht alle sich bereits in den Gewerkschafts- und Parteibürokratien der Arbeitermassenbewegung zeigenden arbeiterfeindlichen, konservativen und parasitären Merkmale« (S. 78). In praxi führte ihr Kurs von der Zerschlagung der Sowjetdemokratie über Zwangskollektivierung und in die überstürzte, besonders kostspielige Industrialisierung. Die Vernichtung von Millionen Menschen, die »Sozialfaschismus«-Theorie, blockierte Revolutionen und verfehlte Interventionen sowie schließlich die kampfloze Kapitulation werden als Folgen benannt. Im Innern hätte die Bürokratisierung dem Erhalt und Ausbau der Apparatediktatur, am Ende dem Hinüberretten hochrangiger Bürokraten ans »andere Ufer« gedient. Die Partei wäre durch die unkontrollierte Apparatherrschaft am Ausüben der »führenden Rolle« (S. 125) gehindert worden. Das Selbstbewußtsein der Bürokratie nennt *Mandel* schizophoren. Einerseits wäre es enorm groß; andererseits sähe sie sich den Massen gegenüber zur Lüge gezwungen, ihre Macht, ihre Privilegien und sie gebe es nicht. Mangels eigener Ideologie stützte sie sich »auf eine systematisch deformierte Variante des Marxismus«, deren Kern sich allmählich aus der zynischen Realpolitik herauschälte (vgl. S. 53).

Treffend bemerkt der Verfasser, die Bedingungen in der UdSSR seien von *Stalin* bis *Gorbatschow* ganz unterschiedlich und dennoch nur »verschiedene Herrschaftsformen derselben sozialen Schicht« gewesen. Als Ganzes betrachtet, sei die Sowjetbürokratie konterrevolutionär gewesen (S. 10 f.). Die Rolle der verschiedenen *Stalins*, ihrer Vasallen und Nachfolger erörtert *Mandel* leider ungenügend. Zu berücksichtigen ist, daß *Stalin* und seine Jünger die Bürokratenkaste selbst mit heranzogen. Sie waren in gewissem Maße von ihr unabhängig und haben sie zuweilen dezimiert, konnten aber ohne sie nicht auskommen. Mit *Trotzki* und *Mandel* die Bürokratie als »Arbeiterbürokratie« zu kennzeichnen (vgl. S. 271), führt in die Irre. Zwar rekrutierte

sie sich anfangs weitgehend aus dem Proletariat. Sie begann sich aber dann von ihm zu lösen. Danach setzte der hier beschriebene degenerative »Prozeß der negativen Auslese« ein, »in dem Personen mit Mangel an Charakter, Willenskraft, unabhängigem Urteilsvermögen und Widerstandsfähigkeit oder Personen, die gar Unterwürfigkeit und mit niederen Beweggründen gemischten Konformismus zeigen, unweigerlich in den Vordergrund« (S. 141) traten.

Als Merkmale bürokratischer Herrschaft arbeitet *Mandel* den »Substitutionismus« – eine Stellvertreterpolitik »für« die Arbeiterklasse – und den Kampf gegen Gleichheitstendenzen heraus. Ersteren verfochten kurzzeitig auch *Lenin* und *Trotzki*. Sie lösten sich davon, konnten aber ihre gegen den Apparat gerichtete Strategie nicht durchsetzen. Doch hat entgegen seiner Ansicht auch *Trotzki* damals versagt. Wider die »Gleichmacherei« und die marxistische Erkenntnis vom Absterben des Staates zog *Stalin* ins Feld, da sie den Lebensinteressen der Bürokratie entgegengesetzt wären. Substitutionistische Auffassungen haben nach *Mandel* auch prominente Sozialdemokraten, so *Kautsky*, gehegt und mit der angeblichen Unreife der Massen begründet (vgl. S. 110 f. und 252).

Abschließend plädiert *Mandel* für entschiedene Demokratisierung einschließlich Parteienpluralismus, Ausweitung der Freiheiten und Menschenrechte und Selbstverwaltung der Werktätigen als Ziel (vgl. S. 204 ff. und 242). Im »durchkapitalisierten« Teil der Welt stellt er Entwicklungen der modernen Produktivkräfte fest, die von bürokratischen Schranken freie Arbeit, radikale Verkürzung der Arbeitszeit und eine Überflußgesellschaft möglich machen könnten. Die Zeitbomben atomare und Kriegsgefahr, Gefahr ökologischer Katastrophen, von Hungerkatastrophen und absoluter Verelendung seien zu entschärfen, da sonst der Untergang drohe.

Mandel wendet sich gegen den von *André Gorz* geforderten »Abschied vom Proletariat«. Er meint, es bleibe weiterhin das potentiell revolutionäre Subjekt (vgl. S. 248 und 254).

Mandel blieb zeitlebens Humanist und Optimist. Utopie verstand er als »eine der großen Triebkräfte zur Durchsetzung geschichtlichen Fortschritts« (S. 244 f.).

MANFRED BEHREND

FRIEDRICH W. SIXEL:

Rightist Extremism in Germany – A Reaction Demanding more than a Reaction

Rightist extremism in Germany is a (false) reaction to neo-liberalism. This falsity indicates that it is not primarily this extremism but neo-liberalism – and the instrumentalism »behind« it – which are the real political enemies of the Left. Avoiding to focus on this primary enemy would make also left politics a mere reaction to neo-liberalism. Since instrumentalism has expanded traditional capitalist exploitation into the sphere of knowledge (and thus science), it reaches now into the inner nature of the individual. Understanding materialistically this sort of exploitation and its abstraction, would help prevent left politics from missing the real target. This means that the Left has to create a social sphere for concretely based practice – very much in the sense of Rudolf Bahro – in which sensitivity can be experienced as the foundation for being aware that one has become immune to neo-liberal distortions. This becomes necessary, since neo-liberalism has undermined traditional democratic politics.

DIETMAR WITTICH:

To Be means to Become – Some Deliberations on the Programmatic Debate inside the PDS

More than two years ago, the German Party of Democratic Socialism Congress took the decision to elaborate a new party-program. A first draft has recently been published. This fuelled a very controversial debate around programmatic issues, that had already been in progress. In this article, the necessity of a fruitful discussion is underlined. This concerns most of all the programmatic definition of what the main objective of a socialist policy should be. In the draft presented by party-chairperson, Gabi Zimmer, it is stressed that the main goal of a socialist policy should be to guarantee all people the same chances in life. To answer what this in fact means today, it seems urgently necessary to develop Marxism further. What is needed is not a re-application of old Marxist insights into 19 century capitalism but a creative use of Marxism in a rapidly changing world.

MICHAEL CHRAPA:

»Action Blockade«? – Empirical Facts, Theoretical Considerations of Political Action in East and West Germany

Before the background of sharp social conflicts and within the context of left-wing policy, there is a considerable need for concrete investigation into mechanisms of collective political action. Empirical analysis of data obtained from representative surveys over the past years indicate relatively large »action potential« that goes beyond voting in elections, and extending to forms of initiatives such as demonstrations, citizens' action group participation and participation in protest movements. Only a small minority – particularly in East Germany – translate their declaration of intent to participate actually into practical action. The author uses the phrase »action blockade«

to characterize this phenomenon. In-depth analyses show that action is rather triggered by micro-social links in the personal environment (atmosphere and discussions among close friends) than by critical attitudes and opinions.

CAROLA MÖLLER:

Immaterial Labor – the new Dominant Feature in the Creation of Added Value

The term »Immaterial Labor« describes the targeted creation and problem-oriented tailoring of information, communication, media and knowledge and its creative daily application. In economy, it is used in two different ways: as information and communication labor, employed in order to market goods and services, and as image labor to create, with the involvement of clients, an ideological-cultural environment around goods and services. Immaterial labor changes the creation of added value, work processes, the demands on labor forces and our life style. But it also opens up new prospects for resistance.

ANNELIESE BRAUN:

Labor Relations – Trends and Alternatives viewed from a Feminist Standpoint

Emancipated women's policy goes more and more out of fashion as the predominance of conservative policies grows. Continued transformations in labor relations constitute an important aspect of this decline. This analysis is therefore concentrated on positions and possibilities in the »post-industrial labor society« available to women from different social groups. The basis of this development is formed by various trends in commercializing activities involved in the direct reproduction of life, which in turn give rise to contradictory implications in conditions of employment for women. Modifications in forms of patriarchy accompany this development. Women's politics, if we anticipate these changes, is therefore standing at the crossroads. The author discusses concepts of a future labor market politics for women. She questions whether the given concepts are practicable in political alternatives. The plea is for a new orientation of all actions of life, for reproduction of life in its wholeness.

The meeting between Nikita S. Khrustshov and John F. Kennedy in Vienna on 3 and 4 June 1961

In Summer 1961 the number of GDR immigrants to West Berlin grew dramatically. There was a real threat of a severe international crisis. Khrustshov aimed to solve the problem through a withdrawal of the Western powers from Berlin after concluding a peace treaty. In Vienna Kennedy and Khrustshov made concessions to each other. Khrustshov gave up his opposition against the US presence in Berlin, he was given a free hand in the GDR issue in return. The course was set for putting up the wall. The translation prepared in the GDR of the meeting notes is published here for the first time ever.

Redaktion:
Jörg Schultz,
Arndt Hopfmann

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V. Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMAY [†] und HELMUT STEINER
Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), ULLA PLENER, JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 73/74:	je	2 DM
Heft 75 bis 109/110	je	5 DM

